

_POLITIK _FORTSCHRITT _WISSENSCHAFT

Marie Jahoda - Otto Bauer Institut
Perspektiven Gesamtwerk
2015-2016

Impressum

Offenlegung gem. §25 Mediengesetz

Medieninhaber:

Marie Jahoda - Otto Bauer Institut

Verein zur Förderung des Dialogs von Wissenschaft und Politik

Harrachstraße 16a/8

A-4020 Linz

Telefon: +43 (0)5 / 77 26 11-31

mail: georg.hubmann@jbi.or.at

Web: www.jbi.or.at

Für den Inhalt verantwortlich: Georg Hubmann, Geschäftsführer

Redaktion

Klaus Baumgartner, Quirin Dammerer, Moussa Al-Hassan Diaw, Julia Freidl, Ekber Gercek, Wolfgang Gerstenecker, Julia Greiner, Hannes Halak, Lena Höck, Barbara Hofmann, Georg Hubmann, Dominik Jobst, Rebecca Kampl, Carl-Johannes Muth, Larissa Nanning, Sarah Ortner, Bernhard Schütz, Dennis Tamesberger

Vorstand

Meinrad Ziegler (Institut für Soziologie, JKU), Sylvia Hahn (Vizerektorin für Internationale Beziehungen und Kommunikation, Universität Salzburg), Barbara Lambert (Tabakfabrik Linz), Julia Hofmann (Institut für Soziologie, Universität Wien), Jakob Kapeller (Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft, JKU), Bernhard Schütz (Institut für Volkswirtschaftslehre, JKU), Julia Eder (Institut für Soziologie, JKU), Christoph Jungwirth (BfI OÖ)

_Wer wir sind

Das Marie Jahoda – Otto Bauer Institut setzt sich für eine Gesellschaftsordnung ein, die den Grundwerten Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität gerecht wird. Im Mittelpunkt unserer Tätigkeit steht die Förderung des Dialogs von Wissenschaft und Politik. Als Schnittstelle zwischen praktischer Politik und wissenschaftlicher Forschung ist die wechselseitige Bereicherung beider Tätigkeitsfelder unser Ziel. Das produktive Zusammenwirken von Wissenschaft und Politik beschrieb Namensgeberin Marie Jahoda folgendermaßen:

„Und es war Otto Bauer, der im Gespräch mit Paul und mir uns gesagt hat, dass die Arbeitslosigkeit das wichtigste Problem ist, das zu untersuchen sei. Er hat uns sogar Marienthal als den Ort, wo die Untersuchung gemacht werden soll, vorgeschlagen.“

Quelle: Robert Knight (1985): Interview mit Marie Jahoda am 28. August 1985, DÖW, Wien.

In der Umsetzung bauen wir auf unser dichtes Netzwerk im politischen Bereich sowie die enge Verbindung zu vielen WissenschaftlerInnen und FachexpertInnen aus verschiedenen Institutionen.

_Namensgebung

Die Sozialwissenschaftlerin Marie Jahoda (1907-2001) repräsentiert die wissenschaftlicher Ausrichtung des Instituts als der praktischen Lebenswelt der Menschen und den damit verbundenen gesellschaftlichen Herausforderungen verpflichtet. Der Politiker Otto Bauer (1881-1938) steht als führender Theoretiker der sozialdemokratischen Bewegung im frühen 20. Jahrhundert für politischen Weitblick und das Gespür für die brennenden Fragen der Zeit.

_Was wir tun

Der Dialog von Wissenschaft und Praxis

Der derzeitigen Politik fehlt es oft an entsprechenden Schnittstellen zwischen politischer Praxis und wissenschaftlicher Expertise. Dieses Defizit zu kompensieren und damit zu politischen Innovationen beizutragen ist ein dezidiertes Ziel des Marie Jahoda - Otto Bauer Instituts.

Die Komplementarität von Analyse und Standpunkt

Wertbasierte Politik ist heute schwerer zu vermitteln denn je. Die Orientierung an den Werten Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität, gibt der sachlichen Analyse eine klare Zielrichtung: Es sollen jene Fragen gestellt und beantwortet werden, die für die zukünftige Entwicklung unserer Gesellschaft maßgeblich sind.

Die Verbindung von Weitsicht und Tatkraft

Auf Grundlage einer fundierten Problemanalyse arbeiten wir an zukunftsweisenden Lösungsstrategien in einer stetig komplexer werdenden Gesellschaft. Die Rolle der Politik ist hierbei Wege zur gemeinsamen Gestaltung konkreter Lebensumstände auszuloten. Hier wollen wir einen Beitrag leisten. Hier werden wir gebraucht.

Die hier abgedruckten Perspektiven stammen aus dem Zeitraum 2014 bis 2016. Alle verwendeten Zahlen und Fakten beziehen sich auf das jeweilige Erscheinungsdatum der entsprechenden Ausgabe.

_Inhalt

Vorwort Meinrad Ziegler	5
Perspektiven	7
Von freien zu zivilisierten Märkten	8
„Unsere Antwort wird mehr Offenheit und mehr Demokratie sein“	10
„Machtverhältnisse sind weder geschichtslos noch geschlechtsneutral!“	12
Funktioniert der Strafvollzug?	14
Die Gefahr des billigen Öls	16
Der Ausverkauf Griechenlands	18
Arbeitszeitverkürzung ist notwendig	20
AsylwerberInnen in Österreich	22
Europäische Flüchtlingspolitik	24
Zeig mir deine Eltern und ich sag' dir deine Bildung!	26
Was ist los mit den Pensionen?	28
Frauen auf der Flucht	30
CETA - Alle Macht den Konzernen?	32
Ein Rettungsanker - keine Hängematte	34
Langzeitarbeitslosigkeit - ein verdrängtes Phänomen	36
Revolution beim IWF?	38
Austerität in Theorie und Praxis	40
Equal Pay Day	42
Wie multinationale Konzerne die Allgemeinheit prellen	44
Wie Europa noch zu retten ist	46
Kommentare & Gastbeiträge	49
#Yolo statt #Tina - Vorschläge für bessere Vermögensverteilung	50
Der „Vermögenssteuer-Unsinn“ ist Unsinn	51
Februarkämpfe: Gedenken bedeutet, künftig richtig zu handeln	52
Equal Pay Day: Wie halten Sie es mit der Hausarbeit?	53
Von engen Gürteln und vollen Booten	54
Zeig mir deine Eltern, und ich sage dir deine Bildung	55
Pensionistinnen und Pensionisten sind leistbar	56
Revolution im Herzen des Neoliberalismus?	57
Kehrtwende in Europa	58
Die Revolution entlässt ihre Kinder	59
Rückblick	61
Jahresrückblick 2015	62
Jahresrückblick 2016	64



_Vorwort

In den „Perspektiven“ kommentiert das Jahoda-Bauer Institut in regelmäßigen Abständen aktuelle gesellschaftspolitische Themen und Streitfragen. Auf der Grundlage von wissenschaftlichen Untersuchungen bieten wir Hintergrundinformationen zu brennenden Fragestellungen und wollen wir politische Diskussionen versachlichen und vertiefen. Es ist uns eine Freude, diese Kommentare hier in einer Gesamtschau als Buch präsentieren zu können.

Das Institut versteht sich als Vermittler zwischen Politik, gesellschaftspolitisch interessierten Öffentlichkeiten und wissenschaftlicher Forschung. In seiner Arbeit ist es den Werten der Freiheit und Gleichheit, der sozialen Gerechtigkeit und Solidarität verpflichtet. Wir gehen davon aus, dass wissenschaftliche Expertise zur Verbesserung der Qualität und Transparenz in politischen Prozessen und Debatten beitragen kann. Ebenso sind wir davon überzeugt, dass zeitgemäße wissenschaftliche Arbeit über die direkten oder indirekten politischen Konsequenzen der eigenen Tätigkeit nachdenken sollte. Wissenschaft und Forschung geschieht keineswegs an Orten, die abseits von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, Problemen und Konflikten liegen. Im Gegenteil, sie sind Teil von Gesellschaft und beteiligen sich an der Suche nach Wegen, soziale Probleme und Konflikte zu bearbeiten und zu kontrollieren.

Mit unserer Expertise orientieren wir uns nicht nur an den Erfordernissen politischer Institutionen, sondern auch an den Bedürfnissen politisch interessierter Individuen und Gruppen. Wir wollen nicht nur politische Prozesse, sondern auch Prozesse der Politisierung unterstützen. Unsere Arbeit soll dazu beitragen, Übersicht in komplexen politischen Auseinandersetzungen zu bewahren, und sie soll zur Steigerung der Handlungsfähigkeit im Sinn einer demokratischen Gestaltung der konkreten Lebensumstände beitragen.

Wir betrachten die „Perspektiven“ als erfolgreiches Beispiel für diesen Dienst an der Förderung einer politisch informierten Öffentlichkeit. Die Kommentare argumentieren auf der Basis von theoretischen und empirischen Materialien, ohne in einen akademischen Jargon zu fallen. Damit verfolgen sie eine der Hauptmotivationen von Marie Jahoda. Wissenschaft, die anwendbar und nützlich ist, war ihr ein großes Anliegen: „Wenn alles in großen Theorien und technischen Ausdrücken vergraben ist, nimmt niemand davon Kenntnis, niemand, der das Leben der Menschen in irgendeiner Weise beeinflussen könnte.“

Die „Perspektiven“ haben sich über die fünf Jahre ihres Erscheinens für einen breiten Kreis von politisch Interessierten als gut anwendbar und nützlich erwiesen.

a.Univ. Prof. Dr. Meinrad Ziegler

Vorsitzender Marie Jahoda – Otto Bauer Institut

_PERSPEKTIVEN

Marie Jahoda - Otto Bauer Institut



Von freien zu zivilisierten Märkten

Es braucht neue Orientierungsrahmen in der Wirtschaft, weil Geld und Profit oft falsche Wege weisen.

Wie können wir die Märkte in den Griff kriegen? Mit einem neuen Blickwinkel und klaren Handlungsvorschlägen für dieses schon lange diskutierte Problem wurden die Linzer Ökonomen Jakob Kapeller, Bernhard Schütz und Dennis Tamesberger von einer Jury unter dem Vorsitz von Nobelpreisträger Joseph Stiglitz ausgezeichnet. Im Zentrum ihres Konzeptes steht ein Wirtschaftssystem, das wieder mit universellen Werten wie Gerechtigkeit, Würde und Fairness im Einklang steht, kurzum ein Wirtschaftssystem das die Zivilisierung der Märkte zum Ziel hat.

Uneingeschränkt unmoralisch

Gerade in einer globalisierten Wirtschaft tendiert der uneingeschränkte Wettbewerb dazu, zentrale Werte des Zusammenlebens zu untergraben. Wer soziale Verpflichtungen gegenüber anderen vermeidet, schafft sich einen Wettbewerbsvorteil. Jene Unternehmen, die in Ländern wie Bangladesch Textilien unter den widrigsten Umständen (katastrophale und gesundheitschädliche Arbeitsbedingungen an denen regelmäßig Menschen sterben; Kinderarbeit, Lohndumping, Verbot bzw. Kampf gegen gewerkschaftliche Organisationen) produzieren, zählen zu den Marktführerinnen der Textilbranche. Sie üben mit ihren niedrigen moralischen Werten Druck auf andere aus, die soziale und ökologische Standards einhalten wollen und damit kostenintensivere Produktionsweisen bevorzugen. Primark, H&M und Co überfluten den Markt mit ihren Billigprodukten und Wegwerfwaren. Dieser uneingeschränkte Wettbewerb führt in Folge zur Erosion moralischer und sozialer Standards. Die Folgen dieses Phänomens sind allgegenwärtig. Von den Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und Lohndruck, über ökologischen Raubbau und Kinderarbeit, bis hin zu mangelnder Verarbeitung und sinkender Qualität der Produkte zeigt sich diese Abwärtsspirale weltweit.

Doch es geht auch anders

Eine mögliche Form den Markt nach universellen, sozialen Werten auszurichten wird in Japan seit 14 Jahren erfolgreich ange-

wandt – das sogenannte Top-Runner-Programm. Hierbei wurden bestimmte Produktdimensionen, die zwar als gesellschaftlich relevant erachtet werden, jedoch wenig Einfluss auf das individuellen Konsumverhalten haben, aus dem Kostenwettbewerb genommen. Im Zuge des Top-Runner-Programms gibt die japanische Regierung für verschiedene Produktkategorien (z.B. Autos, Klimaanlage, Kühlschränke, Kochgeräte, Unterhaltungselektronik, andere elektronische Haushaltsgeräte usw.) Energiestandards für eine Periode von 3-10 Jahren vor. Das energieeffizienteste Produkt seiner Klasse gilt daher als Maßstab. Bei Nichteinhaltung der vorgegebenen Standards wird streng vorgegangen. Zunächst unterbreitet das Ministerium den ProduzentInnen einen Vorschlag, kommen sie diesem nicht nach, geht die Behörde damit an die Öffentlichkeit. Sollte die Erfüllung der Standards weiterhin nicht stattfinden führt dies von Strafzahlungen bis hin zum Verkaufsverbot.

Europäische Aufsichtsagentur für Handelswaren

Die Autoren zeigen aber nicht nur die Folgen deregulierter und liberalisierter Märkte auf, sondern entwickeln ein alternatives Handlungsszenario für die Europäische Union. Zentral für Kapeller, Schütz und Tamesberger ist das Konzept einer „Europäischen Aufsichtsagentur für Handelswaren (EACS)“. Für die neu geschaffene Institution sollen die Arbeitsbedingungen, die Produktqualität und der Umwelteinfluss im Produktlebenszyklus (Produktion, Gebrauch, Entsorgung) zu relevanten Kriterien für Produktstandards werden.

Die EACS fußt dabei auf zwei Säulen. Einerseits die Einhaltung von Arbeitsstandard (Division of Adherence of Labor Standards – DALs) sowie andererseits der Sektor für Nachhaltigkeit und Produktqualität (Division for Sustainability and Product Quality – DSPQ). In den Bereich Arbeit fallen Aspekte, die sich auf die Kontrolle von Arbeitsbedingungen (Sicherheit, Auswirkungen auf die Gesundheit), ArbeitnehmerInnenrechten (insbesondere die Vereinigungsfreiheit), sozialer Sicherheit und die Entlohnung beziehen. Der Bereich Qualität und Nachhaltigkeit ist hingegen

für die Produktqualität und Umweltauswirkungen über den Produktlebenszyklus verantwortlich. Gerade bei Produktqualität muss sich das Interesse auf Fragen der Lebensdauer und (geplanter) Alterung konzentrieren. Im Bereich der ökologischen Auswirkungen stehen Energieeffizienz, Abfallvermeidung und die KonsumentInnengesundheit im Fokus. Entscheidend dafür, ob eine Produktklasse unter die Aufsicht dieser Agentur gestellt wird, ist, dass die jeweiligen Produkte in großen Mengen verkauft werden und der Spielraum zur Verbesserung von Produktionsbedingungen oder den genannten Produkteigenschaften groß ist.

mentInnen wie die ArbeiterInnen in den Fabriken von höherer Qualität und besseren Standards einen Nutzen ziehen. Die Implementierung der EACS kann ein Konjunkturpaket darstellen, von dem alle Mitgliedsländer, aber vor allem die Menschen die in der Produktion und Verkauf tätig sind, profitieren. Durch die vorgeschlagene Institution erhalten Werte wie Gerechtigkeit, Würde und Fairness einen zentralen Stellenwert im Wirtschaftssystem und die Entwicklung von Arbeits- und Lebensbedingungen wird nicht internationalen Märkten überlassen.

Europäische Aufsichtsagentur für Handelswaren (EACS)

3-Stufen-Programm zur Umsetzung der Dynamik des Top-Runner-Programms:

- Definition von Mindeststandards und eines angemessenen Zeitraums innerhalb dessen diese erfüllt werden müssen
- Nach Ablauf des vorgegebenen Zeitraums werden Standards verpflichtend: Beratung und Sanktionierung jener Unternehmen, deren Produkte die Standards verletzen
- Neubeginn des Ablaufs bei Schritt 1

Sektor zur Einhaltung von Arbeitsstandards (DALs)

- Vereinigungsfreiheit und ArbeitnehmerInnenrechte
- Keine Zwangs- oder Kinderarbeit
- Lohn, der den Lebensunterhalt deckt (in Kaufkraftparitäten)
- Begrenzung der maximalen Arbeitszeit
- Bereitstellung von Sozialleistungen

Sektor für Nachhaltigkeit & Produktqualität (DSPQ)

- Energie-Effizienz (Top-Runner)
- Lebensdauer/keine geplante Produktalterung
- Auswirkungen auf die (KonsumentInnen-) Gesundheit
- Auswirkungen auf die Umwelt

Umsetzung: Handelsagentur schafft Arbeitsplätze

Bei den umfangreichen Aufgaben der EACS ist offensichtlich, dass diese von beträchtlicher Größe sein muss, um den notwendigen Einfluss ausüben zu können. Konkret braucht es eine große Zahl an MitarbeiterInnen sowie damit verbundene hohe finanzielle Ressourcen. Während die DSPQ ihren Sitz innerhalb Europas haben kann, ist es insbesondere für die DALs notwendig, einen Großteil ihrer Standorte und MitarbeiterInnen außerhalb der Europäischen Union zu platzieren. Für den Bereich Arbeit ist es folglich notwendig, eine enge Zusammenarbeit mit den lokalen Regierungen, Organisationen, mit internationalen Standorten und ExpertInnen, bestehenden Fair-Trade-Siegeln und CSR-Programmen einzugehen.

Was besser wird

Angesichts der erheblichen Arbeitslosigkeit selbst unter höher gebildeten jungen Menschen (vor allem in den Krisenländern) sollte ein Mangel an Personal kein Problem darstellen. Aus diesem Grund gilt es die Sitze der EACS in den Ländern mit der höchsten Arbeitslosenrate (z.B. in Griechenland und Spanien) zu errichten. Klar ist, dass durch diese Maßnahmen die Aufwendungen und Sozialkosten für die Arbeitslosen sinken und auch die Konsum-



ZUM WEITERLESEN

Das ganze Paper von Jakob Kapeller, Bernhard Schütz und Dennis Tamesberger: "From Free to Civilized Markets: First Steps Towards Eutopia" http://www.progressiveeconomy.eu/sites/default/files/papers/Schuetz_Tamesberger_Kapeller_Civilized_Markets_-_ProgEco14.pdf

Progress Economy ist eine Initiative mit dem vorrangigen Ziel einer öffentlichen und fundierten Debatte über die Wirtschafts- und Sozialpolitik auf europäischer, nationaler und globaler Ebene um progressives Denken in diesen Bereichen auf akademischer und politischer Ebene aktiv zu fördern. Auf der Homepage finden sich sämtliche Publikationen und Studien: www.progressiveeconomy.eu

„Unsere Antwort wird mehr Offenheit und mehr Demokratie sein“

Jens Stoltenberg, nach den rechtsextremistischen Anschlägen in Oslo gegen das sozialistische Jugendcamp auf Utoya.

Spätestens seit den Anschlägen in Paris auf die Satirezeitung „Charlie Hebdo“ und einen jüdischen Supermarkt steht die Bekämpfung von Terrorismus und Radikalisierung wieder auf der politischen Agenda. Aktuell liegt der Fokus in der österreichischen und europäischen Öffentlichkeit auf islamistischen Terrorismus und wie man ihm begegnen soll. Im Zentrum steht dabei weniger die sozialpolitische Dimension als vielmehr ein Gemenge aus sicherheitspolitischen Konzepten (z.B. Vorratsdatenspeicherung) und einer restriktiveren Asylpolitik (z.B. schnellere Abschiebungen). Um politisch die richtigen Antworten zu finden, ist es aber notwendig sich intensiver mit den Hintergründen auseinander zu setzen, statt sich öffentlichkeitswirksam mit „law-and-order“ Konzepten zu inszenieren.

Politischer Extremismus mit religiösen Texten

Damit der Islam und seine textlichen Grundlagen nicht als Füllstoff für radikale politische Ideologien missbraucht werden, braucht es eine reflektierte Auseinandersetzung mit den religiösen Texten. Diese ist Teil des historisch gewachsenen Lehrkanons. Dazu gehört die Koranwissenschaft (ulum al-Qur‘an) und Text-Exegese (tafsir). Politische IdeologInnen wollen ihre vorgefassten Ideen und Vorstellungen in die Texte hineinlesen, sie betreiben Insegesse statt Exegese.

Es war das Sein, welches das Bewusstsein bestimmter DenkerInnen in postkolonialen Staaten prägte. So formulierten diese auch ihre identitätsstiftende Ablehnung in einer bipolaren Welt des „Kalten Kriegs“, wie wir sie in einem zur Zeit der iranischen Revolution sinngemäß widerkehrenden Slogan wiederfinden. „No east no west, Islam is the best.“ Sie meinten aber eine politische Ideologie mit einem bestimmten politischen System und entsprechenden Lebensweisen, welche sich von denen der nichtmuslimischen Welt unterscheiden sollte.

„Kufr gegen den Taghut“ und wer vom Islam abgefallen sei

Das manifestiert sich in der Ablehnung und Ablehnung (kufr) des „Taghut“ (der das Maß überschreitet) wie zum Beispiel dem „Teufel“. Für diese IdeologInnen wird der „Taghut“ aber auch durch den jeweiligen Staatschef, Parteien, Parlamentarismus, demokratische Wahlen und damit zusammenhängende Institutionen in den verschiedenen muslimischen Ländern repräsentiert. Sie gelten als vom Islam abgefallene, fremde Besatzer, den sogenannten „nahen Feind“, den es zu bekämpfen gelte. Aber auch der „ferne Feind“, die westliche Staatenwelt, zählt dazu. Echter Muslim/echte Muslima sei nur, wer all dies ablehnen würde, meinen die WortführerInnen dieser Ideologien. Andersdenkenden MuslimInnen wird das Muslimsein abgesprochen (takfir).

Eine exklusive Gesellschaft

Dies erhebt die Personen zu Angehörigen einer exklusiven Gesellschaft. Man ist auserwählt, stark, überlegen. Nur diese eine Gemeinschaft sei rechtgeleitet. Nur sie kennen die Wahrheit und es gilt ihre fixe Idee das dazugehörige System ungefragt auch mit Gewalt durchzusetzen. Am Ende steht eine Art Vergötzen der eigenen Gruppe und der Gruppenideologie. Es steigt die Bereitschaft Gewalt einzusetzen, sogar gegen sich selbst, um die angestrebten Ziele zu erreichen.

Diese Gemeinschaft und Halt suchenden Menschen, werden auf der Gefühlsebene erreicht. Die Ideologie ist der notwendige Kitt, der die Gruppe zusammenhält. Das Leiden von MuslimInnen, durch Fotos und Videos verbreitet, steigert die Identifikation und Empathie für die Opfer, für die man kämpfen wolle.

Die Menschen finden sich in ihrer der Freizeit, an verschiedensten Orten. Da in Moscheen diese Ideen nicht willkommen sind,

organisieren Radikalisierte kleine „Räumlichkeiten“ oder treffen einander im virtuellen Raum.

„Netzwerk sozialer Zusammenhalt, Prävention, Deradikalisierung, Demokratie“

Ist ein von Moussa Al-Hassan Diaw und Thomas Schmidinger initiiertes Verein, der rund 50 Fälle betreut und in mehreren Bundesländern aktiv ist. Der Verein hält Workshops und Seminare in ganz Österreich ab und führt Interventionsgespräche mit vermeintlich oder tatsächlich extrem radikalisierten Menschen. www.derad.at

Moussa Al-Hassan Diaw leitet einen Lehrgang an der Universität Krems und ist in diesem Bereich an der Pädagogischen Hochschule Linz beschäftigt.

Extremistische Tendenzen erkennen

Es sind nicht Äußerlichkeiten wie Kleidung, die Hinweis darauf geben, ob sich jemand extremistischen politischen Ideen verbunden fühlt. Die geänderte Kleidung, ein muslimisches Kopftuch und in wenigen Fällen ein Niqab (Gesichtsschleier) müssen kein Hinweis sein. Sie können ein Hinweis auf eine Verbundenheit mit der Sunna, also der Tradition des Propheten sein, wie man sie ebenso bei nichtpolitischen, mystischen Sufigemeinschaften wie religiös lebenden Menschen findet.

Gleichzeitig können Menschen, die mit extremistischen Ideologien sympathisieren oder ihnen folgen, genauso gekleidet sein wie der Mainstream in Schule und Jugendzentrum.

Deziierte Aussagen und ideologische Bekenntnisse

Erkennen kann man sie an dezidierten Aussagen, die den „fernen und den nahen Feind“ thematisieren. Die eigenen vom Islam abgefallenen Regenten und auch die muslimischen Gesellschaften sowie die äußeren westlichen Mächte, die mit dem „nahen Feind“ verbündet sind. Hier muss zwischen einer kritischen Betrachtung politischer Verhältnisse und einer Feindbildreproduktion unterschieden werden.

Aussagen und Bekenntnisse, die sich mit den eingangs beschriebenen Inhalten dieser Ideologie überschneiden können klare Hinweise sein. Es bedarf des Fachwissens jener, die sich theoretisch und praktisch mit den Inhalten auseinandersetzen und diese auswerten können. Entscheidend sind daher jene ExpertInnen, die in Interventionsgesprächen diese Ideologie dekonstruieren können. Neben religiösem Wissen ist zusätzlich auch ExpertInnenwissen der beschriebenen Ideologie(n) notwendig.

Was tun?

Klar ist, dass man Präventionsmaßnahmen zur Vorbeugung und Interventionen zur Deradikalisierung unterstützen und ausbauen muss, wie sie bereits von zivilgesellschaftlichen Initiativen in verschiedenen Staaten EU-Europas ausgehen. Nur so kann diesem Phänomen begegnet werden, ohne dabei pauschal die muslimischen Communities zu diskreditieren und negativ zu markieren. Es müssen Expertisen, wie sie beim Netzwerk „EUISA“ als Teil des „Radicalisation Awareness Networks“ (RAN) der Europäischen Kommission zu finden sind und in Österreich und Deutschland durch das „Netzwerk sozialer Zusammenhalt, Prävention, Deradikalisierung, Demokratie“ repräsentiert werden zur Anwendung kommen. So kann diesen Entwicklungen Einhalt geboten und gleichzeitig radikalen Tendenzen in allen Bereichen der Nährboden entzogen werden.

Schiefen beseitigen

Fundamentalismus und Radikalisierung auf einen einzelnen Aspekt wie den sozialen Hintergrund oder die Herkunft zurückzuführen ist falsch. Es gibt unterschiedliche Beweggründe für (junge) Menschen sich terroristischen Vereinigungen anzuschließen. Einzelne Maßnahmen unter dem Deckmantel der Sicherheitspolitik, die oft persönliche Freiheiten einschränken, oder allgemeine Sanktionen können daher nicht jene Erfolge liefern, die sich manche davon erhoffen.

Die zentrale Herausforderung ist es die gesamtgesellschaftlichen Ungleichheiten abzubauen: sogenannte horizontale Ungleichheiten, sprich kulturelle, genauso wie vertikale, also soziale Ungleichheiten. Das bedeutet auch von jenen tagespolitischen Debatten Abstand zu nehmen, die zu einer Stigmatisierung von MuslimInnen und/oder MigrantInnen führen und so das gesellschaftliche Klima weiter verschärfen. Ein Maßnahmenkatalog muss daher eine soziale und eine pädagogische Dimension aufweisen, um die gewünschten Erfolge zu liefern.

Die Debatte muss sich daher mehr um die Lösung von Ungleichheiten und gesellschaftliche Schiefen drehen als sie rund um eine Glaubensfrage zuzuspitzen und dadurch zu entpolitisieren. Nur dann kommen wir zu mehr Offenheit und zu mehr Demokratie!

„Machtverhältnisse sind weder geschichtslos noch geschlechtsneutral!“ *(Johanna Dohnal)*

Auf formal rechtlicher Ebene sind Frauen den Männern schon lange gleichgestellt. Dennoch wirken manchmal offensichtlich, manchmal im Verborgenen zahlreiche gesellschaftliche Strukturen einer echten Gleichstellung entgegen. Von der Kindheit an, sehen sich Frauen mit ungleich verteilten Machtverhältnissen konfrontiert.

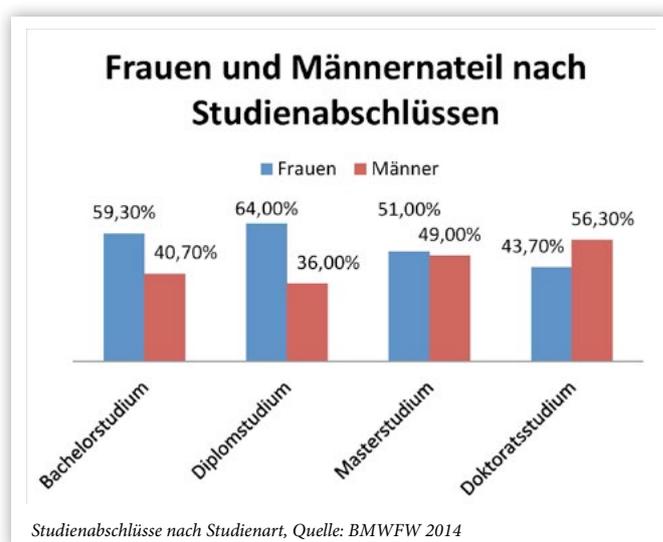
„JedeR sollte nach seinen/ihren Fähigkeiten leben, mit gleichen Voraussetzungen der Ausbildung und der politischen und persönlichen Rechte.“ (Bertha von Suttner)

Noch nie waren Frauen so gut ausgebildet wie heute. Bereits jede zweite Schülerin maturiert, während die Maturantenquote nur 34 % beträgt. Auch bei den Universitaterstabschlussen zeigt sich ein ähnliches Bild. Mehr als die Hälfte der Frauen schließt ein Bachelor- (59,3%) oder Diplomstudium (64%) ab. Doch je höher der Abschluss, desto geringer auch der Frauenanteil. Bei den Masterabschlussen beträgt dieser noch 51 %, bei den Doktoratsstudien nur mehr 43,7%.

Ein Blick auf die (Aus)Bildungswahlentscheidung junger Frauen und Männer, lässt unzweifelhaft erkennen, dass Österreichs Bildungssystem stark von Geschlechterstereotypen geprägt ist. (Bildungs)Bereiche, welche gesellschaftlich Frauen zugeschrieben werden, werden nach wie vor auch uberreprasentativ häufig von diesen gewählt. So sind 90% der SchulerInnen einer wirtschaftsberuflich orientierten BHS weiblich, der Frauenanteil an technisch gewerblichen höheren Schulen beträgt hingegen nur 27%.

„Das wirksamste Mittel, um Frauen von bezahlten Arbeitsplätzen fern zu halten, ist die Nichtzurverfugungstellung von entsprechenden Kinderbetreuungsplätzen.“ (Johanna Dohnal)

Unter dem Begriff „Care“- Arbeit werden sorgende und betreuende Tätigkeiten zusammengefasst, wie Hausarbeit, Kinderbetreuung oder die Betreuung von Pflegebedürftigen. Der Großteil

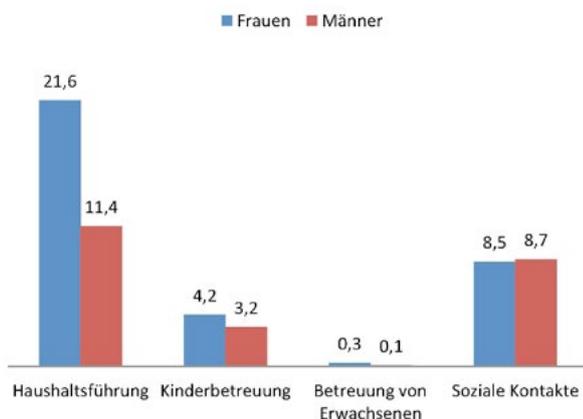


dieser Tätigkeiten wird von Frauen im privaten Bereich, das heißt unentgeltlich, verrichtet. „Care“-Arbeit, ist Arbeit, die verrichtet werden muss, damit unsere Gesellschaft überhaupt funktioniert. Wie, von wem, und unter welchen Bedingungen die Arbeiten erledigt werden, ist Sache gesellschaftlicher und politischer Gestaltung.

Das festgefahrene Klischee, dass Haushaltstätigkeiten Frauensache sind, hat konkrete Folgen. Rund 70% der Frauen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) in Oberösterreich waren 2013 erwerbstätig. Zusätzlich verwenden diese Frauen im Schnitt aber noch 27 Stunden für Haushalts- und Betreuungsarbeit.

Dreiviertel der Pflegeleistungen in den Familien verrichten zu 80% Frauen (Partnerinnen, Töchter, Schwiegertöchter). Diese Mehrfachbelastung bringt Frauen zunehmend unter Druck und hat neben gesundheitlichen Folgen auch starke Auswirkungen auf ihren Karriereverlauf sowie ihre soziale und finanzielle Absicherung.

Aufteilung der wöchentlichen Reproduktionsarbeit



Anzahl der Stunden pro Woche nach Reproduktionstätigkeit. Quelle: AK OÖ, Frauenmonitor 2014

„Mehr Macht für Frauen, heißt gleichzeitig weniger Macht für Männer.“ (Johanna Dohnal)

Frauen stellen 46% aller Erwerbstätigen und 48% aller ArbeitnehmerInnen. Bei den beruflichen Tätigkeiten zeigen sich allerdings drastische geschlechtsspezifische Unterschiede. Frauen sind bei Hilfstätigkeiten deutlich über-, bei leitenden Tätigkeiten eklatant unterrepräsentiert – das ist aber keine Frage der Ausbildung. Denn 22% aller männlichen, aber nur 7% aller weiblichen HochschulabsolventInnen sind in einer Führungsposition.

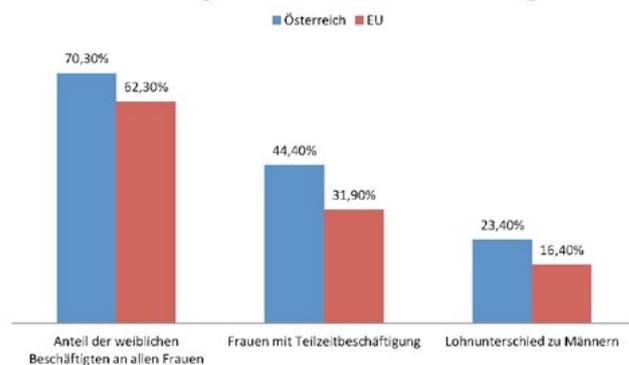
Ein enttäuschendes Bild zeigt auch eine Analyse des Frauenanteils in den Entscheidungsgremien der Top-200-Unternehmen Österreichs. In den Geschäftsführungen liegt der Anteil an weiblichen EntscheidungsträgerInnen mit 5,6% konstant auf niedrigem Niveau. In absoluten Zahlen ausgedrückt, sind nur 34 von 606 leitenden Positionen mit Frauen besetzt. Traditionell höher, aber dennoch sehr niedrig ist der Frauenanteil in den Aufsichtsräten. Er stieg seit 2005 von 7,6% auf 13,9% im Jahr 2014. Im europäischen Vergleich zählt Österreich mit einer Frauenquote von 13% in den obersten Leitungsorganen wie schon in den Jahren zuvor zu den Schlusslichtern. Der europäische Durchschnitt liegt um 5% höher, bei 18%.

„Wie viel „wert“ Frauenarbeit oder Männerarbeit ist, bleibt letztlich eine gesellschaftspolitische Frage, bei der wir Frauen uns durchsetzen müssen.“ (Johanna Dohnal)

Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern sind nach wie vor ein internationales Problem. Die Ergebnisse der letzten EU-weit durchgeführten Verdienststrukturerhebung zeigen: Vollzeitbeschäftigte Frauen verdienen in der Europäischen Union im Durchschnitt 16,4% weniger als vollzeitbeschäftigte Männer. Österreich liegt mit 23,4% am vorletzten Platz, nur von Estland unterboten. Der Einkommensunterschied wird dabei von mehreren Faktoren beeinflusst. Durch die Berücksichtigung von Merkmalen wie Branche, Beruf, Alter, Beschäftigungsverhältnis oder Unternehmenszugehörigkeit kann ein Teil des Einkommensunterschieds erklärt werden – übrig bleibt der bereinigte, nicht begründbare, Lohnunterschied von 14,9%. Ob erklärbar oder nicht, ist für die Lebensrealität der Frauen egal, denn auch die erklärbaren Faktoren des Einkommensunterschiedes sind nicht weniger diskriminierend. Fakt bleibt: Die durchschnittliche Österreicherin hat 24% weniger Einkommen zur Verfügung als ihre männlichen Kollegen.

mensunterschied erklärt werden – übrig bleibt der bereinigte, nicht begründbare, Lohnunterschied von 14,9%. Ob erklärbar oder nicht, ist für die Lebensrealität der Frauen egal, denn auch die erklärbaren Faktoren des Einkommensunterschiedes sind nicht weniger diskriminierend. Fakt bleibt: Die durchschnittliche Österreicherin hat 24% weniger Einkommen zur Verfügung als ihre männlichen Kollegen.

Erwerbstätigkeit & Einkommen im EU-Vergleich



Erwerbstätigkeit und Einkommen im EU-Vergleich. Quelle: Eurostat 2014



ZUM WEITERLESEN

AK Oberösterreich: Frauenmonitor 2014: http://media.arbeiterkammer.at/ooe/publikationen/frauenmonitor/B_2014_Frauenmonitor.pdf

AK Oberösterreich: Bildungsmonitor 2016: https://media.arbeiterkammer.at/ooe/B_2016_AK_Bildungsmonitor_2016.pdf

BMBF: Frauen und Männer in Österreich: Gender Index 2014: https://www.bmbf.gv.at/frauen/gender/gender_index_2014.pdf?4prcf5

KENNST DU RONJA?

www.ronja-verdient-mehr.at



Funktioniert der Strafvollzug?

Die heimischen Strafanstalten sind zum Bersten voll und der Ruf nach neuen Einrichtungen wird lauter. Gleichzeitig erschüttern immer wieder Gefängnis-Skandale die Öffentlichkeit - von Verwahrlosung über Vergewaltigungen bis hin zu Suiziden. Grund genug, sich intensiver mit dem österreichischen Strafvollzug auseinanderzusetzen.

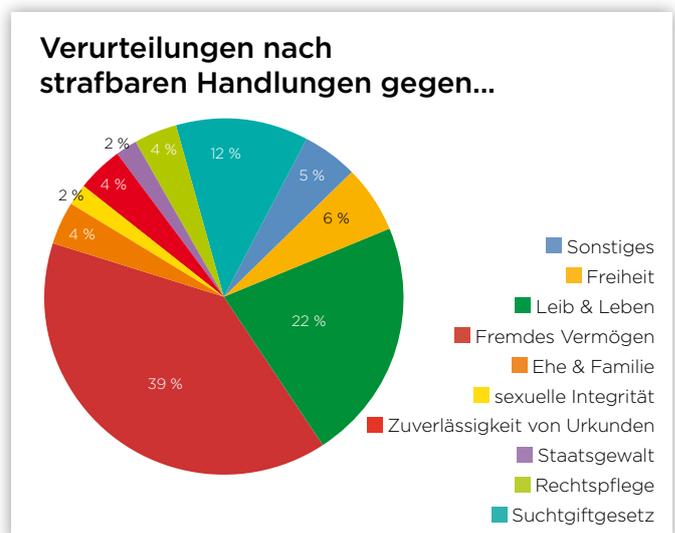
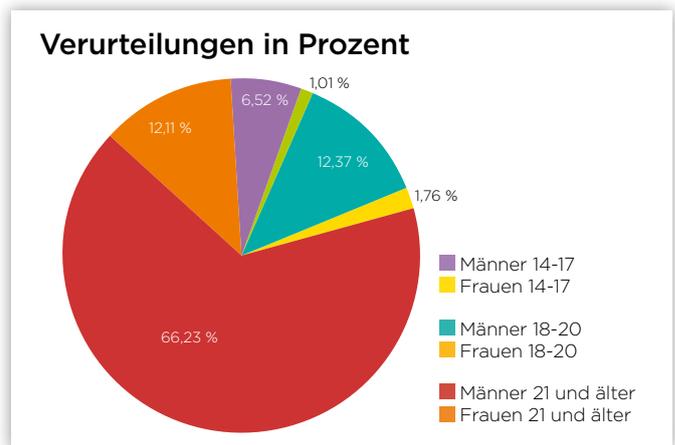
Noch nie gab es in Österreich so wenige Verurteilungen. Die Zahl hat sich seit 1995 von 70.000 auf 35.000 halbiert. Mitunter eine Ursach für diese Halbierung ist die im Jahr 2000 eingeführte flächendeckende Diversion. In den Gefängnissen zeigt sich ein gegenteiliges Bild. Mit knapp 9000 Inhaftierten liegt die Auslastung bei 98% - Tendenz weiter steigend. Als Reaktion werden bereits Gefängnisneubauten gefordert. Während in Österreich von 100.000 EinwohnerInnen 104 in Haft sind, liegt die Quote in Deutschland bei 87, in Norwegen, Schweden, Dänemark und den Niederlanden um die 70 und in Finnland sogar bei nur 61.

Die Funktion und Aufgabe des österreichischen Strafvollzuges ist laut §20 des Strafvollzugsgesetz „den/die VerurteilteN zu einer rechtschaffenen und den Erfordernissen des Gemeinschaftslebens angepassten Lebenseinstellung zu verhelfen und sie abzuhalten, schädlichen Neigungen nachzugehen“ sowie „den Unwert des der Verurteilung zugrunde liegenden Verhaltens aufzeigen.“

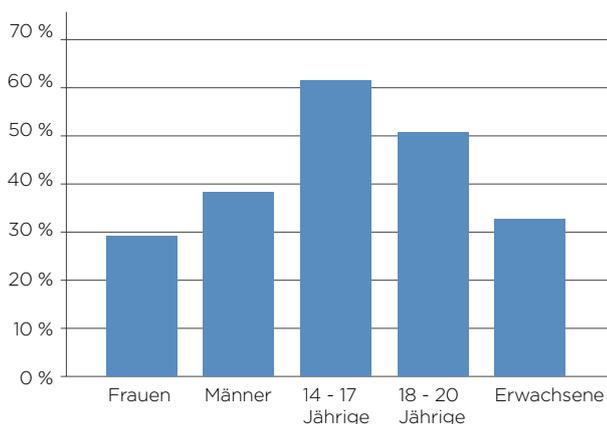
Immer dieselben

Unsere Gefängnisse produzieren WiederholungstäterInnen. Die Zahl jener Menschen, die mit einer Freiheitsstrafe belegt werden, bewegt sich seit den 80er Jahren konstant zwischen 20.000 und 25.000. In Prozent sieht das anders aus. Wurden 1985 27% der Verurteilungen mit Freiheitsstrafen und 67% mit Geldstrafen sanktioniert, werden aktuell 68% der Verurteilten mit Freiheitsstrafen und 29% mit Geldstrafen belegt. Auch der Hauptgrund für den Freiheitsentzug hat sich verändert. Waren das früher noch Verbrechen gegen Leib und Leben, so sind es heute Straftaten gegen fremdes Eigentum und Vermögen. Gemeinsam mit Verstößen gegen das Suchtmittelgesetz macht dies mehr als die Hälfte aller Verurteilungen mit Freiheitsstrafen aus. Es handelt sich also bei der Mehrheit der Inhaftierten um Menschen, die aus einer schwierigen gesundheitlichen oder sozialen Situation kommen. Diese wird aber durch die Zeit im Gefängnis meist nur

verstärkt anstatt durch sozialstaatliche und gesundheitspolitische Maßnahmen abgeschwächt oder gar kompensiert zu werden. Denn knapp 40% werden neuerlich verurteilt - mehr als die Hälfte davon bereits in den ersten beiden Jahren, wiederum wegen den gleichen Delikten.



Wiederverurteilungen in Prozent



Hohe Kriminalitätsbelastung

Die höchste Kriminalitätsbelastung weisen Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren, gefolgt von der Gruppe der 18 bis 20-jährigen auf. Normen zu übertreten und Grenzen auszutesten kommt in der Entwicklung zu einer individuellen und sozialen Identität häufig vor. Eine Haft in dieser wichtigen Entwicklungsphase hin zum Erwachsensein ist hierbei besonders problematisch, da sich eine Identität nur in Beziehungen entwickeln kann. Hier braucht es einen Mix verschiedenster Maßnahmen, um soziale Integration zu ermöglichen, beispielsweise durch Suchtpräventionsangebote oder die Entkriminalisierung von Drogen bis hin zur Schaffung von ausreichend Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Es darf nicht vergessen werden, dass die sozialen und gesellschaftlichen Folgen des Einsperrens junger Erwachsener enorm sind, denn sie bedeuten Wohnungsverlust, Arbeitsplatzverlust und soziale Isolation. Große Stolpersteine auf dem Weg junger Menschen zu einem guten Leben.

Muss Strafe sein?

Klar ist: Trotz Bestrafungen und Gefängnissen gab und gibt es noch immer Verbrechen. Der verstorbene SP-Justizminister und Strafrechtsreformer Christian Broda hat dies so formuliert: „Wenige Institutionen, die von Menschen erdacht wurden, sind so offenkundig erfolglos geblieben wie die Gefängnisse. Und trotz ihres totalen Scheiterns haben die Gefängnisse ein zähes Leben“. In Österreich gibt es seit 2010 unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit, dass Strafgefangene den Vollzug der Strafe unter elektronisch überwachten Hausarrest, auch als Fußfessel bekannt, verbringen.

Wirklicher Opferschutz

Klar ist: Wir müssen die Opfer von Gewalttaten und Verbrechen schützen. Wirklicher Opferschutz beginnt bei gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die einen respektvollen Umgang miteinander ermöglichen. Solange Funktionsweisen unserer Gesellschaft Menschen dazu bringen andere physisch und psychisch zu misshandeln, ihnen liebgegewonnene und wichtige Gegenstände zu entreißen, oder aus purem Hass einen Mitmenschen zu ermorden, müssen wir an den Funktionsweisen der Gesellschaft arbei-

ten. Es gilt also sozialstaatliche Maßnahmen auch so zu bewerten, ob sie Menschen in der Gesellschaft halten und damit potentielle StraftäterInnen von einer vermeintlichen Straftat abhalten oder nicht. Hier gilt es an vielen Stellschrauben zu drehen: vom Ausbau der sozialen Netze für eine bessere gesellschaftliche Integration bis zur Anerkennung von Drogensucht als Krankheit, damit darunter nicht nur Verbrechen oder gesellschaftliche Verrohung verstanden wird. Diese Maßnahmen sind zentral, dafür ist das Gefängnis doch keine Lösung. Dass nur eine vorausschauende Politik wirklich etwas gegen Kriminalität unternehmen kann, war auch dem Strafrechtsprofessor Franz von Liszt vor 100 Jahren schon bewusst: „Sozialpolitik ist die beste Kriminalpolitik!“

Maßnahmenvollzug

Von den 27 Anstalten sind drei ausschließlich für den „Maßnahmenvollzug“ vorgesehen, das betrifft zurzeit ca. 800 Personen. Der Maßnahmenvollzug dient zur Unterbringung von gefährlichen VerbrecherInnen, die wegen mangelnder Schuldfähigkeit nicht verurteilt werden. Das sind entweder „gefährliche RückfallstäterInnen oder entwöhnungsbedürftige sowie geistig abnorme RechtsbrecherInnen“. Die Anordnung des Maßnahmenvollzugs erfolgt zugleich mit der Urteilsverkündung. Im Gegensatz zur Strafhaft wird die Maßnahme nicht zeitlich begrenzt ausgesprochen und es besteht keine Aussicht auf eine Aussetzung zur Bewährung.



ZUM WEITERLESEN

Michel Foucault (1977): Überwachen und Strafen, die Geburt des Gefängnisses

www.irks.at - Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie

Loïc Wacquant (2009): Bestrafen der Armen: Zur neoliberalen Regierung der sozialen Unsicherheit

Die Gefahr des billigen Öls

Wie der fallende Preis für fossile Energieträger die wichtige Energiewende in Österreich gefährden kann.

Ausgehend von einer steigenden Öl- und Gasförderung aus unkonventionellen Quellen befindet sich derzeit das globale Energiesystem in einer entscheidenden Veränderung. Der zuletzt stark gefallene Ölpreis führte auch hierzulande wieder zu glücklichen Gesichtern an den Tankstellen und der Frage, warum teuer in erneuerbare Energien investieren, wenn Erdöl und -gas immer preiswerter werden?

Die Situation

Die USA befindet sich derzeit auf dem Weg zur Energieautarkie. Erstmals seit fast zwanzig Jahren wurde 2013 wieder mehr Öl gefördert als eingeführt. Bei einem stetigen Anstieg der Förderung wird sogar erwartet, dass in den nächsten 15 bis 20 Jahren die Vereinigten Staaten sogar gänzlich unabhängig von Energieimporten aus Saudi Arabien sein werden – mit erheblichen politischen Folgen für diese Region.

Zurückzuführen ist diese Entwicklung auf den sprunghaften Anstieg bei der Öl- und Gasförderung durch Hydraulic Fracturing, kurz Fracking.

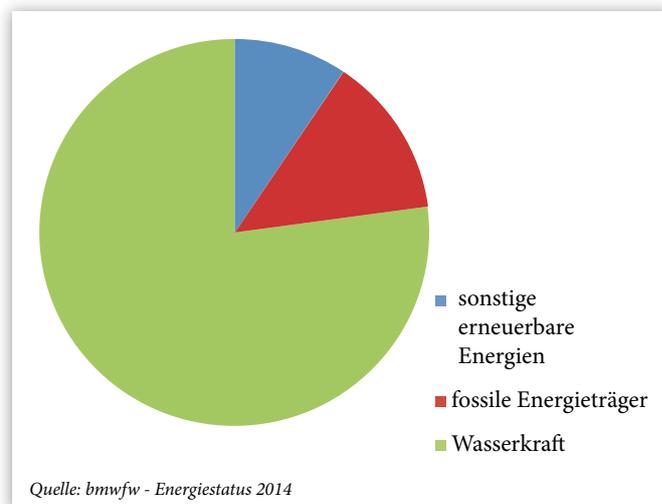
Das daraus gewonnene Schieferöl und -gas überschwemmt derzeit den amerikanischen Energiemarkt und führt zu einem weltweiten Preisabfall bei den fossilen Energieträgern. In den USA führen die derzeitigen billigen Energiepreise zu einem regelrechten Wirtschaftsboom. Die Kehrseite dessen ist aber eine mögliche Infragestellung der teuren und ambitionierten Ziele der Energiewende. Dabei ist trotz des niedrigen Ölpreises die Investition in erneuerbare Energien gerade jetzt besonders wichtig.

Die Gefahr des billigen Öls

Der derzeit niedrige Ölpreis führt zu einem Investitionsrückgang bei neuen Öl- und Gasprojekten bei gleichzeitigem Anstieg der weltweiten Nachfrage. Jedoch benötigt besonders die kostenintensive Schieferölförderung einen stabil hohen Erdölpreis, um die Wirtschaftlichkeit der Anlagen zu gewähren. Dazu kommt, dass aufgrund der Unelastizität des Ölpreises kleinere Engpässe in der Versorgung oder ein leichter Rückgang in der Nachfrage zu großen Preisschwankungen führen. D.h. ein niedriger Ölpreis in Verbindung mit einer wachsenden Konjunktur führt zu schnell steigenden Preisen in der Zukunft. Einen Schutz vor solch extremen Preisausschlägen bietet nur eine Abkehr von fossilen hin zu erneuerbaren Energieträgern.

Erneuerbare Energien in Österreich

Der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttoinlandsverbrauch liegt in Österreich bei 32,6%. Wichtigster grüner Energieträger ist die Wasserkraft, die 67% der inländischen Bruttostromerzeugung liefert, deren Potential jedoch nur zu 70% ausgeschöpft und daher noch weiter ausbaufähig ist. Weitere große Energielieferer sind die Windenergie und Photovoltaiktechnologie.



Das Burgenland ist beispielweise dank der Windenergie die erste europäische Region, die ihren Strombedarf zumindest bilanziell zu 100% aus erneuerbaren Energien deckt. Seit 2005 ist Österreich jedoch auf Stromimporten aus dem Ausland angewiesen. Vor allem aus Tschechien wird sogenannter Graustrom bezogen. Dies ist ein Strommix bei dem die Energiequellen unbekannt sind, der aber oftmals hohe Anteile von Atomstrom aufweist. Komplette frei von Nuklearenergie ist Österreich somit keineswegs.

Die Energiewende in Österreich

Das 2008 verabschiedete Energie- und Klimapaket der EU verpflichtet Österreich bis 2020 neben der Erhöhung des Anteils der

Der Ausverkauf Griechenlands

Wie Privatisierungen öffentlichen Eigentums zum Leid Griechenlands beitragen.

Die flächendeckende Privatisierung in Griechenland war integraler Bestandteil der Vereinbarung zwischen der früheren griechischen Regierung und ihren Gläubigern. Nach dem Plan der Troika sollten so kurzfristig bis zu 50 Milliarden Euro in die leeren Staatskassen fließen. Vorstellungen die vollkommen überzogen waren und die die Zukunftsfähigkeit der griechischen Wirtschaft gefährden.

„Der Staat ist ein schlechter Manager. Er arbeite weniger effizient und flexibel als Investoren, die die Wirtschaft stärken indem sie Geld in die Unternehmen stecken und Arbeitsplätze schaffen.“ Nach diesem neoliberalen Credo ist es sinnvoll, wenn der Staat seinen Besitz meistbietend an möglichst viele InteressentInnen veräußert. Alternativen gibt es in dieser Logik nicht. Man brauche schließlich das Geld um Schulden zu bezahlen.

Privatisierung als vermeintliche Geldmaschine

Umfassende Privatisierungen waren von Beginn an zentrale Bestandteile der Vereinbarung zwischen Troika und griechischer Regierung. Als Gegenleistung für die Finanzhilfen versprach Griechenland unter anderem bis 2016 50 Milliarden Euro durch Privatisierungen einzunehmen. Im Wortlaut: „Die Regierung ist bereit, alle übrigen Anteile an staatseigenen Konzernen zu verkaufen, wenn dies nötig ist, um die Privatisierungsziele zu erreichen.“ Das Problem ist aber: Die Erlösvorstellungen waren maßlos übertrieben. Bisher wurden gerade einmal vier Milliarden Euro durch Privatisierungen eingenommen und selbst das neu gesetzte Ziel von 11 Milliarden Euro ist bis Ende 2016 kaum noch zu erreichen. Dabei wurde nicht einmal dem angeblich „schlechten Manager“-Staat zugetraut als Verkäufer in Erscheinung zu treten. Denn um die erfolgreiche Privatisierung zu gewährleisten, hat die griechische Regierung alle ihre Anteile einem extra geschaffenen Treuhandfonds (HRADF) übertragen. Athen konnte zwar die Führungsspitze des Fonds bestimmen, besitzt aber im weiteren Verlauf der Privatisierung kein Mitspracherecht – mit weitreichenden Folgen.

Die Sahnestücke der griechischen Wirtschaft

Wegweisende Zukunftspläne wie die das Stadtentwicklungsprojekt auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Ellinikon und wichtige Einnahmequellen wie die Lotteriegesellschaft OPAP

wurde ohne Einflussmöglichkeit der griechischen Regierung weit unter Wert veräußert. Der Frankfurter Flughafenbetreiber Fraport erhielt den Zuschlag für den Betrieb von 14 griechischen Regionalflughäfen (unter anderem Rhodos und Korfu) mit einem Passagieraufkommen von über 19 Millionen. Selbst Strände die im Naturschutzgebiet Natura 2000 liegen und auch sensible Infrastruktur wie die Wasserversorgung stehen oder standen zum Verkauf. Die Privatisierung der Wasserwerke konnte jedoch durch eine Bürgerbefragung (98% der Bevölkerung war gegen einen Verkauf) verhindert werden.

Die Befriedung spezieller Interessen

Im Hinblick auf die geringen Einnahmen stellt sich die Frage, warum die Geldgeber Griechenlands weiterhin auf eine Privatisierung des Landes drängen. Bei einem Schuldenberg von mehr als 270 Milliarden Euro, sind die bisherigen vier Milliarden Euro kaum der Rede wert. Gleichzeitig generierten diese ehemals öffentlichen Unternehmen einen großen Teil der laufenden Ein-

Der Verkauf von OPAP

Das erste große Privatisierungsobjekt war die äußerst profitable Lotterie OPAP, die selbst im Krisenjahr 2011 über 500 Million Euro Gewinn nach Steuern erwirtschaftete. Der griechische Staat besaß rund 30 Prozent der Aktien von OPAP und kassierte demnach auch ein Drittel des Gewinns. Diese Anteile wurden 2013 für 6 Euro pro Aktie an den einzigen Bieter Emma Delta verkauft, obwohl der Wert damals schon bei rund 9 Euro lag (heute: 12 Euro) und das Prozedere eindeutig gegen den Bieterwettbewerb verstieß. Hinzukam, dass kurz nach dem Deal der damalige Vorsitzende des Treuhandfonds Stelios Stavridis mit dem Privatjet des Milliardärs Dimitris Melissianidis in die Ferien flog. Dieser ist unter anderem Anteilseigner des griechisch-tschechischen Fonds Emma Delta und somit neuerdings Mitbesitzer von OPAP.

nahmen des griechischen Staates. Es hat den Anschein, dass der Grund für die Privatisierungen in Griechenland einzig die Befriedigung von speziellen Wirtschaftsinteressen und nicht die des öffentlichen Interesses ist. Diese Meinung vertritt auch der aktuelle griechische Ministerpräsident Tsipras, der nach der Übernahme seines Amtes vorerst die Privatisierungswelle stoppte.

„Wir sind gegen Verkäufe, bei denen ein staatliches Monopol schlicht durch ein privates ersetzt wird und die wirtschaftlich sinnlos sind, vor allem vor dem Hintergrund, wie wenig im Vergleich zum riesigen griechischen Schuldenberg durch sie erlöst wird.“

Wirtschaftsminister Giorgos Stathakis

Westliche Medien und Politiker quitierten das Handeln jedoch sofort als unverantwortlich und Beleg für die mangelnde Kooperationsbereitschaft der neuen Regierung Griechenlands. Dabei ist das Ziel vernünftig: Es verhindert, dass gewisse Interessengruppen die derzeitige prekäre Situation ausnutzen, um auf Kosten der Bevölkerung und des Staates ihre privaten Vermögenswerte vergrößern zu können.



ZUM WEITERLESEN

europoly.tagesspiegel.de

www.zeit.de/wirtschaft/2014-05/privatisierung-griechenland-wasser-thessaloniki-elafonisos-strand

www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/griechenland-tsipras-regierung-verschreckt-investoren-a-1023173.html

www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/raport-bekommt-zuschlag-fuer-14-griechische-flughafen-13285565.html

www.theeuropean.de/ernst-moennich/6899-Sinn-und-unsinn-der-privatisierung

Entwicklung des BIP in Prozent



Der Fall Ellinikon

„Ellinikon“ ist ein 2001 stillgelegter Flughafen im Südwesten Athens mit einer Fläche dreimal so groß wie der Flughafen Wien. Er liegt inmitten eines der dichtbesiedelten Orte Europas mit eigenem Küstenabschnitt, der Wert des „Filetstücks“ wurde auf knapp 1,3 Milliarden Euro geschätzt. Der Treuhandfonds bezifferte den Preis jedoch nur auf 700 Millionen Euro. Von anfänglichen neun Bietern verblieb zum Ende wieder nur eine Gruppe bestehend aus griechischen, chinesischen und arabischen Investoren. Diese kauften für knapp 900 Millionen Euro 30% des Geländes und erwarben eine Konzession für die restlichen 70% der Fläche für die nächsten 99 Jahre. Den Investoren wurde zudem das Recht eingeräumt, die Grundstücke aufzuteilen und weiterzuverkaufen. Auch werden Steuern erst nach der Refinanzierung aller Ausgaben erhoben. Somit ist das ehemalige zukunftssträchtige Stadtentwicklungsprojekt „Ellinikon“ zu einem reinen Immobiliendeal verkommen, bei dem Beautyfarmen und Hotels dringend benötigte Krankenhäuser und Grünflächen verdrängen.

Arbeitszeitverkürzung ist notwendig

Die Arbeitszeit wurde in Österreich zuletzt vor 40 Jahren verkürzt. Seither geht der Trend in die andere Richtung: 10% der Frauen und 20% der Männer sind bereits überstundenpauschaliert, was dazu führt, dass für viele ArbeitnehmerInnen 50- oder 60-Stunden-Wochen die Normalität sind. In Österreich arbeiten Vollzeitkräfte insgesamt so lange wie in keinem anderen europäischen Land mit Ausnahme von Großbritannien.

Gleichzeitig verzeichnet Österreich Rekordarbeitslosigkeit und zunehmende Fälle stressbedingter physischer und psychischer Erkrankungen. Die Arbeitslosenquote lag im Vorjahr bei 8,4%, dem höchsten gemessenen Wert seit den 50er Jahren. In der jüngsten Studie der OECD belegte Österreich bei der Qualität des Arbeitsumfeldes wegen der langen Arbeitszeiten und des hohen Zeitdrucks unter 32 teilnehmenden Ländern lediglich Platz 27.

Arbeitszeitverkürzung schafft Beschäftigung

Die Produktivität der österreichischen Wirtschaft steigt kontinuierlich. Dies bedeutet, dass für die Produktion einer bestimmten Menge an Gütern zunehmend weniger Arbeitskräfte notwendig sind. Was auf der einen Seite für zunehmenden gesellschaftlichen Wohlstand sorgt, bedeutet auf der anderen Seite den Verlust von Arbeitsplätzen, da nun weniger Menschen für die gleiche Produktion benötigt werden. Das bedeutet wiederum, dass die davon betroffenen ArbeitnehmerInnen darauf angewiesen sind, dass an anderer Stelle neue Arbeitsplätze entstehen. Hierfür ist notwendig, dass das Wirtschaftswachstum zumindest gleich groß ist wie die Summe aus Produktivitätswachstum und dem Wachstum der Erwerbsbevölkerung.

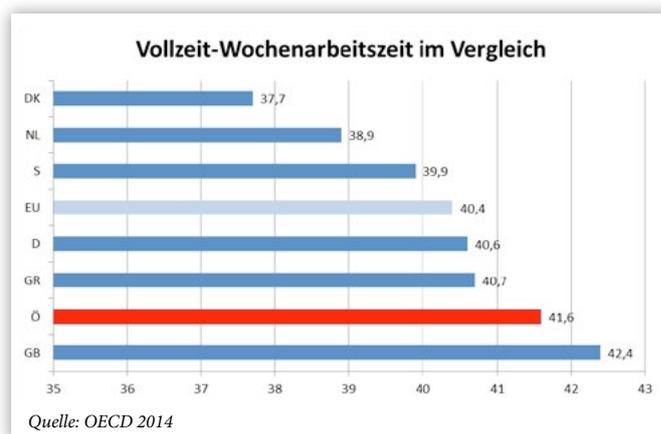
Nicht nur die derzeitige Krise, sondern bereits die Entwicklung der letzten Jahrzehnte veranschaulicht, dass dies zunehmend schwieriger geworden ist. Während in den 60er und 70er Jahren die Arbeitslosenrate bei 2% lag, wurden ab Mitte der 90er Jahre Werte um die 7% zur Normalität. Aber auch schon in den 60er und 70er Jahren hätte die Bilanz schlechter ausgesehen, wäre damals nicht die Arbeitszeit schrittweise verkürzt worden. Für das Ziel der Vollbeschäftigung wäre sowohl kurzfristig als auch langfristig ein hohes Wirtschaftswachstum nötig. Das scheint wenig realistisch, deswegen sind weitere Verkürzungen der Arbeitszeit wirtschaftspolitisch unabdinglich.

Arbeitszeitverkürzung im Sinne der Gleichstellung

Klar ist also, dass Arbeitszeitverkürzung aus gesundheitlicher und arbeitsmarktpolitischer Sicht sinnvoll ist. Darüber hinaus bringt sie aber auch für die Gleichstellung Fortschritte. Kinderbetreuung und Pflege von Angehörigen wird derzeit zu einem großen Teil von Frauen in Teilzeitarbeitsverhältnissen übernommen, während Männer in der Regel einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen. Jede Verkürzung der Arbeitswoche macht es Vollzeitverdienern leichter, sich hier zusätzlich einzubringen. Dies sorgt auch für zusätzliche Lebensqualität, da viele Väter angeben, dass sie gerne mehr Zeit mit ihrem Nachwuchs verbringen würden. Gleichzeitig wird es für den/die andere PartnerIn leichter, eine Vollzeitstelle zu übernehmen, wenn die damit verbundenen Stunden geringer sind bzw. familiäre Aufgaben gleicher verteilt werden können.

Das Ziel: Die 30h-Woche

Damit es tatsächlich zu einer positiven Veränderung kommt, muss das Ziel die „kurze Vollzeit“ in der Höhe von 30 Wochenstunden sein. Mit besseren Möglichkeiten zu flexibler Arbeitszeiteinteilung wäre das ein entscheidender Schritt zur leichteren Vereinbarkeit von Familie und Vollzeitbeschäftigung. Mehr freie Zeit schafft aber auch Raum, um sich sozial zu engagieren sei es in der Nachbarschaft, in Vereinen, karitativen Organisationen oder in der Politik und birgt so nicht nur für den Einzelnen, sondern auch für die Gesellschaft großes positives Potential.



Arbeitszeitverkürzung ≠ Einkommensverlust

Arbeitszeitverkürzung muss dabei nicht mit einem Einkommensverlust einhergehen. In den letzten Jahrzehnten verzeichnete die österreichische Wirtschaft große Produktivitätsgewinne, während die Reallöhne hingegen kaum gestiegen sind. Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich (das heißt: bei gleichbleibendem Brutto-Monatslohn) ist nichts anderes als eine gerechte Entschädigung der ArbeitnehmerInnen für die vorenthaltenen Lohnsteigerungen der letzten Jahrzehnte. Ein realistisches Umsetzungsszenario könnte aber auch der teilweise Lohnausgleich bei höheren, sowie der volle Lohnausgleich bei niedrigeren Einkommen sein. Bruttogehaltsverluste bei höheren Einkommen würden in diesem Fall teilweise durch niedrige Lohnsteuerzahlungen kompensiert werden. Da gleichzeitig mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit zu rechnen ist, fallen für den Staat im Gegenzug niedrigere Sozialausgaben an, wodurch sich auch hier keine Lücke aufäte.

Gegenargument Fachkräftemangel?

Unternehmen haben es gerne, wenn sie sich die Arbeitskräfte aussuchen können. Weniger gerne sehen sie es hingegen, wenn dieselben Arbeitskräfte unter mehreren Stellen wählen können, da dies deren Ansprüche erhöht. Arbeitszeitverkürzung bedeutet eine Machtverschiebung zugunsten der ArbeitnehmerInnen. Das ist mehr als gerechtfertigt, wenn man die Lohnentwicklung der letzten Jahrzehnte als Spiegelbild der herrschenden Machtverhältnisse betrachtet. Um Engpässe zu vermeiden, bietet sich darüber hinaus auch die Möglichkeit des Ausbaus öffentlicher Weiterbildungsprogramme.

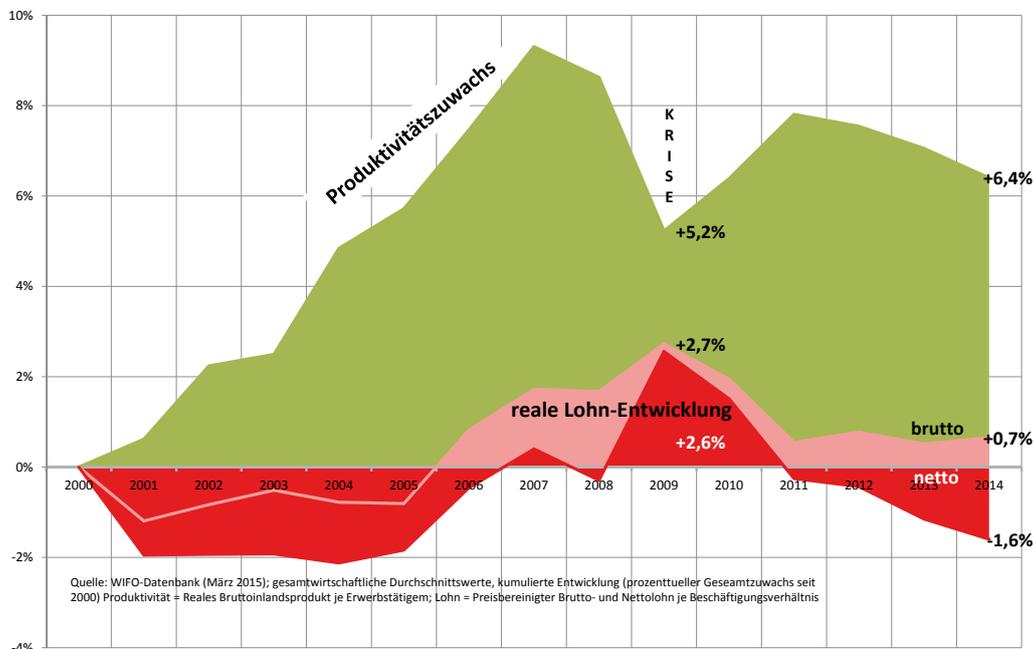
Damit ist klar: Arbeitszeitverkürzung bringt mehr Beschäftigung und mehr Lebensqualität. Dass immer wieder versucht wird, die Idee schlechtzureden zeigt auch, dass es hier um eine Verteilungsfrage geht: Stehen Gewinne von Einzelnen oder das Wohl der Menschen im Vordergrund?

Info

In Österreich wird so lange gearbeitet wie in kaum einem anderen europäischen Land, während die Arbeitslosigkeit im Vorjahr einen neuen Höhepunkt erreicht hat. Gleichzeitig ist die Produktivität in den letzten Jahren stetig gestiegen, die Löhne hingegen kaum. Eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung bei vollem oder teilweise Lohnausgleich wäre eine gerechte und überfällige Maßnahme.

Arbeitszeitentwicklung in Österreich

- 1918: Einführung des 8h-Tags (48h Woche)
- 1959: 45h-Woche
- 1970: 43h-Woche
- 1973: 42h-Woche
- 1975: 40h Woche



AsylwerberInnen in Österreich

Die Situation von AsylwerberInnen ist immer wieder Thema in der Öffentlichkeit. Dabei werden unterschiedlichste Fragen diskutiert: Der Bogen reicht von den gesetzlichen Bestimmungen wer in Österreich Asyl erhält über die Frage der Unterbringung und Versorgung von Asylsuchenden bis zu den Verfahrensdauern. Selten wird aber darüber gesprochen, wie die Lebensrealität der Asylsuchenden aussieht.

Österreich hat sich völkerrechtlich dazu verpflichtet, Menschen die in ihrer Heimat verfolgt werden, Asyl zu gewähren. Gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK), die 1951 unterzeichnet wurde, wird jene Person als Flüchtling anerkannt,

„[...] die aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Gesinnung sich außerhalb ihres Heimatlandes befindet und nicht in der Lage oder im Hinblick auf diese Furcht nicht gewillt ist, sich des Schutzes dieses Landes zu bedienen; oder wer staatenlos ist, sich infolge obiger Umstände außerhalb des Landes seines gewöhnlichen Aufenthaltes befindet und nicht in der Lage oder im Hinblick auf diese Furcht nicht gewillt ist, in dieses Land zurückzukehren.“

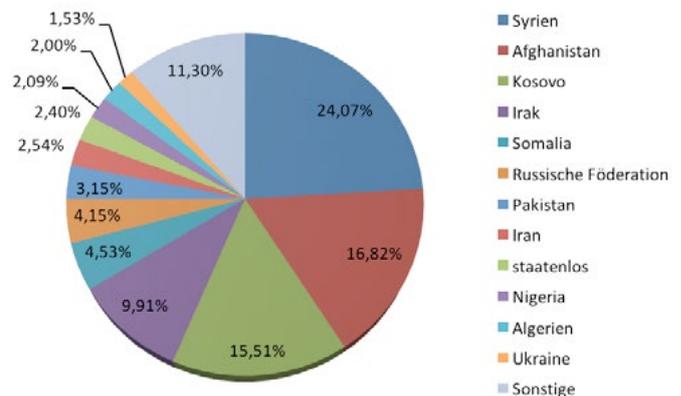
Folgt man der Definition der GFK, sind AsylwerberInnen Menschen, die in Ihrer Heimat bedroht wurden, und keine MigrantInnen im klassischen Sinne. Niemand möchte freiwillig einer solchen Situation ausgesetzt sein. In aktuellen medialen Diskussionen und in der Bevölkerung wird die Trennlinie zwischen Migration und Asyl jedoch verwaschen oder einfach nicht gezogen, was immer zu Lasten der AsylwerberInnen geht.

Wieviel AsylwerberInnen gibt es?

In Österreich gab es mit Stand Anfang 2015 insgesamt rund 32.500 offene Asylverfahren. Setzt man diese Zahl in Relation zur EinwohnerInnenzahl Österreichs, machen Asylsuchende etwa 0,38% der Gesamtbevölkerung aus. In den vergangenen fünf Jahren haben jährlich zwischen 11.000 und 28.000 Menschen in Österreich um Asyl angesucht. Die meisten Asylanträge stellten Menschen aus Syrien und Afghanistan.

Wichtig ist auch zu wissen, dass 9 von 10 Flüchtlingen (86%) weltweit in Entwicklungsländern leben. Es sind die ärmsten Länder in

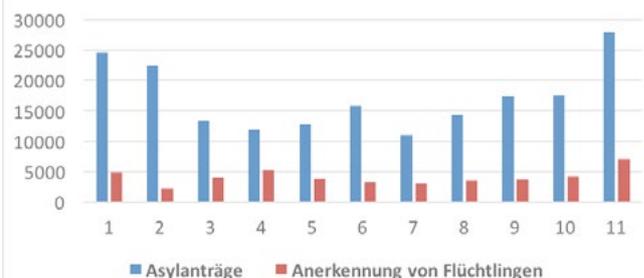
AsylwerberInnen nach Nationalitäten
Jänner bis April 2015



Quelle: BMI, Asylstatistik Jänner bis April 2015

Afrika und Asien, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen. Insgesamt gibt es global rund 59,5 Millionen Menschen auf der Flucht (Ende 2013: 51,2 Mio.). In der EU stellten 2014 lediglich 626.065 Menschen einen Asylantrag.

Asylanträge und Anerkennungen in Österreich 2004-2014



Quelle: BMI, Asylstatistiken 2004-2014. - Die Anzahl der Anerkennungen steht in keinem Zusammenhang mit der Zahl der im selben Jahr gestellten Asylanträge.

Asylsuchende im Schlaraffenland?

Wenn Asylsuchende weder Geld noch Vermögen haben und auch nicht arbeiten dürfen, bekommen sie für die Zeit des Asylverfahrens die so genannte „Grundversorgung“. Anfang 2015 befanden sich österreichweit 31.265 Personen in der Grundversorgung, wovon 4.738 in OÖ versorgt waren. Asylsuchende haben keinen Anspruch auf Mindestsicherung, Familienbeihilfe oder Kinderbetreuungsgeld. Mit der Grundversorgung selbst wird ein bescheidenes Leben gesichert, das allein wenig Anreiz bietet, seine Heimat zu verlassen und eine lange und oft sehr teure Flucht auf sich zu nehmen.

Es kursieren viele Unwahrheiten über Sozialleistungen - verglichen werden etwa AsylwerberInnen mit Arbeitslosen. Unwiderlegbar ist, dass beide Gruppen zu den armutsgefährdetsten Menschen in Österreich zählen. AsylwerberInnen haben beinahe keine Chance, an ihrer finanziellen Situation etwas zu verändern, da Ihnen der Zugang zum Arbeitsmarkt großteils verwehrt ist und Asylverfahren oft Jahre dauern. Menschen, die bei uns Schutz suchen, brauchen ein menschenwürdiges Dasein und müssen sich auf ein faires und rasches Asylverfahren verlassen können.

Zugang zum Arbeitsmarkt

Asylsuchende haben während des Zulassungsverfahrens sowie in den drei Monaten nach Zulassung keinen Zugang zum Arbeitsmarkt. Für Asylsuchende gilt aufgrund eines 2004 ergangenen internen Erlasses des damals zuständigen Ministers, Martin Bartenstein (ÖVP), dass diese nur befristete Beschäftigungsbewilligungen im Rahmen der Saisonkontingente erhalten. Dies bedeutet, dass sie nur Ernte- oder Saisonarbeit im Rahmen der festgesetzten Kontingente ausüben können, darüberhinaus verlieren sie dadurch ihren Anspruch auf Grundversorgung. Dieser Erlass verhinderte bis vor kurzem auch den Abschluss von Lehrverträgen. Erst im Juni 2012 gab es eine Lockerung für Jugendliche. Diese können nun für die gesamte Dauer der Lehrzeit eine Beschäftigungsbewilligung erhalten. Die Situation von AsylwerberInnen in Österreich ist prekär und wird durch laufende rechtliche Verschärfungen eher schlechter als besser. AsylwerberInnen befinden sich in einer Notsituation und brauchen unsere Hilfe und Solidarität. Um frühzeitig Integration und eine Unabhängigkeit von der Grundversorgung zu ermöglichen, ist ein Zugang zum Arbeitsmarkt unumgänglich. Die Aufhebung des Erlasses, der den Arbeitsmarktzugang von AsylwerberInnen auf Saison- und Erntearbeit beschränkt, ist daher notwendig.

Möglichkeit 1: eine Asylwerberfamilie mit drei Kindern ist in einem Gasthaus oder Flüchtlingslager in Mehrpersonenzimmer untergebracht. (AsylwerberInnen haben keinen Einfluss darauf, in welchem Bundesland und in welchem Quartier sie untergebracht werden)

Der Herbergsbetrieb - NICHT die AsylwerberInnen! - erhält ein Taggeld für Unterbringung und Verpflegung. AsylwerberInnen erhalten pro Monat ein „Taschengeld“ von € 40,-. Davon zu bezahlen sind Hygieneartikel, Windeln, Seife, oder auch WC-Papier. In Summe sind das:
€ 40,- pro Person x 5 = € 200,- monatlich für eine fünfköpfige Familie.

Möglichkeit 2: eine Asylwerberfamilie mit drei Kindern ist in einem sogenannten „Selbstversorgungsquartier“ der Volkshilfe oder der Caritas untergebracht.

Die AsylwerberInnen erhalten statt der Verköstigung „Essensgeld“. Dies beträgt bei Erwachsenen täglich € 5,50 bei Minderjährigen € 121,- monatlich. Ebenfalls von diesem „Essensgeld“ zu bezahlen sind Hygieneartikel. In Summe sind das: 2 x € 165,- (bei 30 Tagen im Monat) + 3 x € 121,- sind insgesamt € 693,- monatlich für eine fünfköpfige Familie.

Möglichkeit 3: die Asylwerberfamilie zieht in eine Privatwohnung. Die 5-köpfige Familie erhält einen maximalen Zuschuss pro Monat von € 240,- für Miete und Betriebskosten. Erwachsene einen Essenszuschuss von € 200,-, Minderjährige € 90,-. (Zu bezahlen ist die gesamte Miete, Betriebskosten, Essen und sonstige Ausgaben.) Ergibt gesamt € 910,- für eine fünfköpfige Familie. Die Kosten für die Unterbringung in einer Privatwohnung sind damit nicht finanzierbar!

Bei diesen beiden Unterbringungsformen sieht das Gesetz noch folgende Unterstützungen vor:

- Bekleidungshilfe: max. € 150,- pro Jahr als Höchstgrenze
- Schulbedarf: Höchstgrenze € 200,-. Das Geld verwaltet die Schule.
- Freizeitaktivitäten: die Höchstgrenze von € 10,- monatlich wird bei weitem nicht ausgenutzt. Unterstützung gibt es z.B. für Integrationsfeste zum gegenseitigen Kennenlernen der ortsansässigen Bevölkerung und den Flüchtlingen.

Auf einige Leistungen haben AsylwerberInnen generell keinen Anspruch, sehr wohl aber österreichische Familien mit 3 Kindern - hier sind nur einige aufgezählt.

- Familienbeihilfe inkl. Mehrkindzuschlag
- Kinderbetreuungsgeld
- Sozialhilfe und einmalige Unterstützung aus der Sozialhilfe
- Schulveranstaltungshilfe
- Wohnbeihilfe

Europäische Flüchtlingspolitik

Das Dublin-Abkommen ist fehlgeschlagen.

Die europäische Flüchtlingspolitik scheitert seit Jahren an der Aufgabe Menschen zu versorgen, die vor Krieg, Verfolgung und Zerstörung aus ihrer Heimat fliehen. Die rechtliche Grundlage dafür ist das Dublin III Abkommen. Es gilt in den EU Staaten sowie Liechtenstein, Norwegen, Island und Schweiz.

Im Dublin Verfahren wird geprüft, welcher Staat für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist. Es ist auch geregelt, dass Asylsuchende nur in einem Land das Asylverfahren durchlaufen. Für die Klärung der nationalen Zuständigkeit gibt es eine Reihe von Kriterien. Am häufigsten wird danach entschieden in welchem Land die flüchtenden Menschen als Erstes EU-Territorium betreten haben. Das sind meist Länder an den äußeren Süd- oder Ostgrenzen Europas.

Kriterien für die Zuständigkeit

Aber es gilt auch: Hat die/der Betroffene ein Visum für ein EU-Land erhalten, so ist dieses Land für ihn zuständig. Hat der/die Asylsuchende Familienangehörige in einem EU-Land, kann dieses für ihn/sie zuständig sein. Das Recht auf Familieneinheit ist im Dublin-Verfahren nur im engen Rahmen garantiert. Das heißt es wird nur die Kernfamilie, also Eltern und ihre minderjährigen Kinder, zusammengeführt. Einschränkend kommt hinzu, dass eine Zusammenführung nur möglich ist, wenn der/die EhepartnerIn oder die Kinder in einem anderen Staat im Asylverfahren sind oder bereits dort internationalen Schutz erhalten haben.

Ein Dublin-Fall liegt vor, wenn ein Asylsuchender einen Asylantrag stellt und aufgrund der Dublin-III-Verordnung ein anderer Staat zuständig ist. Der Asylantrag wird dann von der zuständigen Behörde als unzulässig zurückgewiesen und die Abschiebung in den zuständigen Staat wird angeordnet. Diese muss jedoch nicht zwingend erfolgen, jeder Staat kann beschließen, die Zuständigkeit freiwillig zu übernehmen. Österreich könnte somit Abschiebungen nach Ungarn aussetzen.

Asylantrag in der EU

Asylanträge können in der EU erst gestellt werden, wenn sich die flüchtenden Personen bereits im Hoheitsgebiet, an den Grenzen

oder in den Transitzenen befinden. Eine legale Einreise ist demnach nur mit Visum oder einem anderen fremdenrechtlichen Aufenthaltstitel möglich. Diese sind aber an die Erfüllung von Voraussetzungen gebunden, die ein Großteil der Flüchtenden nicht erfüllen kann.

Auch ist es für Flüchtlinge faktisch unmöglich über den Luftweg einzureisen, denn eine Richtlinie der EU macht Fluggesellschaften dafür haftbar, wenn sie eine Person ohne gültigen Anspruch auf Asyl nach Europa bringen.

Warum Dublin III nicht funktioniert

Die Dublin-Vereinbarung verursacht ein grobes Ungleichgewicht in der Verteilung der Flüchtlinge. Südliche und östliche Länder an den Außengrenzen, die ohnehin weniger wohlhabend sind, müssen so die meiste Verantwortung tragen, auch das führt aktuell zu den katastrophalen Zuständen in der Versorgung.

Ebenso sind die Dublin Überstellungen in der Praxis kaum durchführbar. Alleine in Österreich wurden 2014 von 6065 Anträgen auf Dublin-Übernahme, nur 1080 auch tatsächlich durchgeführt. Das liegt in der mangelnden Kooperationsbereitschaft anderer EU-Staaten und dem massiven administrativen Aufwand. In manchen Fällen entscheiden aber auch europäische Gerichte, dass in gewisse EU-Länder nicht mehr zurückgeschoben werden darf, weil menschenrechtliche Standards nicht eingehalten werden.

Europäisches Asylverfahren

Um das Menschenrecht auf Asyl in Europa zu verwirklichen, bedarf es EU-weiter Maßnahmen. Das klare Ziel- eine gänzliche Europäisierung der Asylverfahren, damit Asyl nicht Spielball nationaler Auseinandersetzungen bleibt. Um humanitäre Katastrophen an europäische Außengrenzen gar nicht erst entstehen zu lassen, braucht es legale und sichere Fluchtrouten sowie die Möglichkeit bereits vor Ort (z.B. in Botschaften) um Asyl ansuchen zu können. So werden gefährliche Fluchtrouten entschärft und Menschen, die aus Flucht Kapital schlagen, die Geschäftsgrundlage entzogen. Klar ist, die Möglichkeit des Botschaftsasyls könnten

nationale Regierungen bereits jetzt umsetzen - es ist eine Frage des politischen Willens.

Sichere Korridore

Die humanitäre Situation für Flüchtlinge in ihren Durchreiselandern muss verbessert werden. Dazu gehört auch, dass die Versorgung von Flüchtlingen weder an gewinnorientierte Unternehmen ausgelagert wird, noch Menschenrechtsorganisationen Zugänge zu den Einrichtungen verwehrt bleibt.

Transnationale Friedens- und Sozialpolitik

All diese Maßnahmen können aber eine internationalen Friedens- und Sozialpolitik nicht ersetzen. Die politische und gesellschaftliche Diskussion muss eine gemeinsame Perspektive für jene Länder entwickeln, aus denen Menschen flüchten, denn die überwiegende Mehrheit flüchtet aus Ländern in den aktuell Krieg herrscht oder es in den vergangenen 20 Jahren kriegerische Auseinandersetzungen gab (vgl. BAMF 2014 und BMI 2015). In vielen dieser Staaten fanden völkerrechtswidrige Interventionen der USA und ihrer Verbündeten aus Europa statt. Um Menschen vor Ort wieder eine Perspektive zu geben, braucht es in diesen Staaten Investitionen in den Aufbau der Infrastruktur ähnlich dem Marshallplan für Europa nach dem zweiten Weltkrieg.

Welle der Solidarität in Österreich

Seit Tagen rollt eine Welle der Hilfsbereitschaft und Solidarität durch Österreich. Menschen aus den verschiedensten Bereichen unserer Gesellschaft helfen aktiv Personen die sich auf der Flucht befinden. Binnen kürzester Zeit wurde ein Versorgungsnetzwerk von Wien bis München gespannt - von freiwilligen und professionellen HelferInnen. Das ist ein deutliches Signal: viele Menschen in Österreich stehen auf der Seite von Menschen die ihre Heimat verlassen müssen, um ein neues Leben anfangen zu können. Positiv an dieser Zivilcourage ist die daraus resultierende mediale Hegemonie. Gemeinsames Engagement für die gute Sache ist die lauteste und deutlichste Botschaft gegen Hetzer und Menschenfeinde.

Was passiert in Ungarn weiter?

Die ungarische Regierung setzt inzwischen auf Härte. Ein geplantes Notstandsgesetz ermöglicht dem Militär im Land gegen Flüchtlinge vorzugehen. Das Militär erhält die gleichen Rechte wie Polizei, darf Schusswaffen einsetzen und ohne Durchsuchungsbefehl in Privathäuser eindringen, wenn der Verdacht besteht, dass dort Flüchtlinge versteckt seien. Öffentliche Einrichtungen können jederzeit beschlagnahmt werden. Die Einreise von Flüchtlingen wird auf wenige Übertrittspunkte an der Grenze beschränkt und die Menschen dann sofort in Transit-Zonen gebracht. Wer an anderer Stelle aufgegriffen wird, dem droht eine Gefängnisstrafe bis zu drei Jahren. Die Asylverfahren werden auf acht Tage verkürzt, Einspruchsmöglichkeiten abgeschafft, auch rechtlicher Beistand ist nicht mehr vorgesehen, genauso wie Befragungen von Flüchtlingen auch über Telefon abgewickelt werden können. Dazu kommt, dass es der ungarischen Bevölkerung untersagt wird, Flüchtlingen zu helfen - sanktioniert mit Gefängnisstrafen von zwei bis acht Jahren. Mit diesem Gesetzespaket verstößt Ungarn gegen die Genfer Flüchtlingskonvention genauso wie gegen geltendes EU Recht.

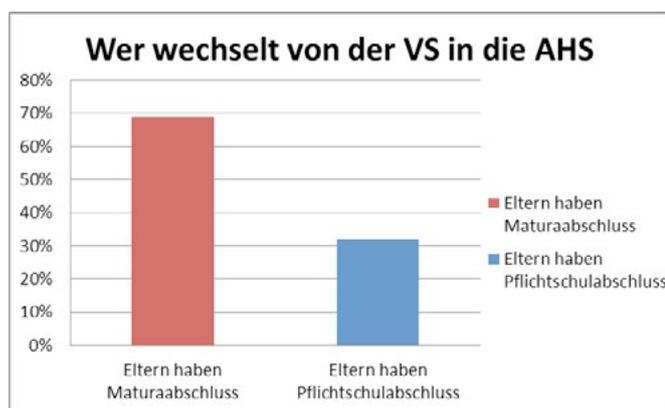
Zeig mir deine Eltern und ich sag' dir deine Bildung!

Wie das österreichische Schulsystem die Möglichkeiten von Alexandra und Kamil verbaut und ihre Talente ungenützt lässt.

Kamil ist zehn Jahre alt. Seine Eltern sind vor über zwanzig Jahren nach Österreich gezogen, haben die Pflichtschule nachgeholt. Kamil ist das, was viele einen guten Schüler nennen. Auch Alexandra schreibt regelmäßig gute Noten. Die Familie - der Vater ist Altenfachbetreuer, die Mutter arbeitet für eine Baufirma - lebt am Land. Kamil und Alexandra werden beide keine höhere Schule besuchen. Sie werden beide wohl nicht studieren. Wie kann man das jetzt schon abschätzen, wo sie doch gerade erst zehn sind? Es liegt am heimischen Schulsystem - in dem nach wie vor Wohnort, Geschlecht, Bildung der Eltern und die Alltagssprache über den Bildungsweg entscheiden.

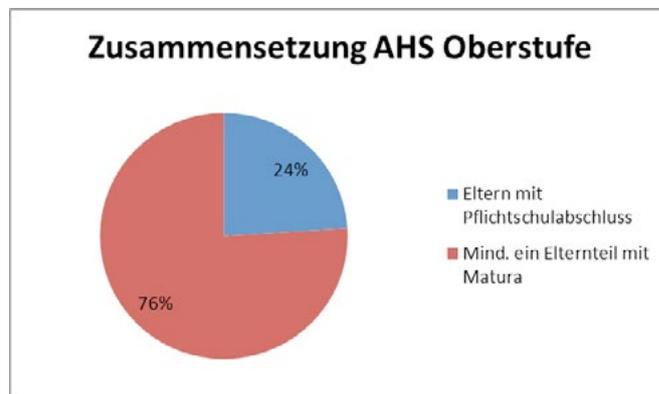
Bildung wird vererbt

Je höher der Bildungsstand der Eltern, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit eines hohen Bildungsabschlusses (Matura oder Universität) der Kinder. Das ist der Vorteil von Friedrich. Seine Eltern sind AkademikerInnen und wohnen am Stadtrand. Er besucht das Gymnasium, wenns wo zwickt zahlen seine Eltern die Nachhilfe.



Quelle: Bundesinstitut bifie

Selten ist die Statistik so eindeutig wie in der Schule. 69 Prozent der VolksschülerInnen, deren Eltern mindestens einen Maturaabschluss haben wechseln in eine AHS-Unterstufe. Hingegen besuchen nur 32 Prozent der SchülerInnen, deren Eltern maximal einen Lehrabschluss aufweisen, die AHS-Unterstufe.



Quelle: Bundesinstitut bifie

Beim Übergang in die Sekundarstufe II (Oberstufe) verschärft sich dieser Effekt ein weiteres Mal. In der AHS Oberstufe sind nur ein Viertel der Kinder von Eltern mit Lehrabschluss, bei den anderen drei Viertel haben die Eltern zumindest auch selbst maturiert.

Soziale Ungleichgewichte

Auch die soziale Zusammensetzung der SchülerInnen an einer Schule hat beträchtlichen Einfluss auf die Schullaufbahn. Denn der Bedarf an Fördermaßnahmen ist in sozialen Brennpunktschulen stärker als in Schulen deren SchülerInnen aus höher gebildeten Familien kommen. An Schulen in sozioökonomisch benachteiligter Umgebung ist es daher für gleich begabte Kinder schwieriger, die gleichen Leistungen zu erzielen. Das Schulsystem

schaft es derzeit nicht, vorhandene Ungleichheiten auszugleichen. Das liegt nicht an den LehrerInnen, sondern am System, das diese Unterschiede nicht berücksichtigt und keine individuelle Förderung zulässt.

Ganztagschulen mit verschränktem Unterricht

Die verschränkte Ganztagschule ist die optimale Schulform, um die Talente der Schulkinder bestmöglich zu fördern. Unterrichts-, Lern- und Freizeitphasen wechseln mehrmals im Laufe eines Tages ab, Hausübungen und Schularbeitsvorbereitungen werden unter professioneller pädagogischer Aufsicht erledigt. Auch den modernen Familienmodellen und geänderten gesellschaftlichen Herausforderungen, wie etwa Sprachförderung oder soziales Lernen, kann besser Rechnung getragen werden. Außerdem bleibt Zeit für die individuelle Förderung der Kinder und bestehende Nachteile werden ausgeglichen.

Bedarfsgerechte Schulfinanzierung

Sozial schlechter gestellte Kinder besuchen derzeit meist Schulen in sozioökonomisch prekärer Umgebung, was zu doppelter Benachteiligung führt. Einerseits werden ihre individuellen schlechteren Startbedingungen in der Schule nicht kompensiert. Andererseits führen Schulen mit schwierigeren Rahmenbedingungen zusätzlich zu schlechteren Lernerfolgen unabhängig von der Begabung. Nur mit verstärkter (individueller) Förderung und Betreuung der Kinder kann ein langfristiger

Ausgleich der unterschiedlichen Startvoraussetzungen geschaffen werden. Dafür brauchen sogenannte „Brennpunktschulen“ aber auch mehr finanzielle Mittel um gezielte Fördermaßnahmen durchführen zu können.

Gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen

Der Rahmen einer ganztägigen Schule, die bedarfsgerecht finanziert wird, ist die Gesamtschule. Die Idee der gemeinsamen Schule beruht auf der Überzeugung, dass es für keinen Jugendlichen zumutbar ist, mit zehn Jahren über den gesamten restlichen Lebensweg zu entscheiden. Diese frühe Form der Selektion ist europaweit nahezu einzigartig und verstärkt soziale Ungleichheiten. Die Gesamtschule ist damit eine Chance für alle. Für Kamil, Alexandra und Friedrich denn jedes Kind hat unterschiedliche Stärken und Schwächen, die es in den Klassenverband einbringen kann und von denen andere Kinder wiederum profitieren.

Die Diskussion zur Umstellung des sozial selektiven Schulsystems hin zu einer sozialgerechten Schule ist so alt wie das System selbst. Schon zu Beginn des letzten Jahrhunderts sprach sich der große österreichische Schulreformer Otto Glöckel gegen die „Monopolisierung der Bildung“ für die Eliten und für eine „Einheitsschule“ aus. Bis heute maßgeblich gegen diese zentralen und notwendigen Reformen stellt sich die ÖVP und die von ihr dominierte LehrerInnengewerkschaft.

gerechthebildung.jetzt

Dieses Webprojekt veranschaulicht die verschiedensten Selektionsmechanismen unseres Bildungssystems. Anhand unterschiedlicher Parameter (Wohnort, Geschlecht, Eltern, Alltagssprache) werden die Bildungschancen statistisch berechnet und dargestellt. Diese in Österreich neue Darstellung der Bildungswege soll die Bildungsdiskussion versachlichen und mithelfen endlich ein Schulsystem zu etablieren, das die Unterschiede in der Herkunft der Kinder ausgleicht und somit die Stärken stärkt.

www.gerechthebildung.jetzt



Was ist los mit den Pensionen?

Bis zum 29. Februar will sich die Regierung auf eine Pensionsreform einigen; Zeit, um unterschiedliche Standpunkte näher zu betrachten.

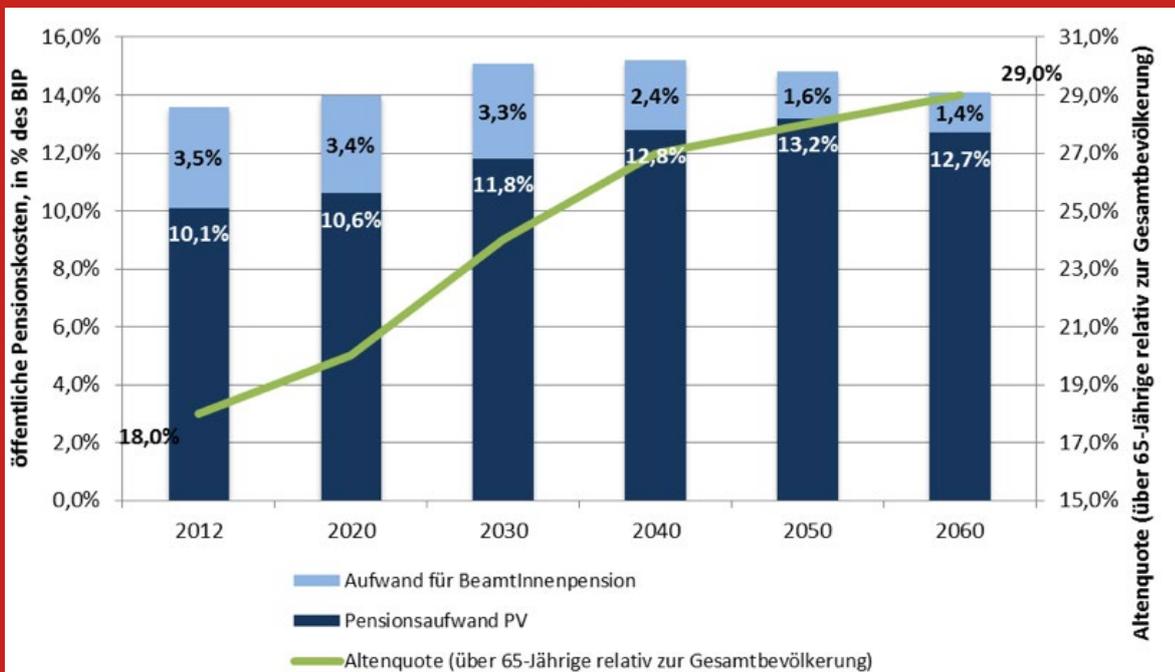
Öffentlich oder privat vorsorgen?

Das staatliche Pensionsmodell steht von konservativer Seite in der Kritik. Immer wieder wird der Ausbau der privaten Pensionsvorsorge gefordert, um wie etwa die ÖVP betont „den Lebensstandard im Alter zu erhöhen.“ Die NEOS fordern eine zusätzliche unterstützende Kapitaldeckung, ähnlich dem deutschen Rentenmodell.

Dass Forderungen nach einer privaten Pensionsvorsorge immer noch so viel Raum erhalten, überrascht. Denn die Praxis zeigt, dass die hohen Einzahlungen oft nur niedrige Renditen bringen. Laut einer Umfrage des Versicherungs-Journals könnten

ÖsterreicherInnen etwa 196 Euro pro Monat in ihre Pensionsvorsorge investieren. Bei dem Betrag ist klar, das können sich nur Besserverdienende leisten. Dazu kommt das hohe Risiko bei der Veranlagung am Kapitalmarkt. Wurden bei der Einführung der privaten Zusatzpension noch Renditen um 7% angekündigt, sind es in der Realität 0,1% oder sogar negative Werte. So fällt die monatliche Zusatzpension später deutlich niedriger aus als erwartet.

Ein mahndendes Beispiel zur privaten Vorsorge ist das deutsche Pensionssystem. Mit der Einführung der „Riester-Rente“ im Jahr 2002 wurde die staatliche Pensionsversicherung stark reduziert und stattdessen eine kapitalgedeckte Zusatzrente eingeführt. Heute zeigt das System erhebliche Lücken. Gerade Personen mit Einkommen unter 2.500 Euro brutto im Monat oder mit lückenhaften Erwerbsbiographien droht die Altersarmut.



Quellen: Wöss (2014), Pensionskommission (2012), BMF (2012), <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/pensionen-spurensuche-nach-kostenexplosion-und-milliardenloch/>

Entwicklung der Altenquote und der öffentlichen Pensionskosten (in % des BIP). 2012-2060.

Ist die öffentliche Vorsorge zu teuer?

Finanzminister Schelling rechnet mit einer jährlichen Steigerung der Pensionskosten um 4,2% und für das Jahr 2016 mit Ausgaben von 14 Milliarden Euro. Mit solchen Zahlenspielen und dem Verweis auf die steigende Zahl an älteren Menschen wird die Angst geschürt, dass wir uns die Pensionen bzw. die PensionistInnen nicht mehr leisten können.

Das abgerechnete Bundesbudget 2015 zeigt jedoch: Die öffentlichen Ausgaben für die Pensionen sind gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 216,3 Millionen Euro gesunken. Auch für das Jahr 2016 rechnet die Pensionskommission, im Gegensatz zum Finanzminister (14 Mrd. Euro), mit Ausgaben in der Höhe von 10,7 Milliarden Euro.

In der Diskussion um die Pensionskosten wird gerne ausgeklammert, dass die Kosten für die BeamtenInnenpensionen bis 2060 von 3,5% auf 1,4% des BIP sinken. Gründe dafür sind die Eingliederung der BeamtenInnen in das normale ASVG System und der Rückgang von Pragmatisierungen.

Aber wir werden ja immer älter

Neben der vermeintlichen „Kostenexplosion“ des Pensionssystems wird auch das Antrittsalter in den Fokus der Pensionsdebatte gerückt. So argumentierte Finanzminister Schelling Ende Jänner: „1971 waren die Österreicher im Schnitt acht Jahre in Pension, 2011 schon 22 Jahre. [...] Wenn wir nichts tun, werden meine Enkel 30 Jahre in Pension sein.“ Auch diese Behauptung ist schnell widerlegt. Denn ein Blick auf die Daten zeigt, dass im Zeitraum von 1970 bis 2011 die Pensionsbezugsdauer bei Frauen nur um knapp 8 Jahre und bei Männern um 6,7 Jahre stieg.

Als Anpassung an die steigende Lebenserwartung gab es bereits Änderungen bei der Invaliditätspension und die Abschaffung der Hackler-Regelung, auch dadurch ist das Antrittsalter bereits gestiegen. Für 2017 ist die Einführung des Bonus-Malus Systems für ältere Beschäftigte geplant, das Betriebe dazu bringen soll, ältere ArbeitnehmerInnen länger im Betrieb zu behalten.

Pensionen und der Arbeitsmarkt

Für die Finanzierung der Pensionen ist entscheidend, wie viele Erwerbstätige einzahlen und wie viele ältere Menschen anspruchsberechtigt sind. Es wäre zu einfach gedacht, dass das Pensionsantrittsalter bei einer steigenden Altenquote genauso erhöht werden muss. Relevant ist, wie viele der potentiellen BeitragszahlerInnen auch wirklich beschäftigt sind. Es gilt also den Blick auf den Arbeitsmarkt zu richten und mehr Menschen (vor allem Junge, Ältere und Frauen) zu guten Löhnen in Beschäftigung zu bringen. Das ist nur gerecht, denn die Produktivität ist seit 2000 um 18 Prozentpunkte gestiegen, die Löhne aber nur halb so stark. Das zeigt, dass für die Sicherung des Pensionssystems die Frage der Verteilung des Wohlstandes entscheidend ist. So ist die Finanzierung, der durch den demografischen Wandel höheren Ausgaben für das Pensionssystem, ohne Systemwandel möglich und die Altersversorgung für kommende Generationen gesichert.

Das schwedische Modell

Von wirtschaftsliberaler Seite gefordert, zeigen sich beim schwedischen Modell einige Schwächen. Es beruht darauf, dass im Laufe des Erwerbslebens auf Beitragskonten einbezahlt wird, bei Pensionsantritt werden die Auszahlungen im Falle einer steigenden Restlebenserwartung reduziert. Im Vergleich zu Österreich haben PensionistInnen letztendlich weniger. Während österreichische PensionistInnen 76,6% ihres Durchschnittsverdienstes an Pensionszahlungen kriegen, bekommen schwedische nur 55,6%. Vor allem die nächsten Generationen wären von drastischen Pensionskürzungen betroffen.

Achtung Prognose!

Gerne wird in der Pensionsdebatte mit Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung oder Arbeitsmarktentwicklung in den nächsten 30, 40, 50 Jahren argumentiert. Doch diese „Berechnungen“ sind oftmals sehr vage und verstellen so den Blick auf die eigentlichen Probleme: ob alle, die Arbeit finden wollen, auch Arbeit finden können und somit in unser Sozialsystem einzahlen. Darum: nicht gleich alle Weltuntergangspropheten glauben, denn bereits 1959 war sich die ÖVP sicher, dass unser Sozialstaat jeden Moment zusammenbricht. So titelte ihre Parteizeitung am 29.3.1959: „Sozialstaat in der Sackgasse. Wer zahlt morgen die Rente?“. Und wie wir alle wissen, ist dieser Untergang nie eingetreten.



ZUM WEITERLESEN

Blank, Logeays, Türk, Wöss, Zwiener (2016). Alterssicherung in Deutschland und Österreich: Vom Nachbarn lernen?

Wöss und Türk (2014). Demografie und Sozialstaat. Arbeitsmarkt hat zentrale Bedeutung. In: Wirtschaft und Gesellschaft, 40. Jahrgang (2014), Heft 3.

blog.arbeit-wirtschaft.at

Frauen auf der Flucht

Eine vergessene Gruppe

Immer mehr Frauen und Kinder flüchten vor BürgerInnenkriegen und Verfolgung nach Europa: Waren es im Juni 2015 nur 27 Prozent, belief sich der Anteil im Jänner 2016 auf 55 Prozent. Wie kommt es dazu? Eigentlich gilt die Flucht für Frauen und Kinder als zu gefährlich. Daher versuchten bislang Männer zuerst in das sichere Europa zu gelangen, um ihre Familie später auf legale Weise nachzuholen. Durch rechtliche Verschärfungen beim Familiennachzug entfällt diese Option und Frauen werden den Gefahren der Flucht ausgesetzt.

Jung und männlich – das typische Bild des Flüchtlings

Die Mehrheit der flüchtenden Personen weltweit waren immer schon Frauen. Meist versuchen sie aber innerhalb ihres Landes oder in den Nachbarländern Schutz zu finden. Für Europa fehlt das Geld, die Flucht ist zu gefährlich oder auf Grund von Kinderbetreuungspflichten schlicht nicht möglich. Der aktuell hohe Frauenanteil unter den Flüchtlingen auf dem Weg nach Europa ergibt sich aus der Kriegsführung, die verstärkt die Zivilbevölkerung also Frauen und Kinder trifft, außerdem sind Frauen in besonderem Maße von Armut betroffen und werden mancherorts auch wegen ihres Geschlechts verfolgt. In der öffentlichen Diskussion geht es dennoch unter, dass weltweit die meisten Flüchtlinge weiblich sind. Männliche Flüchtlinge stehen im Zentrum der Aufmerksamkeit, Frauen werden oft nur als Mitbetroffene wahrgenommen.

Frauenspezifische Fluchtgründe

Frauenspezifische Verfolgung liegt immer dann vor, wenn die Frage, ob eine Verfolgungsart auch (oder im selben Ausmaß) Männer trifft, verneint werden muss. Wenn Menschen aufgrund ihrer politischen Aktivität, ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer Religion, ihrer sexuellen Orientierung etc. verfolgt werden, betrifft das Frauen und Männer. Anders ist das, wenn Vergewaltigung als Unterdrückungs- bzw. Kriegsstrategie eingesetzt wird. Frauen werden aber auch allein aufgrund ihres Geschlechts verfolgt, so etwa durch Bedrohung innerhalb ihres sozialen Nahraums und der damit verbundenen geschlechtsspezifischen Gewalt. Nicht

in allen Staaten werden Frauen per Gesetz vor geschlechtsspezifischer Gewalt geschützt und nicht überall, wo Gesetze bestehen, werden diese von den Behörden auch umgesetzt.

Frauenspezifische Fluchtschwierigkeiten

Gewalt, Ausbeutung und sexuelle Belästigung gehören für viele Frauen zu den bitteren Erfahrungen ihrer Flucht. Dies gilt für jede Station ihrer Reise, auch in Europa. In den Transitquartieren wird es oft verabsäumt Frauen und Mädchen vor Gewalt und Ausbeutung zu schützen und damit ist auch die nötige Basisversorgung in Gefahr. Es kann passieren, dass sie (aus Angst vor Übergriffen) nicht zu den Verteilerstellen kommen können, wo sie Wasser, Lebensmittel oder Hilfsgüter für den alltäglichen Gebrauch erhalten. Oftmals sind die Lager schlecht beleuchtet und die abgelegenen sanitären Anlagen nicht nach Geschlechtern getrennt und nur in den seltensten Fällen gibt es eigene Schlafmöglichkeiten für alleinstehende Frauen.

„Es kann keinen Frieden ohne Gerechtigkeit und Respekt vor den Menschenrechten geben.“



Irene Khan, Director-General of the International Development Law Organization (IDLO)

Bedarf gibt es auch bei der medizinischen Basisversorgung: So gibt es in vielen Transitquartieren keine Möglichkeiten schwangere Frauen oder Frauen mit sexuellen Gewalterfahrungen adäquat zu versorgen. Vielfach mangelt es an weiblichen Ansprechpersonen, wie Dolmetscherinnen oder Sicherheitsbeamtinnen, was wiederum zu Informationsdefiziten von Frauen führt.

Frauen im Asylverfahren

Das österreichische Asylgesetz verweist bezüglich der Fluchtgründe auf die (genderblinde) Genfer Flüchtlingskonvention

(GFK), die unter einem Flüchtling eine Person versteht, die „aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Gesinnung“ den Heimatstaat verlassen musste. Frauenspezifische Fluchtgründe fallen unter die Kategorie „Verfolgung wegen Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe“. Die Bewertung der Fluchtgründe sieht aber in der Praxis, vor allem in erster Instanz, ganz anders aus. Sexuelle Gewalttaten durch Staatsorgane würden einer Frau von einer Einzelperson angetan und seien deshalb keine „staatliche Verfolgung“. Gravierende Frauenrechtsverletzungen im häuslichen Bereich seien „private“ Bedrohungen und daher asylrechtlich nicht relevant.

Auch im Asylverfahren gibt es gerade eine Bestimmung, die auf Frauen gesondert Rücksicht nimmt: Bei der Ersteinvernahme werden Menschen, die eine geschlechtsspezifische Verfolgung geltend machen, von Personen desselben Geschlechts einvernommen. Das gilt allerdings erst, nachdem die geschlechtsspezifischen Fluchtgründe genannt wurden, und nicht für die Dolmetschperson.

Diesem Wahnsinn ein Ende setzen

Diese humanitäre Krise könnte sofort beendet werden, wenn Europa sichere und legale Zugangswege schaffen würde. Wenn diesbezüglich aber politisch keine Einigung erzielt werden kann, braucht es zumindest umgehend Maßnahmen, um die am meisten gefährdeten Gruppen wie allein reisende Frauen oder Mädchen zu schützen. Im Minimum hieße dies separate sanitäre Anlagen, gut beleuchtete Lager, getrennte und sichere Schlafplätze für Frauen und Mädchen sowie weibliche Ansprechpersonen. Dass diese Frauen und Kinder, die aus einem der gefährlichsten Gebiete der Welt geflüchtet sind, sogar auf europäischem Boden noch in Gefahr sind, ist eine Schande für Gesamteuropa.

Situation vor Ort

Die Bilder von der griechisch-mazedonischen Grenze machen betroffen. Im Grenzzort Idomeni stecken über 12.000 Menschen fest. Vom Kleinkind bis zum Greis müssen Menschen unter widrigsten Bedingungen unter freiem Himmel leben. Den Menschen fehlt es nicht nur an den notwendigen Gütern sondern auch an Informationen: wie und ob es für sie weitergeht Richtung Leben in Sicherheit. „Das kleine Idomeni zeigt die Notwendigkeit einer europäischen und gemeinsamen Lösung auf“, berichtet der EU Parlamentarier Josef Weidenholzer direkt aus dem Grenzzort.

Gründe für diese Zustände sind das unsolidarische und nationalistische Handeln vieler EU-Staaten im Zuge der Grenzsicherungen an der Balkanroute. Es zeigt sich dabei deutlich, dass das Dublin Abkommen nicht funktioniert. Europa braucht einen neuen Umgang mit Asyl. Klar ist, eine Neu-Regelung erfordert rasch sichere Fluchtrouten, die Wiedereinführung des Botenschaftsasyls und einen Modus für ein gesamt-europäisches Asylverfahren sowie eine menschenwürdige Versorgung in den Erstaufnahmezentren.

Weitere Informationen

UNHCR The UN Refugee Agency, Women Alone. The flight for survival by Syria's refugee women
UNHCR, UNFPA, Women Refugee Commission, Initial Assessment report: Protection risks for women and girls in the European Refugee and Migrant Crisis

Women's Refugee Commission, No safety for Refugee Women on the European Route: Report from the Balkans

Irene Khan: Frauen auf der Flucht; Keynote im Rahmen des 2. Barbara Prammer-Symposium:
<https://www.youtube.com/watch?v=UJCarCp-NEtc>

CETA – Alle Macht den Konzernen?

CETA stand in der medialen Berichterstattung lange Zeit im Schatten von TTIP. Dies obwohl bereits Ende Februar 2016 die Verhandlungen zwischen der EU und Kanada erfolgreich abgeschlossen wurden. Läuft es nach den Vorstellungen der Europäischen Kommission soll CETA noch heuer unter Dach und Fach gebracht werden und 2017 in Kraft treten. Ein Plan dem im Sinne der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit mit aller Kraft entgegengewirkt werden muss.

Was ist CETA?

Bei dem Comprehensive Trade and Economic Agreement (CETA) oder auf Deutsch „Umfassendem Wirtschafts- und Handelsabkommen“ handelt es sich um einen völkerrechtlichen Vertrag, der zwischen der EU und Kanada abgeschlossen werden soll. Mit einem Beschluss wäre der Inhalt für alle 28 Mitgliedsstaaten einerseits und Kanada andererseits rechtsverbindlich. Einzelne Mitgliedstaaten könnten nur noch in Verbindung mit einem EU-Austritt aus CETA aussteigen.

Was steckt in CETA?

Ganz allgemein formuliert, ist das Ziel von CETA die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Kanada und den EU Staaten zu vertiefen. Neben einer Minimierung von Zöllen, enthält CETA noch viele weitere Bestimmungen die großen Einfluss auf die nationalstaatliche und europäische Regelungshoheit haben. Zu den am meisten umstrittenen Punkten zählen:

Das Investitionsgerichtssystem (ICS)

Das ursprüngliche System der Investor-Staat-Streitschlichtung (ISDS) wurde zwar reformiert, doch bis auf einige verfahrensrechtliche Verbesserungen, wie die Zulassung der Öffentlichkeit und die Einführung einer Berufungsinstanz, änderte sich nichts an den grundsätzlichen Problemen. Auch durch das neue System der Investitionsgerichte (ICS) werden ausländische Investoren ermächtigt nationale Gerichte zu umgehen und Staaten vor parallelen Schiedsgerichten auf Schadenersatz zu verklagen, wenn sie ihre Profitmöglichkeiten durch Gesetze (beispielsweise zum Schutz der öffentlichen Gesundheit oder Umwelt) eingeschränkt sehen. Damit bleibt das Risiko, dass Regierungen Regelungen für das Allgemeinwohl aus Angst vor potenziellen Klagen durch Konzerne nicht umsetzen. Dieser Effekt widerspricht den demokratischen Prinzipien europäischer Staaten.

Privatisierungen Türen und Tore öffnen

Dienstleistungen der Daseinsvorsorge – wie etwa Bildung, Gesundheits- und soziale Dienstleistungen, Abwasser- und Müllentsorgung, Wasserversorgung, Energie und Verkehr – sind ein Kernbestandteil der europäischen Wohlfahrtsstaaten. Die politischen Handlungsspielräume von Staaten zur Regelung der Erbringung und Finanzierung von öffentlichen Dienstleistungen, können durch die neue Generation der EU-Handelsabkommen verstärkt unter Druck geraten. In bisherigen Handelsabkommen mussten Liberalisierungsverpflichtungen explizit aufgelistet werden. Durch CETA zeichnet sich nun erstmals eine Trendumkehr ab. Prinzipiell sollen alle Dienstleistungssektoren den Liberalisierungsverpflichtungen unterliegen, sofern sie nicht explizit ausgenommen werden.

Vorsicht ist besser als Nachsicht

CETA zielt auch auf einen Abbau von sogenannten Handelshemmnissen ab. Die großen Unterschiede zwischen Kanada und der EU bei gesetzlichen Regelungen und Normen bezüglich Produktzulassungen und VerbraucherInnenschutz sollen durch Angleichung und gegenseitige Anerkennung beseitigt werden. Im Visier sind damit aber auch nationale Regelungen zum Schutz der ArbeitnehmerInnen, der Gesundheit sowie der Umwelt. Bislang ist in Europa das Vorsorgeprinzip fest verankert. Ein Produkt darf erst zugelassen werden, wenn als gesichert gilt, dass es Mensch und Umwelt nicht schadet. In CETA dominiert jedoch der „wissenschaftsbasierte“ Ansatz, wo erst im Fall eines nachweislichen Schadens ein Produkt vom Markt genommen werden darf. Dadurch besteht die Gefahr, dass die hohen VerbraucherInnenschutzstandards in Europa stark eingeschränkt werden.

Ein „akzeptabler Mindestschutz“ für ArbeitnehmerInnen

Zwar enthält CETA ein eigenes Kapitel über Arbeitsrechte, nach näherer Betrachtung fällt aber schnell auf. Einen großen Stellenwert nehmen diese nicht ein. Eher im Gegenteil, sie werden selektiv und allgemein zusammengefasst. Jeder Staat solle Gesundheit und Sicherheit bei der Arbeit gewährleisten, gegen Berufsunfälle und Krankheiten vorsorgen sowie für „ein akzeptables Minimum an Arbeitsstandards“ sorgen. Was aber darunter fällt, ist im Vertragstext nicht definiert, genauso wenig wie wer schlussendlich bestimmt, was akzeptabel ist. In Verbindung mit der parallelen

Schiedsgerichtsbarkeit durch das Investitionsgerichtssystem ist das eine gefährliche Angelegenheit für alle ArbeitnehmerInnen. Ein Beispiel: Noble Ventures investierte in ein Stahlwerk in Rumänien. Bei einem Streik kam es zu Betriebsbesetzungen. Noble Ventures klagte gegen die Regierung, weil diese das Unternehmen nicht „angemessen“ vor diesen Streikmaßnahmen schützte.

CETA der kleine Bruder von TTIP?

CETA gilt als Vorlage für die umstrittene Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zwischen den USA und Europa. In beiden Abkommen geht es um Liberalisierung, Privatisierung und juristische Sonderstellungen für Konzerne. Konnte bei den Verhandlungen über den Investitionsschutz bei TTIP bis dato noch keine Einigung erzielt werden, ist sie in CETA durch das System der Investitionsgerichte bereits enthalten. Und selbst wenn TTIP nie Realität werden sollte, erhalten amerikanische Konzerne mit Niederlassungen in Kanada schon durch den Beschluss von CETA die Möglichkeit europäische Staaten in einer Konzern-Paralleljustiz zu klagen.

Wer profitiert von CETA?

Klare GewinnerInnen sind große ausländische Konzerne. Denn während diese ein privilegiertes Sonderklagerecht bekommen sollen, sehen die EU-Kommission und die Wirtschaft bei ArbeitnehmerInnen- und Umweltschutz keine Notwendigkeit für international durchsetzbare Regeln. Damit heißen die Vertragspartner gut, dass grundlegende Bestimmungen für die ArbeitnehmerInnen nicht rechtsverbindlich durchsetzbar sind und Verstöße ohne jegliche Konsequenz bleiben. Profitieren wird also ein winziger Bruchteil der Gesellschaft, während der Großteil um lange erkämpfte Rechte bangen muss.

Zum Weiterlesen

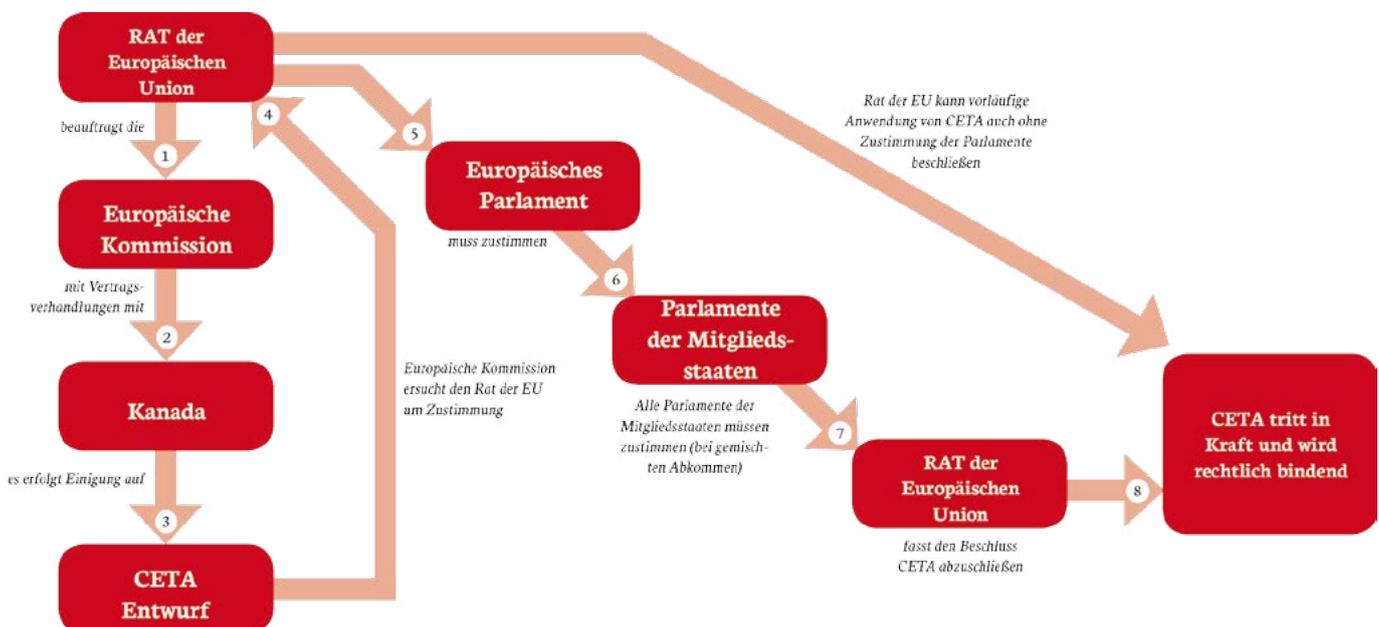
AK Europa: AK Positionspapier EU-Handels- und Investitionsschutzabkommen TTIP und CETA
 Peter-Tobias Stoll, Till Patrik Holterhus, Henner Gött: Die geplante Regulierungszusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und Kanada sowie den USA nach den Entwürfen von CETA und TTIP (Rechtsgutachten im Auftrag der AK Wien)

ÖGB: TTIP, CETA und Co - Die Freihandelspläne der EU

Europäische Kommission: Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen EU-Kanada (CETA). http://ec.europa.eu/trade/policy/in-focus/ceta/index_de.htm

Kann CETA noch verhindert werden?

Zwar konnte bereits eine Einigung zwischen der Europäischen Kommission (Vertretung der EU) und Kanada erzielt werden. Das bedeutet aber noch nicht, dass CETA auch tatsächlich beschlossen und damit rechtswirksam wird. Dafür sind noch einige weitere Schritte notwendig, die in der Grafik zusammengefasst sind.



Ein Rettungsanker - keine Hängematte

Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS) wurde im Jahr 2011 eingeführt und ist der letzte Rettungsanker in unserem Sozialstaat. Sie schützt vor Obdachlosigkeit und Verelendung. Es geht darum Menschen die in einer Notsituation sind, die Teilhabe an der Gesellschaft in einem Mindestmaß weiter zu ermöglichen.

Kritik aus der Mottenkiste

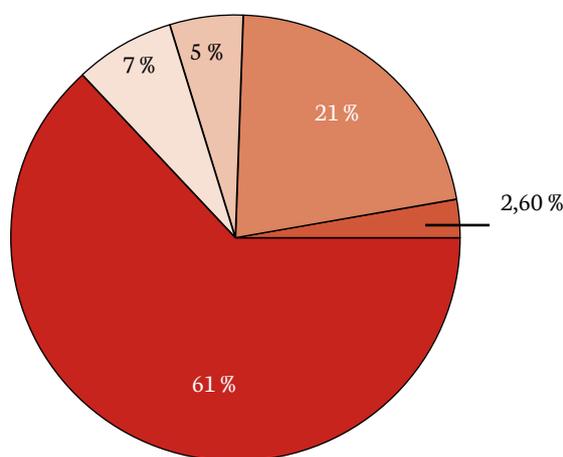
Seit der Einführung gibt es Kritik von rechtskonservativen PolitikerInnen. Die vorgebrachten Argumente folgen einer bewährten Rezeptur. Es gilt die angeblich Faulen anzukreiden und sich als Schutzmacht der Braven und Fleißigen zu positionieren. Die BMS sei eine Hängematte, die es Arbeitsunwilligen erlaubt, sich auf Kosten der SteuerzahlerInnen ein schönes Leben zu machen, so der Tenor. Auch aus der Mottenkiste neoliberaler Wirtschaftswissenschaften lassen sich Argumente gegen die Mindestsicherung hervorzaubern. Das Armutsfallen-Theorem besagt, dass sich BezieherInnen von Sozialtransfers bei der Entscheidung, ob sie eine Erwerbstätigkeit aufnehmen, vordergründig von kurzfristigen monetären Anreizen leiten lassen. Ist der kurzfristig zu erzielende Geldvorteil aus der Erwerbsarbeit gering, dann verbleibt man lieber in der Sozialhilfe, was die Chancen am Arbeitsmarkt weiter sinken lässt. Dieses Lohnabstandsgebot, also die Aufrechterhaltung eines spürbaren Abstands zwischen erzielbarem Lohneinkommen und Sozialleistungen, bietet dabei die moralische Legitimation für immer stärkeren Druck auf die EmpfängerInnen und den Sozialstaat.

Wer sind die BezieherInnen?

Mit 31. Jänner 2016 bezogen 14.167 OberösterreicherInnen eine Leistung aus der BMS. Davon waren 61% österreichische StaatsbürgerInnen, 15% EU-BürgerInnen und Drittstaatsangehörige. Der Anteil der Asylberechtigten inklusive der kleinen Gruppe der subsidiär Schutzberechtigten lag bei 24%. Armut in Österreich ist meist weiblich. Das zeigt sich auch bei der Mindestsicherung, sie wird zu 54% von Frauen bezogen. Nur 8.693 BezieherInnen sind im erwerbsfähigen Alter (16-65 Jahre), 36% jünger als 15 Jahre. Ein Drittel aller BezieherInnen sind sogenannte AufstockerInnen, also jene die trotz Arbeit eine Leistung aus der Mindestsicherung erhalten. Gut 24% der BezieherInnen sind aus gesundheitlichen Gründen gar nicht voll erwerbsfähig. Aufgrund des hohen Anteils an AufstockerInnen lag der real ausgezahlte BMS-Betrag

in Oberösterreich im Jahr 2015 im Schnitt bei rund 370 Euro, die durchschnittliche Bezugsdauer lag bei 7,5 Monaten.

BMS-BezieherInnen nach Status



2,60 % subsidiär Schutzberechtigte 21 % Asylberechtigte
5 % Drittstaatsangehörige 7 % EWR-BürgerInnen und Schweiz
61 % Österreichische StaatsbürgerInnen

Der letzte Rettungsanker

Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung ist eine auffällende Sozialleistung, von der jedes Einkommen und Sozialtransfers, außer Familienbeihilfe und Pflegegeld, abgezogen werden. Jeder Antrag wird als Einzelfall beurteilt und geprüft. Mit der BMS sind alle Aufwendungen des täglichen Lebens, von Lebensmittel über Wohnung bis zur Kleidung abzudecken. Der Bezug der BMS ist an klare Bedingungen geknüpft. Vermögen wie Sparbücher, ein Fahrzeug oder das Haus sind bis auf einen Freibetrag von 4.188,80 Euro zu liquidieren. Dazu gilt für alle BezieherInnen die Bemühungspflicht. Wer eine zumutbare Arbeit oder Qualifikationsmaßnahme nicht annimmt, dem drohen Sanktionen. Das führte in Oberösterreich in rund 1.200 Fällen zu einer Reduktion der Leistung. Insgesamt ist damit klar: Die Mindestsicherung ist der letzte soziale Rettungsanker.

Zurück in die Arbeitswelt

Rechtlich ist es schon heute zulässig, einen Teil der Mindestsicherung als Sachleistung auszuzahlen. Ein Beispiel dafür wäre

die Übernahme von Wohnkosten. Die wichtigste Sachleistung im Rahmen der BMS ist aber die Hilfe zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt. Dazu gibt es eine Vielzahl an Qualifizierungsmaßnahmen und Beschäftigungsmöglichkeiten zum schrittweisen (Wieder-) Hineinwachsen in die Arbeitswelt. Wenn über Verbesserungen der BMS nachgedacht wird, dann ist der Ausbau dieser Re-Integrationsprojekte eine geeignete Maßnahme. Denn nur so erhalten BMS-BezieherInnen neue Chancen. Menschen wirkungsvoll und langfristig in den Arbeitsprozess zu integrieren ist auch das beste Mittel zur Entlastung sozialer Netze. Qualitative Studien zur Lebensrealität von BMS-BezieherInnen untermauern den Wunsch einer Erwerbsarbeit nachgehen zu können und belegen die hohe psychische Belastung die mit langanhaltender Erwerbslosigkeit einhergeht. Damit ist klar: Arbeit ist ein Wert an sich und nicht bloß an monetären Maßstäben zu messen. Noch eins zur Hängemattentheorie: Eine Wirtschaftswissenschaft, die ihren sozialwissenschaftlichen Charakter nicht länger verleugnet, wäre in der Lage das zu erkennen, daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen und damit auch das Armutsfallen-Theorem als untauglich zu entsorgen. Nicht umsonst konnte das Theorem bisher keiner empirischen Überprüfung standhalten.

Knackpunkte aus der Praxis

Nicht alle Menschen, die Anspruch auf Leistungen aus der Mindestsicherung hätten, beziehen diese auch. Oft liegt es daran, dass die Leistungen aus Uninformiertheit oder Scham, vor allem in kleinen Gemeinden, nicht beantragt werden, dazu kommen auch Mängel und Härtefälle im Vollzug. Einige Beispiele:

In vielen Fällen wird die Höhe der bedarfsorientierten Mindestsicherung unrichtig bemessen und Betroffene erhalten weniger finanzielle Unterstützung als ihnen zusteht. Beispielsweise wurde eine noch nicht zuerkannte Wohnbeihilfe mit eingerechnet.

Laut Gesetz muss über einen Antrag auf Leistungen aus der Mindestsicherung innerhalb von drei Monaten entschieden werden. Die Frist wird aber vielfach nicht eingehalten. Eine Praxis, die AntragstellerInnen in finanzielle Notlagen bringen kann.

Weitere Problematiken gibt es hier zum Nachlesen:
<http://volksanwaltschaft.gv.at/artikel/volksanwaltschaft-bundeseinheitliche-rechtskonforme-und-faire-reform-der-mindestsicherung>

http://www.jbi.or.at/probleme_in_der_vollziehungspraxis

Keine Rede vom Systemkollaps

Die Gesamtausgaben der bedarfsorientierten Mindestsicherung belaufen sich in Oberösterreich auf rund 47,5 Millionen Euro. Im Vergleich zum Landesbudget von rund 5 Milliarden Euro macht die BMS rund 0,95% der Gesamtausgaben aus. Ein drohender Systemkollaps sieht anders aus. Im Wissen, dass diese 47,5 Millionen Euro Obdachlosigkeit, Mangelernährung und zahlreiche soziale und gesellschaftliche Folgen wachsender Armut verhindern, ist eine Reduktion der Leistungen blanker sozialpolitischer Unfug. Das gilt auch wenn nur einzelne Gruppen wie Asylberechtigte davon betroffen wären, dann würde es zu einer Spaltung der Gesellschaft kommen. Außerdem ist die Kürzung für bestimmte Gruppen rechtlich unzulässig, wie verschiedenen Gutachten von VerfassungsjuristInnen zeigen.

Auch die Mehrheit der ÖsterreicherInnen steht der Mindestsicherung positiv gegenüber. In einer kürzlich erschienenen SORA Umfrage im Auftrag der Volkshilfe geben 72% der Befragten an, dass sie die Mindestsicherung als wichtiges Instrument der Armutsvermeidung anerkennen und eine Mehrheit Leistungskürzungen negativ gegenübersteht. Wer eine echte Verbesserung der sozialen Lage anstrebt, hat den Kampf gegen prekarierte Arbeitswelten, wachsende Lücken in den der BMS vorgelagerten sozialen Sicherungssystemen und für eine konsequente Anhebung der kollektivvertraglichen Mindestlöhne zu führen. Kurz: Es gilt die Armut zu bekämpfen. Nicht die Armen.

Zum Weiterlesen

Im Rahmen der aktuellen Debatten über die Kürzung der Mindestsicherung, sammelten wir verschiedene Stellungnahmen über die rechtliche Zulässigkeit der Vorhaben. Eine kurze Zusammenfassung kann hier nachgelesen werden.
<http://www.jbi.or.at/recht-und-mindestsicherung>

Ein Überblick über die BMS-Richtsätze und gesetzlichen Rahmenbedingungen findet sich auf der Homepage des Landes Oberösterreich:
<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/23004.htm>

Der Ökonom Maximilian Kasy hat im Standard einen Überblicksartikel über aktuelle Forschungsergebnisse zu Sozialtransfer und Arbeitsmarktanreize geschrieben; <http://derstandard.at/2000031656483/Warum-Mindestsicherung-Arbeitslosigkeit-nicht-erhoeht>

Auch die Armutskonferenz hat sich in zwei Faktenchecks intensiv mit Fragen der bedarfsorientierten Mindestsicherung auseinandergesetzt:
<http://www.armutskonferenz.at/aktivitaeten/mindestsicherungs-monitoring.html>

Langzeitarbeitslosigkeit – ein verdrängtes Phänomen

Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist auch am österreichischen Arbeitsmarkt nicht spurlos vorbeigegangen. Selbst Oberösterreich hat mit der höchsten Arbeitslosigkeit der zweiten Republik zu kämpfen. Eine problematische Entwicklung wird medial jedoch sehr vernachlässigt: Der massive Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit.

Wer gilt als langzeitarbeitslos?

Folgt man der Definition des Arbeitsmarktservices (AMS) gilt eine Person als langzeitarbeitslos, wenn sie über ein Jahr arbeitslos gemeldet ist und in diesem Zeitraum keine „Unterbrechung“ länger als 28 Tage vorliegt. In der Praxis bedeutet dies: Geht jemand zwar schon seit über einem Jahr keiner Beschäftigung mehr nach, besuchte aber eine 5-wöchige Schulungsmaßnahme (35 Tage), gilt er/sie nicht als langzeitarbeitslos. Diese enge Definition beschreibt daher nur einen Teilausschnitt des Problemausmaßes. Aus diesem Grund wurde zusätzlich der Indikator „Langzeitbeschäftigungslosigkeit“ eingeführt. Hierbei werden alle Zeiträume mit dem Status-

- arbeitslos
- lehrstellensuchend
- in Schulung
- BezieherIn eines Fachkräftestipendiums
- Abklärung der Arbeitsfähigkeit/Gesundheitsstraße
- Schulung, Reha mit Umschulungsgeld

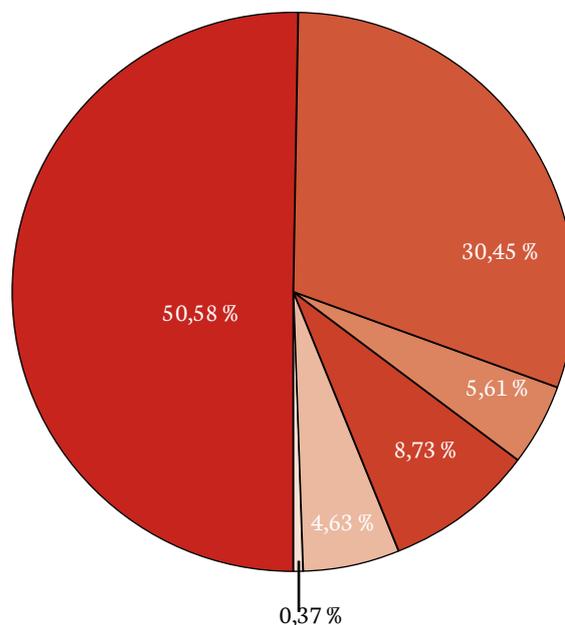
zusammenhängt, wenn keine Unterbrechung von mehr als 62 Tagen vorliegt. Als langzeitbeschäftigungslos gilt daher eine Person, wenn sie eine so berechnete Fall-Dauer von mehr als 365 Tagen aufweist. In Oberösterreich waren das im Jahr 2015 15.560 Menschen. Im Vergleich zum Vorkrisenjahr 2008 ist das fast eine Vervierfachung.

Ein Teufelskreis

Langzeitarbeitslosigkeit betrifft häufig Menschen, die wenig beschäftigungsfähig und in vielen Fällen mehrfach benachteiligt sind. So haben geringqualifizierte Personen und Drittstaatsangehörige in der Europäischen Union ein doppelt so hohes Risiko,

langzeitarbeitslos zu werden. Ähnliches gilt für Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen, ältere Personen und benachteiligte Minderheiten. Sie stecken oft in einem Teufelskreis. Einerseits weist ein Großteil der Betroffenen Eigenschaften auf, die eine Integration in den Arbeitsmarkt ohnehin schwer ermöglichen. Andererseits wirkt auch die Dauer der Arbeitslosigkeit zusätzlich erschwerend. Es gilt, je länger eine Person arbeitslos ist, desto schwieriger wird es für sie eine neue Stelle zu finden, weil sie ihre Fähigkeiten mit der Zeit verliert.

Von Langzeitarbeitslosigkeit betroffene Personen nach höchster abgeschlossener Bildung in Prozent



50,58 % Pflichtschulausbildung 30,45 % Lehrausbildung
 4,63 % Mittlere Ausbildung 8,73 % Höhere Ausbildung
 5,61 % Akademische Ausbildung 0,37 % Ungeklärt

Quelle: AMS, Personenbezogene Auswertung 2015

Weitreichende Folgen

Seit der Pionierstudie „Die Arbeitslosen von Marienthal“ von Jahoda/Lazarsfeld/Zeisel sind die weitreichenden Folgen von langanhaltender Arbeitslosigkeit bekannt. Sie führt vor allem zu Resignation, Apathie und sozialer Isolation. Je länger die Arbeitslosigkeit andauert, desto höher ist auch das Risiko der Armutsgefährdung. Liegt das Armutsrisiko bei Menschen, die bis zu fünf Monate arbeitslos sind, noch bei 21 Prozent, so liegt es bei langzeitarbeitslosen Menschen mit 45 Prozent mehr als doppelt so hoch (EU-Silc 2014). Außerdem trägt Langzeitbeschäftigungslosigkeit dazu bei, dass Armut an die Kinder in Erwerbslosenhaushalten „vererbt“ wird.

Eine Doppelstrategie ist notwendig

Zur Senkung der Langzeitarbeitslosigkeit ist eine Kombination von konjunkturbelebenden Maßnahmen und aktiver Arbeitsmarktpolitik notwendig. Zum einen hängt die Anzahl an Langzeitarbeitslosen bzw. die Verweildauer in der Arbeitslosigkeit von der allgemeinen Arbeitsmarktentwicklung ab. Dies bedeutet, wenn es durch aktive Konjunkturpolitik - z.B. durch öffentliche Investitionen in den Ausbau der Sozial- und Bildungsinfrastruktur - gelingt, Arbeitslosigkeit generell zu senken, dann wird bis zu einem gewissen Grad auch die Langzeitarbeitslosigkeit sinken. Aber die Konjunkturpolitik alleine reicht nicht aus, da eine lange Dauer der Arbeitslosigkeit bei den Betroffenen zu Dequalifizierung, gesundheitlichen Beeinträchtigungen oder auch zu Demotivation führen kann, womit sich die Wiedereingliederungschancen - selbst bei vorhandenen Arbeitsplätzen - deutlich reduzieren. Hinzu kommt ein diskriminierendes Verhalten von Unternehmen gegenüber Langzeitarbeitslosen und im speziellen gegenüber Älteren. Die aktive Arbeitsmarktpolitik kann diesen Phänomenen entgegenwirken, indem Zeiten der Arbeitslosigkeit sinnvoll für Weiterbildungen genutzt werden. Tagestruktur und regelmäßige Kontakte verhindern Resignation sowie Demotivation. Auch Unternehmen gilt es in die Pflicht zu nehmen, unter anderem dann, wenn sie älteren Arbeitslosen keine Chance geben. Das ist zum Beispiel durch ein spürbares Bonus-Malus System möglich. Letztendlich braucht es aber für bestimmte Zielgruppen vermehrte öffentliche Beschäftigungsangebote und sozialökonomische Betriebe sowie gemeinnützige Beschäftigungsprojekte. Angesichts der enormen Knappheit an Arbeitsplätzen ist es notwendig, dass der Staat als „employer of last resort“ agiert und für Langzeitarbeitslose durch Beschäftigungsgarantien würdevolle Perspektiven eröffnet.

Und was macht Österreich?

Trotz steigender Herausforderungen am Arbeitsmarkt wurden bisher die Budgetmittel des AMS für aktive Arbeitsmarktpolitik, insbesondere für Schulungsangebote nicht erhöht. Dadurch hat sich zwangsläufig die Zahl der SchulungsteilnehmerInnen reduziert. Der Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit steht mit dem Rückgang an Schulungen und dem damit verbundenen bewussten Strategiewechsel der österreichischen Arbeitsmarktpolitik in Zusammenhang. Ein besonders starker Rückgang der Schulungs-

intensität ist seit dem Jahr 2013 zu beobachten. Ab diesem Zeitpunkt ist auch ein Emporschnellen der Anzahl der Langzeitarbeitslosen bzw. der Langzeitbeschäftigungslosen zu beobachten. Anstatt also Präventions- und Aktivierungsmaßnahmen auszubauen und spezielle Maßnahmen für langzeitarbeitslose Personen zu etablieren, wird das Phänomen Langzeitarbeitslosigkeit mit all ihren negativen Folgen ignoriert und die Betroffenen werden im Regen stehen gelassen.

Was tun?



Aktive Arbeitsmarktpolitik in Form von Qualifizierungsmaßnahmen, Tagesstruktur und regelmäßigen Kontakten



Konjunkturbelebende Maßnahmen wie ein Ausbau der Sozial- und Bildungsinfrastruktur



Spürbares Bonus-Malus-System für Betriebe

Zum Weiterlesen

blog.arbeit-wirtschaft.at, Vier mal mehr Langzeitarbeitslose als vor der Krise
<http://blog.arbeit-wirtschaft.at/vier-mal-mehr-langzeitarbeitslose-als-vor-der-krise/>

Europäische Kommission, Empfehlung des Rates zur Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt
http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-5565_de.htm

derstandard.at, Arbeitslosigkeit wird in Österreich immer mehr zur Sackgasse -
<http://derstandard.at/2000033052028/Arbeitslosigkeit-wird-in-Oesterreich-immer-mehr-zur-Sackgasse>

Rothschild, K. (1990), Arbeitslose: Gibt's die? Ausgewählte Beiträge zu den ökonomischen und gesellschaftspolitischen Aspekten der Arbeitslosigkeit. Postkeynesianische Ökonomie Band 4. Marburg: Metropolis.

Revolution beim IWF?

Der Internationale Währungsfonds (IWF) verursachte vor kurzem große Aufregung, als er einen kritischen Artikel zur neoliberalen Wirtschaftspolitik mit dem Titel „Neoliberalism: Oversold?“ veröffentlichte. Drei Ökonomen kritisieren darin mit einer ungewohnten Klarheit die Auswirkungen von Sparpolitik und der globalen Öffnung der Finanzmärkte. Das Erscheinen dieses Artikels ist ein Zeichen für einen breiteren wirtschaftspolitischen Diskurs innerhalb des IWF, dessen Politik schon lange auf Kritik stößt. Stellungnahmen wie diese bieten Anstöße und gute Argumente für eine dringend notwendige Diskussion über die wirtschaftspolitischen Ziele unserer Gesellschaft.

Wer ist der IWF?

Der IWF ist eine zentrale Organisation des globalen Wirtschaftssystems. Ursprünglich gegründet um das Bretton Woods Währungssystem zu beaufsichtigen, agierte er nach dessen Zusammenbruch in den 70ern als Anlaufstelle für wirtschaftspolitische Beratung und Kreditvergabe an krisengeplagte Entwicklungs- und Schwellenländer. Der Internationale Währungsfonds etablierte sich bald als neoliberale Wirtschaftsorganisation, die sich für die schnellstmögliche Öffnung des Welthandels und die Verkleinerung von Staatseinfluss auf Wirtschaft und Menschen einsetzt. Er vergibt Kredite, die meist an strenge Spar- und Privatisierungsmaßnahmen gebunden sind. Viele IWF Kreditprogramme prognostizierten Wirtschaftswachstum, das aber mit den verschriebenen Reformen nie eintrat. Im Gegenteil,

viele IWF Programme hatten fatale soziale Auswirkungen wie steigende Ungleichheit und Armut. Damit hat er maßgeblich zu einer globalen Wirtschaftsliberalisierung beigetragen, die meist zu Lasten der ärmsten Länder ging. Mit dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 stieg der Einfluss des IWF, da nun auch europäische Staaten finanzielle Hilfen beantragt haben. Subtileren Machteinfluss genießt der IWF durch die Beratung von Ländern und das Erstellen von hochangesehenen wirtschaftspolitischen Analysen und Empfehlungen. Die Arbeit des IWF ist maßgeblich von den internen Machtverhältnissen geprägt, wo aufgrund einer ungleichen Stimmverteilung die Wirtschaftsmächte USA und Europa dominieren. Durch den IWF bestimmen sie, gemeinsam mit dessen BürokratInnen und WissenschaftlerInnen, den globalen wirtschaftspolitischen Diskurs.

Kritischer Umschwung?

In Anbetracht der neoliberal geprägten Geschichte des IWF verursachte der kürzlich publizierte Artikel „Neoliberalism: Oversold?“ großen Aufruhr. Darin schreiben die drei Ökonomen, Ostry, Loungani und Furceri, dass die Nachteile der neoliberalen Spar-Agenda oft unterschätzt wurden. Sie kommen zu drei Schlussfolgerungen: Erstens zeigen sie auf, dass der Zusammenhang zwischen Handelsliberalisierung und Wirtschaftswachstum schwer beweisbar ist. Dabei merken sie kritisch an, dass sehr wohl das häufige Vorkommen von Krisen klar mit der



Diese Grafik zeigt die Schwierigkeit einen empirischen Zusammenhang zwischen Austerität und Wachstum herzustellen, wie es auch die IWF Autoren beschreiben. Wachstum scheint am stärksten in den Staaten zu sein, in denen weniger Sparmaßnahmen durchgeführt wurden.

Handelsliberalisierung zusammenhängt. Dies führt zu ihrem zweiten Argument, dem zufolge sich wiederholende Boom-Bust-Zyklen zu höherer Ungleichheit führen, die wiederum nachhaltig das Wirtschaftswachstum schädigt. Drittens stellen sie fest, dass die Kürzungs- und Sparpolitik als Ausweg aus wirtschaftlichen Krisenzeiten und hohen Staatsschulden zu wenig hinterfragt worden ist. In manchen Fällen wären mit kontinuierlichem Wirtschaftswachstum langsam abgebaute Schulden besser als schnelle Kürzungsprogramme. Denn diese verschlechtern oft die Wirtschaftslage und die soziale Situation durch schwachen wirtschaftlichen Output sowie dem Ansteigen von Arbeitslosigkeit und Ungleichheit dramatisch.

„Evolution statt Revolution“

Die aktuelle IWF-Publikation ist eine bedeutende Kritik an uneingeschränktem Freihandel und Austeritätspolitik. Auch wenn viele WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen und AktivistInnen die Schattenseiten dieser Politik schon lange aufgezeigt haben, war eine solche Klarheit vom IWF bisher nicht zu erwarten. Kritische Stimmen haben aber schon länger mehr Einfluss im IWF bekommen, besonders seit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise. Der IWF World Economic Outlook von 2012, in dem der damalige Chefökonom Blanchard frühere Prognosen zum Wachstum unter der Austeritätspolitik nach unten korrigierte, galt als wichtiges Indiz für eine beginnende ideologische Öffnung des IWF. Diese kommt einerseits von Erkenntnissen aus früheren IWF Programmen und dem Schock der Krise sowie andererseits von neuem, offenerem Personal im IWF. Vereinzelt werden nun keynesianische Argumentationslinien mit der klassischen neoliberalen Orthodoxie des IWF verbunden, was nicht selten zu Widersprüchlichkeiten führt. Zuweilen äußert sich das in Empfehlungen von Investitionsprogrammen anstelle von Sparauflagen in Krisenzeiten. Aufgrund der großen Macht des IWF in wirtschaftspolitischen Debatten ist eine solche Öffnung sehr bedeutend.

Kritische Publikationen des IWF werden jedoch immer sehr vage und ambivalent formuliert, nach dem Motto „There is no one-way-fits-all“. Beispielhaft dafür war, dass eine Woche nach dem Erscheinen des oben beschriebenen Artikels der heutige Chefökonom Obstfeld betonte, dass die Kritik am Neoliberalismus überinterpretiert wurde und auf keinen Fall einen revolutionären Wandel darstelle. Er fügte hinzu, dass der IWF die Kernüberzeugung zu offenen Wettbewerbsmärkten, robusten makropolitischen Rahmenbedingungen, finanzieller Stabilität und starken Institutionen natürlich behalte. Voreilige Euphorie über einen bereits vollzogenen Sinneswandel beim IWF wurde damit getilgt.

Bedeutung für die IWF Politik

Die Öffnung des IWF hat sich schon in den letzten Kreditpaketen angedeutet. In den Verhandlungen der Troika zum Umgang mit von der Eurokrise besonders betroffenen Staaten, in denen der IWF mit EU Kommission und Europäischer Zentralbank eine wichtige Rolle einnahm, war zu beobachten, dass der IWF oft etwas mildere Sparmaßnahmen einforderte. So hat er zum Beispiel immer wieder für einen Schuldenschnitt für Griechenland

plädiert, sich aber damit nicht durchgesetzt. Die schlussendlich ausgehandelten Pakete hatten dann jedoch genau die verheerenden Auswirkungen auf Griechenland wie sie von den Autoren von „Neoliberalism· Oversold?“ kritisiert wurden, nämlich einen drastischen Anstieg von Armut und Ungleichheit.

Die oft variierenden Positionen des IWF sind ein Indiz von inneren ideologischen Auseinandersetzungen. Sie hängen stark mit dem technischen Mandat und der Organisation des IWF zusammen, die den verhandelnden BürokratInnen relativ viel Spielraum lässt. Dies ist auch einer der Gründe dafür, dass im Research-Department kritische Publikationen wie „Neoliberalism· Oversold?“ produziert werden können. Der realpolitische Einfluss dieser Publikationen ist jedoch schwer einzuschätzen und wie schon Chefökonom Obstfeld ermahnte: Es ist vorerst kein bahnbrechender Wandel beim IWF zu erwarten.

Das Momentum nutzen

Trotz den Widersprüchlichkeiten kann Kritik von einer so bedeutenden Wirtschaftsorganisation wie dem IWF besonders gut politisch genutzt werden, um auf jene den Druck zu erhöhen, die noch immer an neoliberale Kürzungspolitik als einen Weg aus der Krise glauben. Damit werden kritische Stimmen sowohl inner- als auch außerhalb des IWF gestärkt. Der Artikel „Neoliberalism· Oversold?“ zeigt auch, dass der Einfluss der Kritik an Freihandel und Austeritätspolitik als Zukunftsprogramme deutlich gestiegen ist, weil die Kritik auch in den Arbeiten des IWF aufgegriffen und reproduziert wird. Das gibt gleichzeitig Hoffnung und gute Argumente für GegnerInnen des Neoliberalismus.

#StopAusterity

Das Jahoda-Bauer Institut setzt mit der #StopAusterity Kampagne ein deutliches Zeichen gegen die neoliberale Kürzungspolitik und für ein Europa der Menschen. Am 19. September veranstalten wir den Internationalen Tag gegen die Austeritätspolitik. Mach auch Du mit!

www.stopausterity.eu

Zum Weiterlesen

Jonathan D. Ostry, Prakash Loungani, and Davide Furceri: Neoliberalism: Oversold
<http://bit.ly/28N6M7Y>, IMF June 2016

Eine detaillierte wissenschaftliche Beschreibung des IWF gibt es von Bird (2007): The IMF: A Bird's Eye View of its Role and Operations, Journal of Economic Surveys Vol. 21, No. 4, pp. 683-745

Austerität in Theorie und Praxis

Die Stimmen für striktere Sparpolitik in Europa verstummen nicht. Trotz immer klarer ersichtlichen negativen sozialen und wirtschaftlichen Folgen, halten viele PolitikerInnen an den Sparmaßnahmen fest. Die trügerische Idee hinter diesen Reformen wird zu selten benannt: Austerität.

Was ist Austerität?

Die Reduktion der Staatsschulden ist das vermeintliche Hauptziel der Austeritätspolitik. Denn BefürworterInnen der Theorie glauben, Staatsschulden sind das größte wirtschaftliche Problem unserer Zeit. Sie sollen durch das Kürzen von staatlichen Ausgaben vermindert werden. Dahinter verbirgt sich die Ideologie des zurückgedrängten Staates und der Ausweitung der Macht des freien Markts durch Privatisierung und Deregulierung mit dem Ziel der Ökonomisierung aller Lebensbereiche.

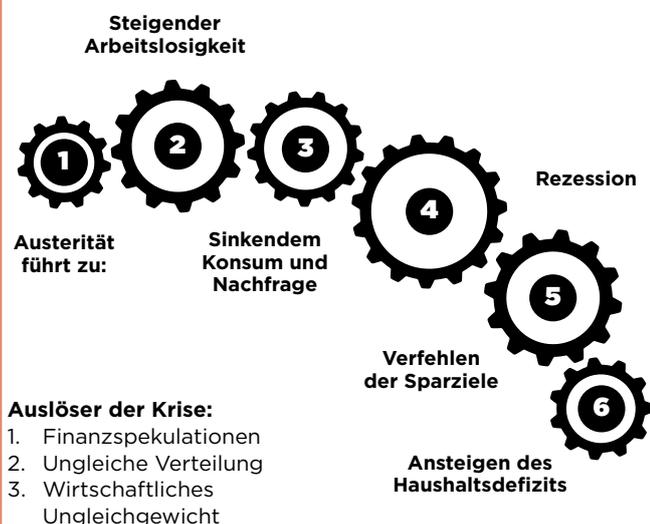
Eine der Grundannahmen der Austeritätspolitik ist, dass staatliches Fehlverhalten ökonomische Krisen verursacht. Deswegen will man mit Privatisierungen das Vertrauen der Märkte gewinnen und so Investitionen fördern. Das Versprechen wäre, dass das zu wirtschaftlichem Aufschwung führt.

Hier liegt aber ein entscheidender Fehler: Die Staatsschulden waren Folge und nicht Auslöser der Krise(n). Viel mehr sind die ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung, deregulierte Finanzmärkte und Ungleichgewichte zwischen den Volkswirtschaften in Europa die Ursachen. Diese führten zu einer breiten Verschuldung der Massen und zur Blasenbildung auf den Finanzmärkten. Als dieses Kartenhaus zusammenbrach, kam es zur Krise des Finanz- und Wirtschaftssystems. Austeritätspolitik ist daher eine bloße Symptombekämpfung, die die eigentlichen Krisenursachen weiterverschärft.

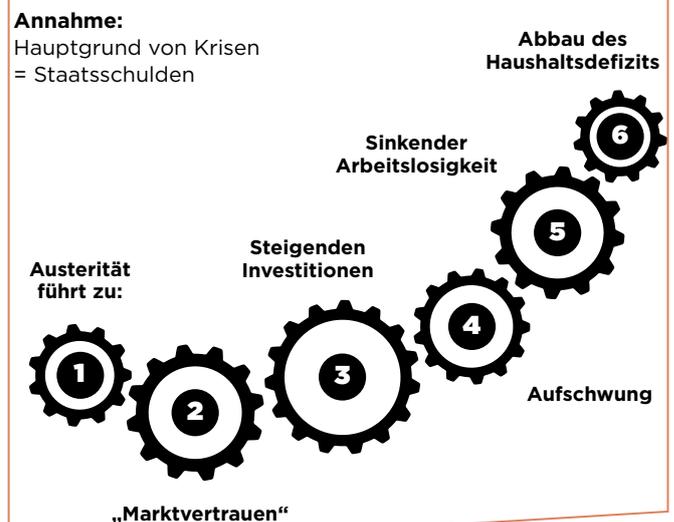
Die Praxis der Austeritätspolitik

Auch das Grundgerüst der EU baut auf strengen Budget- und Defizitregeln auf. Mit den Maastricht Verträgen, dem Fiskalpakt oder dem Six Pack sind diese festgeschrieben. Die Troika (heute: die Institutionen) aus EU Kommission, IWF und Europäischer Zentralbank hat die Austeritätspolitik zur Auflage für Krisenstaaten gemacht. Die Anwendung von Austeritätsmaßnahmen führte und führt oft zu einer drastischen Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage.

Praxis der Austerität



Theorie der Austerität



Steigende Arbeitslosigkeit und sinkende Haushaltsbudgets aufgrund niedriger Löhne und gekürzter Sozialleistungen verursachen eine Rezession. Das schwächt die Beschäftigung und den Konsum, wodurch Steuereinnahmen sinken und die Staatsschulden ansteigen. So werden Sparziele immer wieder verfehlt und immer neue „Rettungspakete“ notwendig. Denn wenn Staat, BürgerInnen und UnternehmerInnen gleichzeitig anfangen zu sparen, steht die Wirtschaft. Die Ökonomen Jourda und Taylor stellen fest, dass Sparmaßnahmen im Ausmaß von 1% des BIP, einen Verlust von 4% Wirtschaftswachstum über fünf Jahre bringen. Damit ist klar: Austeritätspolitik verlängert die Krise anstatt sie zu beenden.

Der Einsatz von Austeritätspolitik zur Krisenbekämpfung in Europa führte in vielen Bereichen des Wohlfahrtsstaats zu massiven Kürzungen. Zum Beispiel bei Bildungsbudgets, Sozialgeldern für Einkommensschwache oder Zuschüssen im Gesundheitssystem. Die Folgen dieser sozialen Einschnitte sind schwerwiegend. Während 2008 noch jede fünfte Person in Europa von Armut bedroht war, war es 2013 schon jede vierte. Jugendliche, MigrantInnen und AlleinerzieherInnen sind vom Anstieg am stärksten betroffen. Wachsende Armut auf der einen Seite und rasant gestiegener Reichtum auf der anderen Seite brachten außerdem eine höhere Einkommensungleichheit. Zu den Kürzungsprogrammen gehören oft auch die Erhöhung von Massensteuern, Privatisierungen von staatlichen Unternehmen und das Einsparen von öffentlichen Arbeitsplätzen. Diese Agenda führte in die wirtschaftliche Stagnation und trug damit zum Anstieg der allgemeinen Arbeitslosigkeit in der Eurozone von 7,6% (2008) auf 12,0% (2013) bei. In Spanien, Portugal und Irland verdoppelte sich die Arbeitslosenrate, in Griechenland verdreifachte sie sich sogar.

Politische Auswirkungen

Die weitreichenden Folgen der Austeritätspolitik sind auch in der Politik spürbar. Hetze gegen MigrantInnen und die EU haben stark zugenommen und mit dem Brexit ein neues Ausmaß erreicht. Hoffnungslosigkeit und Zukunftsängste der Menschen bereiten den Boden für rechte Propaganda, die auch in Österreich an politischer Unterstützung gewonnen hat. Die Frustration der Menschen kann aber auch in neue Hoffnung umgewandelt werden, die progressive Politik ermöglicht. Dazu müssen Alternativen zur Austeritätspolitik lautstark aufgezeigt werden, um die Unterstützung für ein soziales Europa zu stärken.

Beispiel 1: Steuerpolitik in Großbritannien

Großbritannien hob im Rahmen der Austeritätspolitik die Mehrwertsteuer von 17,5% auf 20% an und erhöhte Steuern auf Alkohol, Tabak und Brennstoff ebenso. Gleichzeitig senkte man die Einkommenssteuer für die höchsten Einkommen von 50% auf 45% und die Unternehmenssteuern von 30% 2008 auf 20% 2016. Dies trug zu einem Anstieg an Einkommens- und Wohlstandsungleichheit bei.

Beispiel 2: Gesundheitspolitik in Griechenland

In Griechenland verringerte die Regierung die öffentlichen Gesundheitsausgaben zwischen 2009 und 2013 um 5,3 Milliarden, was eine Reduktion von 32% darstellt. Im Zuge dessen wurden Gesundheitszentren geschlossen, Spitalgelder um bis zu 50% gekürzt, Personal entlassen und Rezeptgebühren erhöht. 2,5 Millionen GriechInnen waren plötzlich ohne freien Zugang zum Gesundheitssystem, der ohnehin nur für ein Jahr nach dem Jobverlust garantiert war. Diese Gesundheitskrise zeigte fatale Folgen: Die Lebenserwartung fiel von 81 auf 78 Jahre, Suizidraten stiegen um 40% und die HIV Infektionen bei Drogenabhängigen verdreifachten sich.

Beispiel 3: Bildungspolitik in Spanien

In Spanien wurde das Bildungsbudget von 2011 bis 2014 um 20% gekürzt (570 Millionen Euro). Unterstützungsgelder für SchülerInnen aus armen und benachteiligten Familien verringerte man in Folge drastisch. Weiters strich die Regierung Beiträge für Schulbücher und schloss Bibliotheken. Die Klassengrößen wurden um 10% erweitert, während Lehrpersonal entlassen und von den bleibenden LehrerInnen mehr Stunden erwartete wurden. Viele wanderten in Privatschulen ab.

There Is ~~No~~ Alternative!

Es mangelt nicht an Vorschlägen für eine bessere Wirtschafts- und Sozialpolitik. Auf der Seite www.diekriseloesen.net gibt es eine gut veranschaulichte Sammlung von umsetzbaren Reformen.

Auch die University of Bath hat ein Policy Brief zu Alternativen erstellt, das unter <http://goo.gl/mZIRC2> als PDF abzurufen ist.

Von der deutschen Friedrich-Ebert-Stiftung kommt ein längeres Paper, in dem für viele Länder eigene Wachstumsstrategien erklärt sind: <http://goo.gl/aDbfc3>.

Equal Pay Day

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist keine Selbstverständlichkeit. Auch dieses Jahr gibt es signifikante Unterschiede beim Gehalt zwischen Mann und Frau. Ab dem 11. Oktober, dem EQUAL PAY DAY, arbeiten Frauen im Bundesschnitt bis zum Jahresende unentgeltlich.

Einkommensgleichheit: Ein langer Weg

In den 1950er Jahren wurde erstmals durch gleichwertige Kollektivverträge für beide Geschlechter eine Gleichrangigkeit gesichert. Um tatsächliche Gleichstellung in allen Branchen zu gewährleisten, dauerte es bis in die 1970er Jahre. Erst im Jahr 2011 novellierte man das Gleichbehandlungsgesetz, um das Ziel „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ durchzusetzen. Aktuelle Daten von Eurostat zeigen, dass Österreich in Europa mit 23% auf Platz 2 der größten Lohnunterschiede zwischen Mann und Frau liegt, nur Estland ist mit 30% schlechter. - Welche Ursachen gibt es für die Lohnschere? Woher kommen die Unterschiede in Europa? Und warum ist gleicher Lohn für gleiche Arbeit noch immer keine Selbstverständlichkeit?

Verschiedene Gründe werden in der Eurostat-Studie angeführt, etwa Unterschiede bei der Erwerbsteilung, den Berufen und Tätigkeiten von Männern bzw. Frauen, im Umfang der Teilzeittätigkeit von ArbeitnehmerInnen. Berücksichtigt man diese Punkte und rechnet noch die allgemeine und berufsspezifische (Aus-)Bildung heraus, so bleiben immer noch 13% Gehaltsunter-

schied bestehen. Diese sind „nur mehr“ auf eine geschlechterspezifische Diskriminierung zurückzuführen.

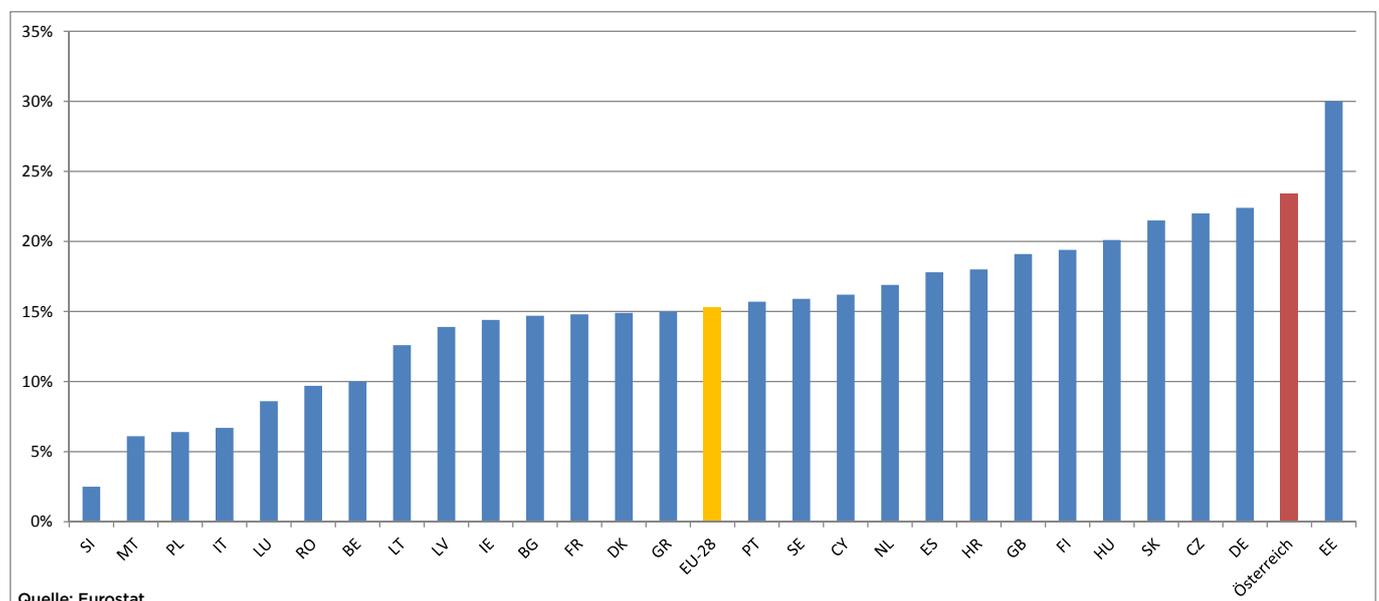
Weitere Punkte, um geschlechtsspezifische Verdienstunterschiede zu erklären, sind die Entscheidungen der Personalabteilungen im privaten und öffentlichen Sektor über die Karriereentwicklung oder unbezahlten Urlaub und/oder Mutterschaftsurlaub. Aufgrund verwehrter Möglichkeiten arbeiten deswegen viele Frauen Teilzeit oder haben atypische Arbeitsverträge. Dadurch verbleiben sie zwar im Arbeitsmarkt, aber tragen auch den Großteil der Kinderbetreuung und „Care“-Arbeit. Das wirkt sich negativ auf ihre Vergütung, berufliche Entwicklung, Beförderungsaussichten und Pensionsansprüche aus.

Einkommensgleichheit: Wo stehen wir jetzt?

Um Gehaltsunterschiede und Vorurteile zu analysieren, hat sich ein australisches ForscherInnenteam in der Studie „Do Women Ask? - Women don't like to negotiate“ mit typischen Vorurteilen auseinandergesetzt wie „Frauen fragen in Wirklichkeit nicht um eine Lohnerhöhung“ und „Der Grund warum Frauen nicht fragen ist, weil ihnen mehr an der Qualität der Beziehungen am Arbeitsplatz liegt als Männern.“

Dazu wurden Frauen und Männer detailliert über ihre Motive, ihr Verhalten und zu ihren Erfahrungen und Geschichten aus dem Arbeitsleben befragt. In unterschiedlichen Gesprächsrunden

Gender Pay Gap in den EU-28 Staaten



den wurde herausgearbeitet, wie und warum Männer und Frauen agieren. Arbeiter und Arbeiterinnen aus der jeweils gleichen Branche und im gleichen Beruf wurden in Gruppengesprächen befragt. Ziel war es herauszufinden, ob folgende oft vorgebrachte Vorurteile, in der Realität auch einen Einfluss auf die unterschiedliche Entlohnung haben:

- Frauen seien zu schüchtern, um im Lohn-Wettbewerb ihre Interessen durchzusetzen.
- Für Frauen und ihre Berufsaussichten ist es von Nachteil, wenn sie zu ambitioniert auftreten.

“Not asking or Not getting?”

Jedoch zeigen die Studienergebnisse klar, dass Frauen nicht weniger verhandeln als Männer. Auch wenn es darum geht, wie oft nach einer Gehaltserhöhung gefragt wird, gibt es keinen Unterschied zwischen Männern und Frauen. Die Realität sieht also anders aus als die Vorurteile meinen lassen. Frauen haben keine Angst davor, die Beziehung zum Chef wegen einer Lohnnachfrage zu riskieren. Im Gegenteil, es sind häufiger die Männer die befürchten, dass für sie ein Lohngespräch zum Karrierehindernis werden könnte.

Die Studie zeigt, dass schlussendlich die ArbeitgeberInnen entscheiden, ob jemand eine Lohnerhöhung bekommt. Sie sind es, die den Arbeitnehmerinnen eine Gehaltserhöhung verwehren. Aufgrund der Aussagen der befragten Personen, ist das Hindernis für Lohnerhöhungen bei Frauen keine betriebswirtschaftliche Entscheidung der ArbeitgeberInnen, sondern einfach ein Ausdruck von Geschlechterdiskriminierung.

Die Motive für diese Diskriminierung wurden nicht erfragt. Deutlich wird: Frauen fragen nach höheren Löhnen, jedoch bekommen sie einfach nicht mehr - ein weiterer Beleg dafür, dass Diskriminierung am Arbeitsmarkt existiert. Spannend ist, dass Unterschiede in den Antworten je nach Alter der Frauen und Männer auffällig sind. Die Antworten der Jüngeren ließen darauf schließen, dass für sie gleicher Lohn für gleiche Arbeit weitestgehend eine Selbstverständlichkeit ist. Diese andere Einstellung deutet daraufhin, dass sich ihr Verhalten, wenn sie einmal über Löhne anderer entscheiden, verändern könnte.

Was notwendig wäre

Um die Lohndiskriminierung aufgrund des Geschlechts zu schmälern, ist Bewusstseinsbildung bei jüngeren Generationen essentiell. Ein erster Schritt ist getan, da im Bildungswesen eine geschlechtergerechte Sprache schon in einigen Bereichen verpflichtend ist. Das ist bei Weitem nicht alles, um beide Geschlechter am Arbeitsmarkt gleich zustellen. Derzeit erledigen Frauen den Großteil der Hausarbeit, der Kindererziehung und der Pflege der Angehörigen.

Es gilt in Bereichen wo mehrheitlich Frauen arbeiten die Löhne zu erhöhen. Das betrifft die Bewertung der Löhne in Pflege- und Sozialberufen, oder die finanzielle Unterstützung für Menschen die Care Arbeit im familiären Umfeld erledigen.

In Fragen der Gleichstellung würde uns auch die Verankerung von Väterkarenz bzw. Papamonat in den Kollektivverträgen wei-

terbringen. Gerade weil dann auch Männern die Chance hätten sich stärker in der Kinderbetreuung einzubringen. Dies sorgt auch für zusätzliche Lebensqualität, da viele Väter angeben, dass sie gerne mehr Zeit mit ihrem Nachwuchs verbringen würden und das ArbeitgeberInnen oft nicht zulassen. Gerechte Verteilung der Haushalts- und Familienarbeit erleichtert es Frauen und Männern Vollzeitarbeit mit familiären Aufgaben zu vereinbaren. Dies sind Grundsteine der Gleichberechtigung, die notwendig sind um Chancengleichheit zu garantieren.

Männer erklären gerne die Welt

Die strukturelle Ausgrenzung von Frauen in der Jobwelt, insbesondere in Meetings und Besprechungen, beschränkt sich nicht nur auf die Privatwirtschaft. Gerade im öffentlichen Sektor ist es nach wie vor für Frauen schwierig sich gegen ihre männlichen Kollegen zu behaupten.

Ein konkretes Beispiel liefert hier die Obama-Administration: Am Anfang Obamas erster Amtszeit 2009 fühlten sich weibliche Kabinetts- und Ausschussmitglieder gegenüber männlichen Mitgliedern stark benachteiligt. Dies äußerte sich besonders in Besprechungen und Staff-Meetings, wo weibliche Stimmen konsequent ignoriert oder nicht ernst genommen wurden. Bezeichnet wird das Phänomen als ‚Mansplaining‘, was frei übersetzt ‚Männererklären‘ bedeutet. Gemeint ist, dass männliche Kollegen oder Gesprächspartner Frauen, auch wenn diese Expertinnen in ihrem Fach sind, ignorieren oder nicht ernst nehmen.

Um dem entgegenzuwirken, vereinbarten die Frauen im Team Obama, wenn eine von ihnen eine Idee vorbringt, sie darin zu bestärken oder das Gesagte zu wiederholen um sich gegenüber den Männern Gehör zu verschaffen. Mit Erfolg: Die Männer begannen die Ideen der Frauen wahrzunehmen und mitzudiskutieren. Allmählich war es Gang und Gäbe, dass im Team gemeinsam gearbeitet wurde. Das neue Arbeitsklima blieb auch Barack Obama nicht verborgen und er begann immer mehr weibliche Beraterinnen einzustellen. Mittlerweile stieg der Anteil der im Weißen Haus beschäftigten Frauen auf 50 %.

Dieser Fall zeigt ein offensichtliches Problem: den meisten Männern fällt nicht einmal auf, dass sie Frauen systematisch unterbrechen, nicht ernst nehmen oder ihre Meinung ignorieren. Ziel muss es also sein, dass auch Männer ihr Verhalten reflektieren.

Wie multinationale Konzerne die Allgemeinheit prellen

Die Europäische Kommission schätzt, dass multinationale Konzerne rund 30% geringere Ertragssteuern zahlen als Klein- und Mittelbetriebe (KMUs). Die regelmäßigen Berichte über Gewinnverschiebung und Steueroptimierung lassen viele Menschen zweifeln, ob die großen Unternehmen ihren gerechten Anteil leisten, gerade dann wenn in Zeiten knapper Budgets vielerorts gespart wird.

Doch: Wie verschieben die Konzerne ihre Gewinne? Wie hoch sind die Steuerausfälle für den Staat? Und: Was kann dagegen unternommen werden?

Hohe Kosten für die Allgemeinheit

Die EU-Kommission schätzt den Steuerausfall der EU-Staaten durch Gewinnverschiebungen von Konzernen auf 50 bis 70 Mrd. Euro im Jahr. Für Österreich wären das 1,2 bis 1,6 Mrd. Euro. Exakte Rechnungen gibt es bislang nicht, weil die dafür notwendigen Daten nicht verfügbar sind, doch die vorhandenen Zahlen lassen Rückschlüsse zu.

Die Gewinnverschiebung zu schätzen ist einfach: Wie hoch wäre der Gewinn der Unternehmen in Österreich, wenn das Verhältnis von Gewinn und Umsatz dem des Gesamtkonzerns entsprechen würde? Und entspricht dieser theoretische Gewinn dem tatsächlich deklarierten? Ausgewählt wurden acht bekannte US-Konzerne. Datengrundlage sind öffentlich zugängliche Informationen aus dem Firmenbuch und aus Statistik-Portalen wie finanzen.at und statista.com.

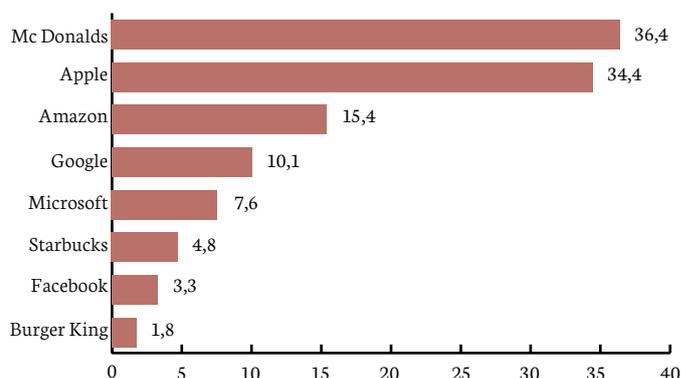
In der Analyse wird schnell klar, dass die tatsächlich deklarierten Gewinne deutlich unter den theoretischen Gewinnen liegen. Wenn man von der realistischen Annahme ausgeht, dass die acht in der Grafik gezeigten Unternehmen im Schnitt in Österreich gleich rentabel sind wie in den anderen Ländern, in denen sie aktiv sind, dann wären das 113,77 Mio. Euro Gewinn und damit rund 30 Mio. Euro mehr Körperschaftssteuer für das Jahr 2015.

Wie verschieben die Konzerne ihre Gewinne?

Der klassische Fall der Gewinnverschiebung funktioniert über konzerninterne Verrechnungspreise. Die Umsätze werden zwar in Österreich gemacht, die Gewinne aber mittels überhöhter Zahlungen z.B. für Warenlieferungen oder die Nutzung von Markenrechten geschmälert bzw. verschoben. So arbeiten Microsoft oder

Starbucks. Bei McDonalds und Burger King verlassen die Gewinne über Franchisegebühren das Land - bei McDonalds betrifft das 80% aller Filialen, bei Burger King sogar 100%.

Jährlich aus Österreich verschobene Gewinne in Millionen Euro



Gewinnverschiebungen von 113,77 Mio. Euro führen zu einem Entgang von 30 Mio. Euro Körperschaftssteuer im Jahr.

Einen anderen Weg gehen Google, Apple, Facebook und Amazon. Sie haben ihre Vertriebsstruktur so aufgesetzt, dass sie in Österreich keine Umsätze und folglich auch keine Gewinne machen. Google und Apple betreiben nur Marketing-Töchter in Österreich, die außer Vertreterprovisionen, die sie von der Europa-Zentrale erhalten, keinen Umsatz erwirtschaften. Das eigentliche Geschäft, also wenn z.B. Saturn 10.000 iPhones bestellt, wird mit der jeweiligen Europa-Zentrale abgeschlossen. Im Fall von Apple wäre das Irland.

Facebook und Amazon betreiben überhaupt keine Niederlassung bzw. Betriebsstätte in Österreich. Facebook verkauft Online-Werbung von Irland aus, Amazon Waren aller Art ausgehend von Luxemburg, das Warenlager für die in Österreich vertriebenen Produkte ist in Deutschland. Beide Unternehmen haben eine nennenswerte wirtschaftliche Präsenz in Österreich, aber keine Betriebsstätte an der die Finanz Umsätze und Gewinne, und damit die Steuer festmachen könnte.

Dennoch würde niemand bestreiten, dass diese Unternehmen in Österreich Gewinne erwirtschaften. Nur erfasst das österreich-

ische Körperschaftssteuerrecht die Gewinne nicht, weil sie nicht mit einer Niederlassung bzw. Betriebsstätte hierzulande verrechnet werden können. Mit Hilfe dieser Vertriebsstrukturen weichen internationale Konzerne der Steuer in Österreich aus.

Wie kann man Konzerne effektiv besteuern?

Zur Minimierung der Steuervermeidung von internationalen Konzernen hat die OECD einen Maßnahmenkatalog (BEPS, 15 Aktionspunkte) ausgearbeitet. Im Europäischen Rat wurde dieser Maßnahmenkatalog in seinen wesentlichen Eckpunkten als Richtlinie beschlossen, die die Mitgliedsländer bis Ende 2018 umzusetzen haben.

Aus österreichischer Sicht ist die Neudefinition des Begriffs der Niederlassung bzw. Betriebsstätte besonders wichtig – denn ohne Betriebsstätte keine Steuerpflicht. Eine Betriebsstätte laut OECD ist eine feste Geschäftseinrichtung oder Anlage, die dem Betrieb eines Unternehmens dient, der dann die Umsätze und Gewinne im jeweiligen Land zugerechnet werden können. Nicht darunter fallen Tochterunternehmen, die nur Marketing betreiben und am Vertragsabschluss nicht direkt beteiligt sind, oder sogenannte „Hilfsbetriebsstätten“ wie z.B. Schauräume oder Auslieferungslager. Das soll sich ändern. Künftig sollen Umsätze und Gewinne auch einer Marketing-Tochter (wie z.B. Google Österreich) oder einer Hilfsbetriebsstätte (wie z.B. Amazons Auslieferungslager in Deutschland) zugerechnet werden können. Dazu ist ein multilaterales Abkommen in Vorbereitung. Einige Mitgliedsländer sind schon vorgeprescht und haben mit einer weiten Auslegung des Begriffs der Betriebsstätte „Deals“ über Steuernachzahlungen mit Großkonzernen abgeschlossen, so z.B. Italien mit Apple oder Großbritannien mit Google.

Das multilaterale Abkommen wird aber nicht alle Probleme lösen. Dem Vernehmen nach sollen „digitale Betriebsstätten“ nicht erfasst sein. D.h., Amazon oder Facebook, die in Österreich keine physische Präsenz haben, sondern nur als digitale Betriebsstätte bestehen, bleiben weiterhin unbesteuert. Die OECD schlägt vor, auch digitale Betriebsstätten in den Betriebsstättenbegriff aufzunehmen. Obwohl der OECD-Vorschlag noch einige technische Fragen unbeantwortet lässt (z.B. die Gewinnabgrenzung) erscheint er zentral für mehr Wettbewerbsgerechtigkeit zwischen dem konventionellen Handel und den großen Online-Plattformen wie Amazon oder Zalando.

Ergänzend dazu will die Europäische Kommission im Herbst einen Vorschlag zur Einführung einer sogenannten „Gemeinsamen Konsolidierten Körperschaftssteuer Bemessungsgrundlage“ (kurz GKKB) vorlegen. Dazu sollen alle in der EU erwirtschafteten Gewinne eines Konzerns zusammengezählt und nach Umsatz, Kapitalstock und Beschäftigten auf die jeweiligen Mitgliedsländer aufgeteilt werden. Die Gewinne sollen dort besteuert werden, wo sie erwirtschaftet werden. An sich der richtige Ansatz problematisch ist aber, dass sich die EU bislang auf keinen Mindeststeuersatz einigen konnte. So wird von einigen ExpertInnen befürchtet, dass eine GKKB ohne Mindeststeuersatz zu einer Intensivierung des Steuerwettbewerbs und weiter sinkenden Körperschaftssteuersätzen führen wird.

Ein anderer offener Punkt ist das „Country by Country Reporting“. Es verpflichtet Konzerne mit einem Umsatz von mehr als 750 Mio. Euro ihre Umsätze, Gewinne und Steuern für alle Länder in denen sie aktiv sind getrennt auszuweisen. Dadurch werden Gewinnverschiebungen transparenter und schneller sichtbar. Bislang sollen diese Berichte aber nur gegenüber den Finanzverwaltungen veröffentlicht werden müssen, nicht aber gegenüber der breiten Öffentlichkeit. Ein Ausschluss der Zivilgesellschaft wäre aber gerade im Lichte von Lux Leaks und Panama Papers fatal.

Mit anderen Worten, die Diskussion um die Steuervorteile von multinationalen Konzernen wird noch weitergehen. Klar ist: Ein gerechtes Steuersystem kann nur durch ein breites Bündnis aus internationalen Organisationen, Regierungen und Zivilgesellschaft erkämpft werden.

No to Tax Havens

Steueroasen (Offshore-Zentren, „jurisdictions“) sind Staaten oder kleinere Einheiten, in denen ausländische InvestorInnen (multinationale Unternehmen, vermögende Privatpersonen) niedrige oder gar keine Steuern zahlen müssen. In der „City of London“ etwa, einem kleinen Stadtteil der englischen Metropole, gelten völlig andere Steuergesetze als im restlichen Land.

Unterstütze die Kampagne gegen Steueroasen:
<https://www.nototaxhavens.eu/>



ZUM WEITERLESEN

Hintergründe zur Berechnung:
<http://www.jbi.or.at/konzernsteuerberechnung>

Information der OECD zu Base Erosion and Profit Shifting (BEPS):
https://de.wikipedia.org/wiki/Base_Erosion_and_Profit_Shifting

Country by Country Reporting:
https://de.wikipedia.org/wiki/Unitary_Taxation

Wie Europa noch zu retten ist:

Nur ein ganzheitlicher Blick auf den Wirtschaftskreislauf bringt langfristig Erfolg.

Weder Europa noch Österreich finden derzeit Wege um die weiter anhaltend hohe Arbeitslosigkeit effektiv zu senken. Um Lösungen für dieses brennende Problem zu entwickeln, müssen die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge diskutiert werden. Es geht um staatliche Investitionen, Beschäftigungsprogramme sowie Umverteilung als Alternativen zum derzeitigen Stillstand. Die Zeit drängt, um wichtige Schritte gegen den drohenden Zerfall der Europäischen Union und den spürbaren Aufstieg von autoritären Bewegungen zu setzen.

Ohne Defizite keine Ersparnisse, ohne Schulden keine Guthaben

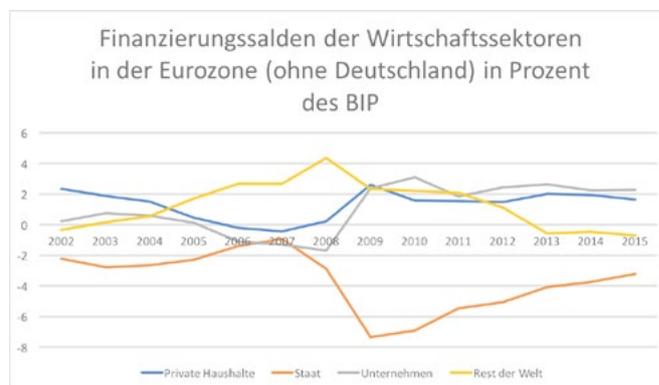
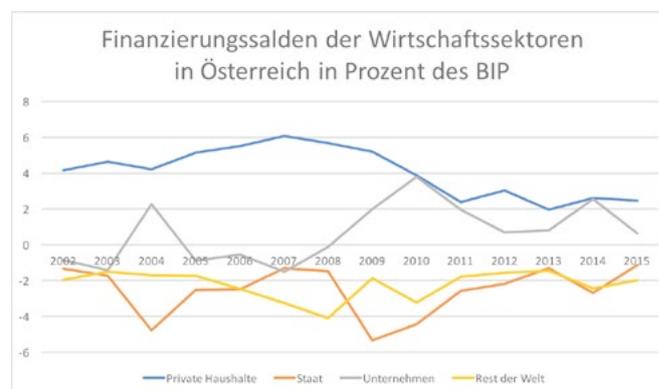
Eine Marktwirtschaft ist ein Geldkreislauf. Die Ausgaben der einen sind immer die Einkommen der anderen. Private Haushalte, Unternehmen, der Staat und das Ausland tragen zum Geldkreislauf bei. Unternehmen zahlen etwa Gehälter an Haushalte und diese kaufen von den Unternehmen Produkte und Dienstleistungen. Dabei bleibt aber nicht das ganze Geld im Umlauf, denn zum Beispiel sparen die privaten Haushalte jeden Monat Teile ihres Einkommens. Das ist nichts Ungewöhnliches, jedoch fehlt jeder Euro der nicht ausgegeben wird im Wirtschaftskreislauf. In Summe führt das wiederum zu einem geringeren Einkommen der gesamten Volkswirtschaft. Um die Gesamtnachfrage konstant zu halten und den Haushalten das Sparen zu ermöglichen, muss sich daher zumindest ein anderer Sektor (Unternehmen, Staat, Ausland) verschulden - das heißt mehr ausgeben als er eingenommen hat. Problematisch wird es, wenn alle Sektoren versuchen gleichzeitig zu sparen bzw. ihre Ersparnisse zu erhöhen. Dieser Fall führt in die Rezession und zu höherer Arbeitslosigkeit da nun insgesamt weniger Einkommen im Wirtschaftskreislauf zirkuliert. Die Schulden der einen sind schlussendlich immer die Guthaben der anderen - ohne Schulden gibt es keine Vermögen.

Die Situation in Österreich und Europa

Da die privaten Haushalte oft sparen, braucht es entweder ein Defizit der Unternehmen oder ein staatliches Defizit, um den Wirtschaftskreislauf in Schwung zu halten. Die Schulden des Auslands sollten dagegen eine geringe Rolle spielen, das heißt über die Zeit hinweg sollten sich die Leistungsbilanzüberschüsse und Defizite eines Landes ungefähr ausgleichen. Aktuell zögern sowohl in Österreich als auch in Europa die Unternehmen bei Investitionen und sparen selbst größere Teile ihrer Einkommen. Während Österreich die Ersparnisse des privaten Sektors zu einem größeren Teil durch eine Verschuldung des Auslands (z.B. Länder der Eurozone, USA) ausgleicht, spielt für die Eurozone (mit Ausnahme von Deutschland) das Ausland (die Nicht-Eurozonen Länder)

nur eine geringe Rolle. Es ist also der Staat der seit vielen Jahren durch anhaltende Budgetdefizite die Volkswirtschaften in Europa stabilisiert. Dies ist auch in Österreich der Fall. Da die anderen Sektoren entweder sparen oder sich zu wenig verschulden hat der Staat keine andere Wahl als sich weiter zu verschulden, wenn er eine tiefe Rezession vermeiden will. Jedoch zeigt die weiter hohe Arbeitslosigkeit, dass der Staat noch zu wenig unternimmt, um die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu stärken und die Arbeitslosigkeit weiter zu senken. Ein wichtiger Grund dafür sind die seit der Eurokrise weiter verschärften Fiskalregeln der EU, welche die Verschuldungsmöglichkeiten der Staaten stark einschränken.

Sektorale Bilanzen Österreichs und der Eurozone ohne Deutschland



Quelle: Eurostat

Positive Werte bedeuten Ersparnisse (Einkommen sind größer als Ausgaben) des jeweiligen Sektors während negative Werte eine Verschuldung (Ausgaben sind größer als Einkommen) des jeweiligen Sektors anzeigen. Die Summe aller Guthaben und Defizite in einer Periode betragen immer Null.

Seit der Krise sparen neben den privaten Haushalte auch die Unternehmen, während sich der Staat und das Ausland verschulden. Um Europa aus der Stagnation zu holen sollte der Staat mehr in die Wirtschaft investieren und Einkommen umverteilen.

Wege aus der Krise

Diese Analyse zeigt, dass ein wichtiger Grund für die aktuelle Krise die (steigenden) Ersparnisse des privaten Sektors sind, die sich negativ auf die Nachfrage der gesamten Volkswirtschaft auswirken. Auf den Export und damit auf die Verschuldung des Auslands zu setzen ist jedoch keine nachhaltige Option. Die Euro-Krise wurde nicht zuletzt durch die Leistungsbilanzüberschüsse von Ländern wie Deutschland und Österreich und die korrespondierenden Defizite der südlichen Euro-Länder mitverursacht.

Will Europa die derzeit hohe Arbeitslosigkeit senken ist eine verstärkte Intervention des Staates daher die bessere Option. Da die langfristigen Zinsen für neue Staatsschulden niedrig und die Auslastung der Produktionskapazitäten äußerst gering sind, die Arbeitslosigkeit hoch und die Deflationsgefahr real ist, bietet sich zudem ein günstiges Klima für ein verstärktes Eingreifen des Staates. Die Kosten des Nicht-Handelns (Arbeitslosigkeit, Armut, Obdachlosigkeit, ...) überwiegen die des Handelns (Zinszahlungen) jedenfalls um ein Vielfaches.

Konkrete Vorschläge

Wie kann ein Lösungsweg für Österreich und die Eurozone in der aktuellen Krise aussehen? Es braucht staatliche Investitionen zum Beispiel in den Ausbau und die Sanierung von Straßen- und Brücken. Über 2550 Brückenabschnitte (das sind 3,8 Millionen Quadratmeter) müssten allein in Deutschland dringend repariert werden. Aber auch soziale (öffentliche Verkehrsmittel, sozialer Wohnbau, Kindergärten, ...) und digitale Infrastruktur (High-Speed Internet, ...) sollte vom Staat ausgebaut werden. Ökologische Investitionen (erneuerbare Energien, energieeffiziente Gebäude, ...) sind ebenfalls dringend notwendig. Durch sinnvoll ausgestaltete und fair bezahlte öffentliche Beschäftigungsprogramme kann der Staat einen Großteil seiner Investitionen verwirklichen und gleichzeitig den derzeit 16 bis 20 Millionen arbeitslosen Menschen eine neue Perspektive bieten. Da Länder wie Österreich, Deutschland und die Niederlande auch durch ihre (hohen) Leistungsbilanzüberschüsse den größten Spielraum haben, sollten diese hier vorangehen. Dies nimmt den Druck von den durch Sparpolitik geschwächten Volkswirtschaften Südeuropas, und stärkt auch die Inlandsnachfrage in den Ländern mit permanent hohen Leistungsbilanzüberschüssen. Somit werden europäische Ungleichgewichte abgebaut. Das Ziel muss sein nicht nur die Wirtschaft kurzfristig anzukurbeln, sondern langfristig das Wohlbefinden der gesamten Gesellschaft zu steigern.

Ein weiterer Zugang ist die verstärkte Umverteilung von Einkommen, sowohl von Profiten zu Löhnen als auch von höheren zu niedrigeren Lohnneinkommen. Eine Erhöhung der Lohnquote führt aufgrund der höheren Konsumquoten der ArbeitnehmerInnen im Gegensatz zu KapitaleinkommensbezieherInnen zu einer stärkeren Gesamtnachfrage in der Eurozone. Denselben Effekt hätte auch eine Umverteilung zugunsten von niedrigen Einkommen innerhalb der Lohnneinkommen, da Menschen mit niedrigen Einkommen weniger sparen als Menschen mit hohen Einkommen. Auch gesamtwirtschaftlich gesehen macht es daher Sinn, niedrigere Einkommen stärker anzuheben. Mögliche Maßnahmen dafür sind etwa eine Erhöhung der Minimum- bzw. Kollektivvertragslöhne oder eine Verkürzung der Arbeitszeit.

Wie ist eine neue europäische Wirtschaftspolitik möglich?

Die Analyse zeigt klare Wege für Österreich und die Eurozone um aus der Krise zu kommen. Ohne staatliche Intervention wird es schwer gehen. Aber ausgeglichene Staatshaushalte sind im politischen Alltag immer noch das Maß der Dinge und in den europäischen Budgetregeln fest verankert. Einflussreiche PolitikerInnen wie der deutsche Finanzminister pochen seit Jahren auf die Notwendigkeit eines ausgeglichenen Staatshaushalts und haben die derzeitige Krise damit wesentlich mitverursacht. Doch die schwarze Null ist in Zeiten erhöhter Sparbemühungen des privaten Sektors und des Auslands keine gute Idee und führt nur zu einem weiteren Einbruch der Wirtschaft und steigender Arbeitslosigkeit. Auch der IWF, die OECD und die europäische Kommission haben dies mittlerweile erkannt und fordern eine Ausweitung öffentlicher Investitionen, insbesondere von Ländern wie Deutschland. Das Beispiel Japan hat bereits gezeigt, dass voreilige staatliche Sparbemühungen eine sogenannte Bilanzrezession (eine Rezession die durch erhöhte Ersparnisse des privaten Sektors verursacht wird und in der eine Niedrigzinspolitik allein nahezu wirkungslos ist) über viele Jahre hinweg hinauszögern.

Klar ist, Budgetdefizite sind zu keiner Zeit etwas Gutes oder Schlechtes. Es kommt bei öffentlichen Defiziten darauf an, welche Auswirkungen sie auf das Gesamtwohl der Gesellschaft haben. Überwiegt der Nutzen eines Defizits die Kosten, sind Staatsschulden sinnvoll und notwendig. Solange wir Schulden und Vermögen als etwas voneinander Getrenntes betrachten, können die Herausforderungen unserer Zeit nicht adäquat gemeistert werden. Es braucht daher ein grundlegendes Verständnis von gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen in jeder Gesellschaft. Die Frage, wie man Wirtschaft und ein gutes Leben für alle gestaltet, ist viel zu wichtig um sie allein den ÖkonomInnen zu überlassen. Die Ökonomin Joan Robinson stellte fest: „*Ökonomie sollte man nicht mit dem Ziel studieren, eine Reihe von fertigen Antworten auf ökonomische Fragen zu erlangen, sondern um zu lernen, wie man es vermeidet, von ÖkonomInnen getäuscht zu werden.*“



ZUM WEITERLESEN

Glötzl, F., Rezai, A. (2016): A sectoral net lending perspective on Europe - <http://bit.ly/2h14sHx>

Godin, A. (2012): Green Jobs for Full Employment: A Stock-Flow Consistent Analysis - <http://bit.ly/2hvQPZj>

Heimberger, P. (2016): Warum die Volkswirtschaften der Eurozone den USA und Großbritannien seit der Finanzkrise hinterherhinken - <http://bit.ly/2hLOWQt>

_KOMMENTARE & GASTBEITRÄGE

Marie Jahoda - Otto Bauer Institut

#Yolo statt #Tina – Vorschläge für bessere Vermögensverteilung

Verteilungsfragen müssen ins Zentrum der politischen Debatte rücken.

70 Prozent des österreichischen Vermögens sind in der Hand von 10 Prozent der Bevölkerung. Auf der anderen Seite verfügen die ärmsten 50 Prozent der ÖsterreicherInnen über gerade einmal vier Prozent des Gesamtvermögens. Österreich gilt als Land mit hohen sozialen Standards, dennoch werden auch hierzulande Arme immer ärmer und Reiche immer reicher. Aktuell sind 14,4% der österreichischen Bevölkerung (1,2 Millionen Menschen!) armutsgefährdet und 5% (420.000 Menschen!) manifest arm. Diese Zahlen stehen für einzelne Schicksale.

Menschen, die sich tagtäglich um ihre Existenz sorgen – nicht unachtsam mal den einen Euro mehr ausgeben, sich ab und an etwas gönnen, geschweige denn überraschende Ausgaben für Reparaturen tätigen können. Wir sprechen hier von alleinerziehenden Müttern, von Personen mit drei oder mehr Kindern, allein lebenden Pensionistinnen, MigrantInnen, Arbeitslosen und Working Poor. Wir sprechen von über 1,6 Millionen Menschen – von jeder/jedem 7. MitbürgerIn. Dem gegenüber stehen heute mehr als 78.000 MillionärInnen mit ständig wachsendem Vermögen.

Niemand arbeitet sich reich

Reichtum ist keine Folge von großer persönlicher Leistung, genauso wenig wie Armut durch individuelles Versagen ausgelöst wird. Die Umstände, in die Personen hineingeboren werden, spielen die entscheidende Rolle. Ein kleines Beispiel zeigt Haushalte aus dem ärmsten Fünftel erben mit einer Wahrscheinlichkeit von 9,6% im Mittel rund 14.000€. Im Gegensatz dazu erbt einer der reichsten Haushalte mit einer Wahrscheinlichkeit von 64,7% ein mittleres Vermögen von 240.000€. Deutlich wird: Reiche erben leichter und dann gleich eine ordentliche Summe. Hat man Glück, gibt es also ein sorgenfreies Leben in Wohlstand, das sich nie erarbeiten können – so viel zum Thema seines eigenen Glückes Schmied sein.

Der gerade vielzitierte Ökonom Thomas Piketty vergleicht diese Situation mit dem Europa des 19. Jahrhunderts – damals wie heute spielt die (väterliche) Erbschaft eine zentrale Rolle für die Lebensgestaltung und Möglichkeiten der Menschen.

Raus aus der Krise

Piketty weist in seinem Werk „Capital in the Twenty-First Century“ nach, dass die Kapitalrendite größer ist als das Wirtschaftswachstum. Dadurch manifestiert sich eine Umverteilung von Arbeitseinkommen zu Kapitalerträgen – Umverteilung von unten nach oben wird bzw. ist im Kapitalismus systemimmanent. In den Folgejahren der Nachkriegswirren gab es eine Zeit der sozialen Stabilität und der technologischen Innovationen. Dadurch öffnete sich seit Jahrhunderten erstmals ein Zeitfenster indem die Chance durch eigene Arbeitsleistung und nicht nur durch Erbschaften Wohlstand zu erreichen gegeben war. Das war einmal, wie ein Blick auf die österreichischen Zahlen zeigt. Auf dem Portal www.verteilung.at kann man diese Unterschiede nachvollziehen. In der Nachkriegszeit bis in die 70er Jahre ist der Einkommensanteil des reichsten Prozents um

7% gestiegen, der der ärmsten ist um 17% gesunken. Ab 1975 wurden die Unterschiede um ein vielfaches größer: bei den Ärmsten ist der Einkommensanteil um 58% gesunken, bei den Reichsten aber um 35% gestiegen.

YOLO statt TINA: „You only live once“ statt „there is no alternative“

Die Kapitalkonzentration steigt immer weiter und hemmt dabei das Wirtschaftswachstum. Mittlerweile ist sogar der IWF – wahrlich kein Hort für eine egalitäre Wirtschaftspolitik – der Meinung, dass die Ungleichverteilung mitverantwortlich für die Krise ist und diese sogar noch weiter verschärft. Die globale Krise ist also eine Krise der Verteilung. Der Status Quo, die unregulierten Finanzmärkte, die Spekulationen auf fiktive Konstrukte oder zynischen Wetten auf Nahrungsmittel bereichern nur jene, die in der wirtschaftlichen Nahrungskette bereits oben stehen. Wenn wir diese wettbewerbsfeindliche Monopolstellung der Superreichen nicht in den Griff bekommen, wird unsere Zukunft rostig statt rosig. Die vorherrschende Schiefelage in der Verteilung steigert gesellschaftliche Probleme – bei Armen wie bei Reichen. Ängste, Konkurrenzdruck, Stress, Gewalt, Krankheiten, Verbrechen und vieles mehr lähmen die freie Entfaltung der Einzelnen und damit das Potential am Fortschritt unserer Gesellschaft mitzuwirken. Der permanente Profitmaximierungswahnsinn beflügelt weder die Lebenserwartung, noch die Lebensqualität. Im Gegenteil, er ruiniert auf kurz oder lang ein glückliches Zusammenleben.

Stellschrauben drehen, Welt verbessern

Es gibt viele Stellschrauben, an denen wir drehen müssen um den Feudalismus des 21. Jahrhunderts zu überwinden. Verteilungsfragen müssen ins Zentrum der politischen Debatte rücken. Künftige Entscheidungen (ob lokal, europäisch oder global) müssen wir daran messen, ob sie gerechte Chance für alle Lebensentwürfe garantieren oder die vorhandenen Benachteiligungen weiter einzementieren. Da die ungleiche Verteilung bereits ein so großes Maß erreicht hat, helfen hier nur wirklich progressive Steuern die zumindest europaweit eingeführt werden. Warum Milliardenvermögen nicht mit 10% besteuern? Wer 10 Milliarden hat, wird auch mit 9 noch glücklich werden. Warum nicht neben einem Mindesteinkommen auch über ein Maximaleinkommen nachdenken? Niemand wird sich ernsthaft auf die Seite einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aus dem Mittelalter stellen, die dafür sorgt, dass wir in einem oligarchischen System leben. Denn die größte Profiteurin einer gerechten Verteilung ist die Gesellschaft selbst. Klar ist also, je gerechter Vermögen und Einkommen verteilt sind, umso glücklicher ist unsere Gesellschaft. Es bedarf also einer Trendumkehr. Gleichheit statt Ungleichheit, Glück statt Unglück, #YOLO statt #TINA. (Klaus Baumgartner)

Der „Vermögenssteuer-Unsinn“ ist Unsinn

Der Beitrag durch Steuern auf Kapital und Vermögen in Österreich liegt nach wie vor unter dem EU-Durchschnitt

Die Diskussion zur Besteuerung großer Vermögen verärgert einige der österreichischen MultimillionärInnen samt ihren Lobbys. Denn eine Allianz aus Industriellenvereinigung, Wirtschaftskammer, Raiffeisen usw. mobilisiert unter dem Deckmantel „Der Mittelstand“ gegen ein gerechteres Steuersystem“. Sehen wir uns also einmal die „Fakten“ und „die bittere Pille Wahrheit“ aus den Infomaterialien genauer an:

Die Lobby sagt: „Vermögenssteuern steigen stetig.“ Wir sagen: „Schön wär´s, aber seit 2000 sinken sie sogar!“

Tatsache ist, dass der Beitrag durch Steuern auf Kapital und Vermögen in Österreich nach wie vor unter dem EU-Durchschnitt liegt. Gemessen am gesamten Steueraufkommen machten die Steuern die sich aufs Vermögen beziehen im Jahr 2012 nur 2,2 Prozent aus. Im Jahr 2000 betrug dieser Anteil noch 2,6 Prozent. Es zeigt sich also, die Steuern sind gesunken – nicht wie behauptet gestiegen. Betrachten wir den Wert der Vermögenssteuern in Relation zum gesamten Bruttoinlandsprodukt, lag dieser Wert in den Jahren von 2000 bis 2012 nahezu konstant bei etwa einem Prozent. Verglichen mit anderen EU-Staaten liegt Österreich nur auf Platz 24 von 28.

Die Lobby sagt: „Vermögenssteuern bringen wenig.“ Wir sagen: „Doch, mehrere Milliarden sogar!“

Eines ist klar: Jeder Beitrag der in Schulen, Krankenhäuser, öffentlichen Verkehr, Straßen, Beihilfen etc. investiert werden kann ist nützlich. Daher ist das Argument, es würde zu wenig bringen schon einmal grundlegend falsch. Hinzu kommt, dass jedes öffentlich diskutierte Modell der Millionärsabgabe mehr als eine Milliarde Euro bringt. Jene, die also mehr als das 50-fache ihrer MitarbeiterInnen verdienen, könnten so zu einer Lohnsteuersenkung beitragen.

Die Lobby sagt: „Einkommensteuern treffen den Mittelstand ins Herz“. Wir sagen: „Geht gar nicht, gibt ja weder Mittelstand noch Mittelschicht.“

Ein Blick in die Daten zur Vermögensverteilung zeigt: Die Mittelschicht löst sich auf. Fast zwei Drittel der Bevölkerung verfügen über weniger als ein Zehntel des Gesamtvermögens. Im reichsten Prozent besitzt jeder Haushalt durchschnittlich ein Nettovermögen von 12,7 Millionen Euro. Das ist in Summe deutlich mehr als 90% der Bevölkerung zusammen. Die Konzentration des Vermögens in den Händen weniger hat die Mittelschicht längst aufgelöst. In den „unteren“ 89% der Bevölkerung liegt auch das höchste Durchschnittsvermögen noch unter 500.000 €. Bei den Betrieben sieht es nicht anders aus: 90% der Unternehmen sind Kleinunternehmen, haben nur bis zu neun Beschäftigte und bilden trotzdem einen Großteil (7 von 10) der österreichischen Lehrlinge aus.

Die Lobby für MultimillionärInnen sagt: „Einkommensteuern zerstören Arbeitsplätze“ Wir sagen: „Im Gegenteil. Die Vermögenskonzentration tut das.“

Für Investoren und InvestorInnen ist eine hohe Rendite das Ziel. Die verstärkte Investition in spekulative Finanzprodukte geht aber zu Lasten der Realwirtschaft und zerstört massiv Arbeitsplätze. Gerade in der Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 wurde das deutlich. Diese Situation verschärft sich noch weiter durch die Konkurrenz auf den Finanzmärkten. Rationalisierungen, Optimierungen und Effizienzsteigerungen sind die Folge – was im Klartext oft zu Einsparungen im Personalbereich führt. Klar ist also, die Vermögenskonzentration kostet Arbeitsplätze. Die Mehreinnahmen durch eine Steuer auf Millionen- und Milliardenvermögen kann so durch den Staat wieder direkt in die Bevölkerung investiert werden – das schafft Arbeitsplätze im Gegensatz zu giftigen Finanzprodukten und Steuerbetrug.

Ein Bild sagt mehr als 1000 Worte

Auch die Sujets der Kampagne sollen Angst machen. Angst davor, durch eine Millionärssteuer plötzlich ohne Hof, ohne Wohnung, ohne Haus und ohne Erspartes auf der Straße zu landen. Eine Millionärssteuer aber trifft niemals die vielzitierten „Hausbauer“ oder SparerInnen. Denn dazu müsste ihr Haus, ihre Wohnung oder ihr Hof mehr Wert sein als zehn Porsche 911 oder 16 Mercedes M-Klasse. Und selbst da kommt nicht einfach das Finanzamt vorbei und schneidet jährlich ein Stück aus dem Haus bis nichts mehr übrig ist – das ist Angstmache auf dem Rücken jener, die es sich nicht so einfach richten können wie die Superreichen.

1.762.000 € statt 1.769.000 €

Bleibt noch das angeführte Beispiel der Tischlerei. Ohne genauer auf das Zustandekommen der behaupteten Zahlen in den verbreiteten Materialien eingehen zu wollen schauen wir uns an, wie sich in dem von der „Kampagne“ angeführten Beispiel eine Millionärssteuer auswirkt. Der Tischler besitzt ein Firmenvermögen von 1.769.000 €. Bei einem Freibetrag (wie er in fast allen bekannten österreichischen Modellen vorkommt) von einer Million Euro sind in diesem Fall 769.000 € von einer Millionärssteuer betroffen. Bei einer Besteuerung von 1% bedeutet das also, der Tischler hat statt 1.769.000 € „nur“ mehr rund 1.762.000 € zur Verfügung. Existenzminimum sieht anders aus, oder? Auch hier wird wieder nur Panik verbreitet ohne sich mit den vorhandenen Modellen und Zahlen auseinander zu setzen. Verteilungsgerechtigkeit sagt der Hausverstand Die Debatte um die Vermögenssteuer geht jetzt in die entscheidende Phase und den GegnerInnen scheinbar die Argumente aus. Es bleibt zu hoffen, dass ein wenig Vernunft einkehrt, schließlich geht es um die Lebensqualität in Österreich. Denn klar ist, in Gesellschaften in denen Vermögen und Einkommen gerechter verteilt sind, leben die glücklicheren Menschen mit größeren Chancen. (Klaus Baumgartner, Dominik Jobst)

Februarkämpfe: Gedenken bedeutet, künftig richtig zu handeln

Weder in den 1920er-Jahren in Österreich noch heute in Griechenland bewirkten Maßnahmen des Völkerbundes oder der Troika eine Entspannung der Situation.

Heute, am 12. Februar, jährt sich der Ausbruch des Bürgerkriegs in Österreich. Die Erste Republik war geprägt von politischen Spannungen und sozialer Not, die junge Demokratie nicht von allen anerkannt. Am 12. Februar wird jener Menschen gedacht, die sich 1934 dem Aufstieg des Faschismus - als erste in Europa - zur Wehr setzten. Jener, die ihre Überzeugung über ihr eigenes Schicksal stellten und ihr Leben ließen.

Doch dieses Gedenken ist nur ehrlich und glaubwürdig, wenn wir uns auch kritisch mit der Gegenwart auseinandersetzen und den Mut haben, Parallelen aufzuzeigen und anzusprechen. Kein Februarkämpfer und keine Februarkämpferin darf ein „Opfer verlorener Zeiten“ sein. Es gilt aber nicht nur den 12. Februar als Beginn des Bürgerkrieges zu betrachten, entscheidend ist auch zu hinterfragen, wie es dazu kommen konnte, dass Menschen mit der Waffe in der Hand versuchten, die Demokratie zu verteidigen.

Austerität in den 1920ern

Österreich war nach dem Ersten Weltkrieg gespalten in der jungen Demokratie, stimmten Konservative doch vor allem aus Angst vor einem Aufstand der Arbeiterinnen und Arbeiter für eine demokratische Republik. Als 1920 die Christlichsozialen die Wahlen gewannen und die Wirtschaftskrise Österreich traf, sagten sie den sozialen Errungenschaften den Kampf an. Davon war vor allem die arbeitende Bevölkerung betroffen. Die stetig sinkenden Löhne sowie der Abbau vieler Sozialleistungen wie etwa reduzierte Arbeitslosenunterstützung bremsten die Nachfrage und verstärkten so die Rezession.

Geschuldet waren diese Maßnahmen auch der Austeritätspolitik des Völkerbundes. Österreich wurden im Zuge der Völkerbundanleihen rigide Sparmaßnahmen aufgezwungen, die eine weitere Verschärfung der wirtschaftlichen und sozialen Krise mit sich brachten. Die Umsetzung dieser Politik wurde auch von Gesandten des Völkerbundes kontrolliert - fernab jeder demokratischen Legitimation.

Parallelen mit Griechenland heute

Das kommt einem bekannt vor? Stimmt, denn es gibt Parallelen zum Umgang mit Griechenland heute. Ähnlich wie Österreich damals wurde das Land gezwungen, seine finanzielle Gebarung unter Aufsicht der Troika zu stellen. Die finanzpolitische Souveränität ging somit verloren. Weder in Österreich in den 1920er-Jahren noch in Griechenland bewirkten die Maßnahmen des Völkerbundes beziehungsweise der Troika eine Entspannung der Situation. Im Gegenteil, sie bewirkten und bewirken einen Anstieg der Arbeitslosigkeit, einen Abbau der medizinischen Versorgung, eine Zunahme an unterernährten Menschen (vor allem Kindern) und eine

Vervielfachung der Selbstmorde aufgrund der schier ausweglosen Situation.

Antidemokratischer Nährboden

Diese politisch erzeugte Unsicherheit und Ungewissheit im Leben der Einzelnen sowie das Aushebeln demokratischer Strukturen sind jener Nährboden, auf dem die demokratie- und menschenfeindlichen Ideologien gedeihen und wachsen konnten. Heute haben wir die Chance, aus der Geschichte zu lernen. Wir müssen nicht mit der Waffe in der Hand die Demokratie gegen den Faschismus verteidigen - wir können das durch politische Maßnahmen schaffen. Wir müssen in Österreich, in Griechenland, in Europa für jene Stabilität sorgen, damit diese Ideen nie wieder Fuß fassen können. Dazu braucht es ein Mehr an Demokratie, ein Mehr an sozialstaatlicher Absicherung, ein Mehr an Arbeitsplätzen und eine klare Ansage gegen die einseitige Kürzungs- und Sparpolitik.

Rezept für eine solidarische Gesellschaft

Klar ist, das Gedenken an den Februar 1934 dient auch zur Orientierung in der Gegenwart. Denn eine offene und gerechte Gesellschaft, in der wir in Freiheit von Furcht und Not leben, ist das beste Rezept für eine solidarische Gesellschaft, in der niemand mehr die Demokratie mit der Waffe verteidigen muss. (Klaus Baumgartner)



Equal Pay Day: Wie halten Sie es mit der Hausarbeit?

Gleichstellungspolitik geht uns alle an, denn Diskriminierung entsteht durch konkrete Handlungen Einzelner. Es gilt: Das Private ist politisch

62 Tage Arbeit ohne Entgelt - unvorstellbar? Leider nein. Denn für Österreichs Frauen ist dies traurige Realität. Bis 31. März - dem österreichischen Equal Pay Day - arbeiteten sie im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen ohne Gegenleistung.

Ergebnisse der letzten EU-weit durchgeführten Verdienststrukturerhebung zeigen: Vollzeitbeschäftigte Frauen verdienen in der Europäischen Union im Durchschnitt 16,4 Prozent weniger als vollzeitbeschäftigte Männer. Österreich liegt mit 23,4 Prozent am vorletzten Platz, nur von Estland unterboten. Wird der Lohnunterschied um strukturelle und vermeintlich geschlechtsunabhängige Faktoren wie Branche, Beruf, Alter, Beschäftigungsverhältnis oder Unternehmenszugehörigkeit bereinigt, bleibt immer noch eine nicht weiter begründbare Differenz von 14,9 Prozent.

Klischees wirken: Männer müssen die Familie ernähren

Zahlreiche Klischees und gesellschaftliche Strukturen wirken noch heute einer echten Gleichstellung entgegen. Von Kindheit an sehen sich Frauen mit ungleich verteilten Machtverhältnissen konfrontiert. Ein Blick auf die (Aus)Bildungswahlentscheidung junger Frauen und Männer lässt unzweifelhaft erkennen, dass Österreichs Bildungssystem stark von Geschlechterstereotypen geprägt ist. (Bildungs-)Bereiche, die nach traditionellen gesellschaftlichen Vorstellungen Frauen zugeschrieben werden, werden nach wie vor auch häufig von diesen besucht. So sind 90 Prozent der Schülerinnen und Schüler einer wirtschaftsberuflich orientierten BHS weiblich, der Frauenanteil an technisch gewerblichen höheren Schulen beträgt hingegen nur 27 Prozent.

Nicht nur der Bildungsweg sondern auch die Berufswahl von Burschen und Mädchen ist in hohem Ausmaß von Rollenzuschreibungen geprägt. Dabei zeigt sich, dass die mehrheitlich weiblichen Berufe deutlich schlechter bezahlt sind. Unter den vier am besten bezahlten Lehrberufen finden sich drei mit einem Frauenanteil von nur rund 5 Prozent. Am traurigen Ende der Einkommensskala stehen die Friseurinnen und Friseure mit einem Frauenanteil von 97 Prozent.

Hausarbeit ist Frauensache

Das festgefahrene Klischee, dass Haushaltstätigkeiten Frauensache sind, hat konkrete Folgen. Knapp 70 Prozent der Frauen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) in Österreich waren 2014 erwerbstätig. Zusätzlich verwenden diese Frauen im Schnitt aber noch 27 Stunden für Haushalts- und Betreuungsarbeit. Kein Wunder also, dass österreichweit nur rund die Hälfte der erwerbstätigen Frauen über eine Vollzeitstelle verfügt. Teilzeit zu arbeiten stellt vielfach die (einzige) Möglichkeit dar, Familie und Beruf zu vereinbaren. Diese Mehrfachbelastung bringt Frauen zunehmend unter Druck und hat neben gesundheitlichen Folgen auch starke Auswirkungen auf den Karriereverlauf sowie die soziale und finanzielle Absicherung.

Die Bildungslücke

Noch nie waren Frauen so gut ausgebildet wie heute. Bereits jede zweite Schülerin maturiert, während die Maturantenquote nur 34 Prozent beträgt. Auch bei den Universitätsabschlüssen zeigt sich ein ähnliches Bild. Mehr als die Hälfte der Frauen schließt ein Bachelor- (59,3 Prozent) oder Diplomstudium (64 Prozent) ab. Diese bessere Bildung spiegelt sich aber nur unzureichend in der Arbeitswelt wider. Denn 22 Prozent aller männlichen, aber nur 7 Prozent aller weiblichen Hochschulabsolventinnen sind in einer Führungsposition.

Ein enttäuschendes Bild zeigt auch eine Analyse des Frauenanteils in den Entscheidungsgremien der Top-200-Unternehmen Österreichs. In den Geschäftsführungen liegt der Anteil an weiblichen EntscheidungsträgerInnen mit 5,6 Prozent konstant auf niedrigem Niveau. In absoluten Zahlen ausgedrückt, sind nur 34 von 606 leitenden Positionen mit Frauen besetzt. Traditionell höher, aber dennoch sehr niedrig ist der Frauenanteil in den Aufsichtsräten. Er stieg seit 2005 von 7,6 Prozent auf 13,9 Prozent im Jahr 2014. Im europäischen Vergleich zählt Österreich mit einer Frauenquote von 13 Prozent in den obersten Leitungsorganen - wie auch bei der Entgeltdiskriminierung - zu den Schlusslichtern. Der europäische Schnitt liegt bei 18 Prozent.

Ärmel hoch!

So deprimierend diese Zahlen auch sein mögen, sie geben einen klaren Handlungsauftrag. Gleichstellungspolitik geht uns alle an, denn Diskriminierung entsteht nicht irgendwo im luftleeren Zwischenraum, sondern durch konkrete Handlungen einzelner Menschen. Das beginnt im Privaten, wo wir oft nicht nachdenken, wer denn mehrheitlich Pflege oder Erziehungsarbeiten übernimmt und endet auch dort, wo wir Verantwortung für andere tragen. Sei es bei der Entlohnungs- und Einstellungspolitik im Unternehmen oder wenn es gilt, Führungspositionen nachzubetzen. In diesen Momenten kann man sich bewusst für die Gleichstellung von Frauen entscheiden.

Hier sind wir alle gefragt, einen Teil zur Gleichstellung beizutragen und nicht die Verantwortung an eine andere Ebene weiter zu delegieren. Diese individuelle Ebene ist das Eine, an der anderen Seite muss die Politik ansetzen - und zwar dort, wo gesellschaftliche Rahmenbedingungen strukturell zu Ungerechtigkeiten führen. Das beginnt beim Ausbau und der Bereitstellung von Kinderbetreuungseinrichtungen und geht bis zu verpflichtenden Quoten in Unternehmen. Hier anzusetzen, mehrt das Gesamtwohl in der Gesellschaft. Denn Frauen strukturell zu benachteiligen, heißt 52 Prozent der Bevölkerung zu benachteiligen. Schlussendlich beginnt Gleichberechtigung mit unserem sensibilisierten oder unsensibilisierten Handeln. Wer will, dass der Equal Pay Day künftig der 1. Jänner ist, muss bei sich selbst und in seinem/ihrem Umfeld beginnen. Nach wie vor gilt die Losung: Das Private ist politisch. (Sarah Ortner)

Von engen Gürteln und vollen Booten

In dieser schwierigen Zeit stehen das gemeinsame Europa und die europäischen Werte auf dem Prüfstand

Die letzten Tage, Wochen und Monate machen eines klar: Viele Menschen setzen große Hoffnungen auf Europa, wenn sie sich aus Kriegsgebieten und Gegenden voller Armut und ohne Zukunft auf den Weg hierher machen. Diese Hoffnungen zu erfüllen ist ein Bedürfnis vieler Menschen hier, das belegen die zahlreichen helfenden Hände an Bahnsteigen, Grenzübergängen und in anderen Einrichtungen.

Um diese Hoffnungen erfüllen zu können und in absehbarer Zeit die Notwendigkeit der Flucht obsolet zu machen, bedarf es einer grundlegenden Neuausrichtung in dem Verständnis, wie unser Zusammenleben funktionieren soll. Dass dieser Politikwandel keine Selbstverständlichkeit ist, zeigt sich an der schwierigen politischen Auseinandersetzung zwischen den EU-Staaten um die Neuausrichtung der Flüchtlingspolitik genauso wie an den Ressentiments, die bei Teilen der europäischen Bevölkerung die Einstellung zu flüchtenden Menschen bestimmen.

Verunsicherung und Angst

Die Austeritätspolitik der vergangenen Jahre hat in Europa ein Klima der Angst geschaffen. Sie hat die Krise verlängert und verschärft. Austerität bedeutet für viele Menschen in Europa steigende Armut, horrende Arbeitslosigkeit eine schrumpfende Wirtschaft und den Abbau von sozialen Sicherungssystemen. Während für große Teile der Bevölkerung die Unsicherheit also zunimmt, sieht es bei der Spitze der Vermögenden anders aus: Hier nimmt der Reichtum stärker als je zuvor zu. Europa wurde in den Jahren der Krise zur Region mit den meisten Milliardärinnen und Milliardären weltweit. Diese Ungleichheit in der Vermögensverteilung ist kein unumstößliches Naturgesetz, sondern das Ergebnis ebenjener fehlgeleiteten Wirtschaftspolitik. Diese Entwicklung ist keine gute Grundlage für eine transnationale Solidarität, die heute dringend nötig wäre.

Klar ist, das Mantra der Alternativlosigkeit, der engen Gürtel und der schlanken Staaten ist im Europa des 21. Jahrhunderts unweigerlich mit dem Mythos der „vollen Boote“ verbunden. Dahinter steckt eine Ideologie, wo das Hemd näher ist als der Rock und wo nicht mehr Menschen mit ihren Bedürfnissen zählen, sondern nackte Zahlen und Kosten die Budgets belasten. Austeritätspolitik sagt, die „Kosten“ müssen reduziert werden – Schicksale von Menschen hin oder her. Zur Not wird auch dauerhafte Armut in europäischen Ländern oder das massenhafte Sterben an den EU-Außengrenzen in Kauf genommen.

Die Perspektive

Gerade in dieser schwierigen Zeit stehen das gemeinsame Europa und die europäischen Werte auf dem Prüfstand. Es gilt heute umso mehr, jene Sicherheit schaffen, in der bereits hier lebende Menschen und unsere künftigen Nachbarinnen und Nachbarn eine Perspektive auf ein gutes Leben haben. Um diese Herausforderungen meistern zu können, braucht es jetzt viel mehr Geld für Schulen, soziale Einrichtungen und dafür, Arbeitsplätze zu schaffen, anstatt die Wirtschaft und das soziale Gefüge noch weiter kaputtzusparen. Nur dann werden wir in Europa gut aus der Krise

kommen und Schutzsuchenden eine gute Zukunft bieten können. Für ein weltoffenes und menschenfreundliches Europa als weltweites Vorbild für Lebensqualität und Demokratie.

Klar ist aber auch, dass es finanzieller Unterstützung für die Befriedung und den Wiederaufbau der lokalen Infrastruktur in den Kriegs- und Krisengebieten bedarf, um in absehbarer Zeit Menschen wieder in ihren Herkunftsregionen eine gute Zukunft zu ermöglichen.

All das ist machbar, es hängt vom politischen Willen und der Machtverteilung in den europäischen Institutionen und Nationalstaaten ab. Es wird Zeit, die neoliberale Spardoktrin zu durchbrechen und als gemeinsames Europa voranzugehen. Denn dann kann endlich jene Sicherheit geschaffen werden, nach der sich viele Menschen sehnen: ein gutes Leben in Freiheit – ohne Angst und Not und mit der Perspektive auf eine gute Zukunft für die nachfolgenden Generationen. *(Georg Hubmann, Klaus Baumgartner)*

Zeig mir deine Eltern, und ich sage dir deine Bildung

Wie Österreichs Schulsystem den Schülern Möglichkeiten verbaut und ihre Talente ungenutzt lässt

Kamil ist zehn Jahre alt. Seine Eltern sind vor mehr als zwanzig Jahren nach Österreich gezogen, haben die Pflichtschule nachgeholt. Kamil ist das, was viele einen guten Schüler nennen. Auch Alexandra schreibt regelmäßig gute Noten. Die Familie – der Vater ist Altenfachbetreuer, die Mutter arbeitet für eine Baufirma – lebt auf dem Land. Kamil und Alexandra werden beide keine höhere Schule besuchen. Sie werden beide wohl nicht studieren.

Wie kann man das jetzt schon abschätzen, wo sie doch gerade erst zehn sind? Es liegt am heimischen Schulsystem, in dem nach wie vor Wohnort, Geschlecht, Bildung der Eltern und die Alltagssprache über den Bildungsweg entscheiden. Bildung wird vererbt. Je höher der Bildungsstand der Eltern, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit eines hohen Bildungsabschlusses (Matura oder Universität) der Kinder. Das ist der Vorteil von Friedrich. Seine Eltern sind Akademiker und wohnen am Stadtrand. Er besucht das Gymnasium, wenn es wo zwickt, zahlen seine Eltern die Nachhilfe.

Soziale Ungleichgewichte

Selten ist die Statistik so eindeutig wie im Schulbereich. 69 Prozent der Volksschüler, deren Eltern mindestens einen Maturaabschluss haben, wechseln in eine AHS-Unterstufe. Hingegen besuchen nur 32 Prozent der Schüler, deren Eltern maximal einen Lehrabschluss aufweisen, die AHS-Unterstufe. Beim Übergang in die Sekundarstufe II (Oberstufe) verschärft sich dieser Effekt ein weiteres Mal. In der AHS-Oberstufe sind nur ein Viertel der Kinder von Eltern mit Lehrabschluss, bei den anderen drei Vierteln haben die Eltern zumindest auch selbst maturiert.

Auch die soziale Zusammensetzung der Schüler an einer Schule hat beträchtlichen Einfluss auf die Schullaufbahn. Denn der Bedarf an Fördermaßnahmen ist in sozialen Brennpunktschulen stärker als in Schulen, deren Schüler aus höher gebildeten Familien kommen. An Schulen in sozioökonomisch benachteiligter Umgebung ist es daher für gleich begabte Kinder schwieriger, die gleichen Leistungen zu erzielen. Das Schulsystem schafft es derzeit nicht, vorhandene Ungleichheiten auszugleichen. Das liegt nicht an den Lehrern, sondern am System, das diese Unterschiede nicht berücksichtigt und keine individuelle Förderung zulässt.

Verschränkter Unterricht

Die verschränkte Ganztagschule ist die optimale Schulform, um die Talente der Schulkinder bestmöglich zu fördern. Unterrichts-, Lern- und Freizeitphasen wechseln mehrmals im Laufe eines Tages ab, Hausübungen und Schularbeitsvorbereitungen werden unter professioneller pädagogischer Aufsicht erledigt. Auch den modernen Familienmodellen und geänderten gesellschaftlichen Herausforderungen wie Sprachförderung und soziales Lernen kann besser Rechnung getragen werden. Außerdem bleibt Zeit für die individuelle Förderung der Kinder.

Sozial schlechtergestellte Kinder besuchen derzeit meist Schulen in so-

zioökonomisch prekärer Umgebung, was zu doppelter Benachteiligung führt. Einerseits werden ihre individuell schlechteren Startbedingungen in der Schule nicht kompensiert. Andererseits führen Schulen mit schwierigeren Rahmenbedingungen zusätzlich zu schlechteren Lernerfolgen unabhängig von der Begabung. Nur mit verstärkter (individueller) Förderung und Betreuung der Kinder kann ein langfristiger Ausgleich der unterschiedlichen Startvoraussetzungen geschaffen werden. Dafür brauchen „Brennpunktschulen“ aber auch mehr finanzielle Mittel, um gezielt Fördermaßnahmen durchführen zu können.

Chance für alle

Der Rahmen einer ganztägigen Schule, die bedarfsgerecht finanziert wird, ist die Gesamtschule. Die Idee der gemeinsamen Schule beruht auf der Überzeugung, dass es für keinen Jugendlichen zumutbar ist, mit zehn Jahren über den gesamten restlichen Lebensweg zu entscheiden. Diese frühe Form der Selektion ist europaweit nahezu einzigartig und verstärkt soziale Ungleichheiten. Diese Gesamtschule ist eine Chance für alle – für Kamil, Alexandra und Friedrich. Denn jedes Kind hat unterschiedliche Stärken und Schwächen, die es in den Klassenverband einbringen kann und von denen andere Kinder wiederum profitieren.

Die Diskussion über die Umstellung des sozial selektiven Schulsystems hin zu einer sozial gerechten Schule ist so alt wie das System selbst. Schon zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts sprach sich der große österreichische Schulreformer Otto Glöckel gegen die „Monopolisierung der Bildung“ für die Eliten und für eine „Einheitsschule“ aus. Bis heute maßgeblich gegen diese zentralen und notwendigen Reformen stellen sich die ÖVP und die von ihr dominierte Lehrgewerkschaft. (*Klaus Baumgartner, Sarah Ortner*)



Pensionistinnen und Pensionisten sind leistungsfähig

Statt einer „Jung-gegen-alt“-Diskussion brauchen wir Maßnahmen, die mehr Menschen zu guten Löhnen in Beschäftigung bringen

Den Marktfundamentalisten ist die öffentliche, solidarische Pensionsvorsorge ein Dorn im Auge. Seit der Einführung des Umlageverfahrens 1909 versuchen sie immer wieder, die private Pensionsvorsorge zu Lasten der Allgemeinheit durchzusetzen. Auch heuer brechen sie wieder eine nicht notwendige „Jung-gegen-alt“-Diskussion vom Zaun. Argumentiert wird mit einer nahezu asketischen Moral, der ein lustvolles Leben suspekt ist. Besser wäre es aber, Konzepte und Maßnahmen zu liefern, die genügend Arbeitsplätze für alle schaffen und Löhne beinhalten, von denen ein gutes Leben möglich ist.

Dass Forderungen nach einer privaten Pensionsvorsorge immer noch so viel Raum erhalten, überrascht. Sowohl die Fakten als auch der gesunde Menschenverstand sprechen dagegen. Laut einer Umfrage des „Versicherungs-Journals“ könnten Österreicherinnen und Österreicher etwa 196 Euro pro Monat in ihre private Pensionsvorsorge investieren. Notwendig wären aber 500 Euro, die man 45 Jahre lang Monat für Monat einzahlen müsste, um in den Genuss einer Nettopension von 1000 Euro zu gelangen. Erstens kann sich neben den Fixkosten wie Miete und Lebensmittel kaum jemand 500 Euro nebenher über so einen langen Zeitraum leisten. Zweitens haben nur wenige so lange und durchgehende Erwerbsbiografien: im Schnitt kommen Männer auf 35 und Frauen auf 30 Arbeitsjahre. Die Veranlagung am Kapitalmarkt birgt zusätzlich auch ein hohes Risiko. Wurden bei der Einführung der privaten Zusatzpension noch Renditen um sieben Prozent angekündigt, sind es in der Realität 0,1 Prozent oder sogar negative Werte.

Vermeintliche Kostenexplosion

Finanzminister Hans Jörg Schelling rechnet mit einer jährlichen Steigerung der Pensionskosten um 4,2 Prozent und für das Jahr 2016 mit Ausgaben von 14 Milliarden Euro. Das abgerechnete Bundesbudget 2015 zeigt jedoch: Die öffentlichen Ausgaben für die Pensionen sind gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 216,3 Millionen Euro gesunken. Auch für das Jahr 2016 rechnet die Pensionskommission, im Gegensatz zum Finanzminister, mit Ausgaben in der Höhe von nur 10,7 Milliarden Euro. Neben der vermeintlichen Kostenexplosion des Pensionssystems wird auch das Antrittsalter in den Fokus der Pensionsdebatte gerückt. So argumentierte Schelling Ende Jänner: „1971 waren die Österreicher im Schnitt acht Jahre in Pension, 2011 schon 22 Jahre. [...] Wenn wir nichts tun, werden meine Enkel 30 Jahre in Pension sein.“ Auch diese Behauptung ist schnell widerlegt. Denn ein Blick auf die Daten zeigt, dass im Zeitraum von 1970 bis 2011 die Pensionsbezugsdauer bei Frauen nur um knapp acht Jahre und bei Männern um 6,7 Jahre stieg. Als Anpassung an die steigende Lebenserwartung gab es bereits Änderungen bei der Invaliditätspension und die Abschaffung der Hackler-Regelung. Für 2017 ist die Einführung des Bonus-Malus-Systems für ältere Beschäftigte geplant. Es soll Betriebe dazu bringen, ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer länger im Betrieb zu behalten. Das Regierungsziel, das faktische Pensionsantrittsalter anzuheben, ist schon heute erreicht, obwohl es erst für 2018 vorgesehen war. Auch hier zeigt sich: Es ist besser, die Fakten zu kennen als unnötig Panik zu verbreiten.

Achtung, Prognose!

Gerne wird in der Pensionsdebatte mit Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung oder Arbeitsmarktentwicklung in den nächsten 30, 40, 50 Jahren argumentiert. Doch diese Berechnungen sind oftmals sehr vage und verstellen so den Blick auf die eigentlichen Probleme. Im Umlageverfahren ist entscheidend, ob alle, die Arbeit finden wollen, auch Arbeit finden können und somit in unser Sozialsystem einzahlen. Darum: Besser nicht gleich alle Weltuntergangsprophetieungen glauben, denn bereits 1959 war sich die ÖVP sicher, dass unser Sozialstaat jeden Moment zusammenbricht. So titelte ihre Parteizeitung am 29. März 1959: „Sozialstaat in der Sackgasse. Wer zahlt morgen die Rente?“ Und wie wir alle wissen, ist dieser Untergang nie eingetreten.

Menschen in Beschäftigung bringen

Die aktuell größte Baustelle unseres Pensionssystems beginnt viel früher als der Pensionsantritt: Nämlich im Erwerbsleben und den Zugängen zum Arbeitsmarkt. Für die Finanzierung der Pensionen ist entscheidend, wie viele Erwerbstätige ins System einzahlen können und wie viele ältere Menschen anspruchsberechtigt sind. Es wäre zu einfach gedacht, dass das Pensionsantrittsalter bei einer steigenden Altenquote genauso erhöht werden muss. Relevant ist, wie viele der potentiellen Beitragszahlerinnen und Beitragszahler auch wirklich beschäftigt sind. In einer Zeit der steigenden Arbeitslosigkeit und großen Lücken in der Erwerbsbiografie sollten sich Finanz- und Wirtschaftsminister eher darum sorgen machen, als neidisch auf ihre Enkel zu blicken, weil diese statistisch gesehen länger leben werden. Wir müssen mehr Menschen zu guten Löhnen in Beschäftigung bringen. Das ist nur gerecht, denn die Produktivität ist seit 2000 um 18 Prozentpunkte gestiegen, die Löhne aber nur halb so stark. Zu Sicherung des Pensionssystems stellt sich also auch die soziale Frage: Wie ist der Wohlstand einer Gesellschaft verteilt?

Vorbild Schweden?

Von wirtschaftsliberaler Seite gefordert, zeigen sich beim schwedischen Modell einige Schwächen. Es beruht darauf, dass im Laufe des Erwerbslebens auf Beitragskonten einbezahlt wird. Bei Pensionsantritt werden die Auszahlungen im Falle einer steigenden Restlebenserwartung reduziert. Im Vergleich zu Österreich haben Pensionistinnen und Pensionisten letztendlich weniger. Während österreichische Pensionistinnen und Pensionisten 76,6 Prozent ihres Durchschnittsverdienstes an Pensionszahlungen kriegen, bekommen schwedische nur 55,6 Prozent. Gerade die nächsten Generationen wären bei Einführung dieses Modells von drastischen Pensionskürzungen betroffen. Wer trotz der bekannten und eindeutigen Faktenlage Stimmung gegen das Pensionssystem macht, führt aber etwas anderes im Schilde: den sozialen Frieden zu gefährden, in dem Enkelkinder gegen Großeltern ausgespielt werden. Denn wer sagt, wir können uns die Pensionen nicht mehr leisten, meint eigentlich, wir können uns die Pensionistinnen und Pensionisten nicht mehr leisten. Das ist Ausdruck eines Menschenbilds, das noch nie zukunftsfit war und besser am Schrottplatz der schlechten Ideen abgegeben werden sollte.

(Julia Freidl, Klaus Baumgartner)

Revolution im Herzen des Neoliberalismus?

Ein Text dreier Ökonomen lässt zwar nicht auf einen Wandel, aber dennoch auf einen breiteren wirtschaftspolitischen Diskurs innerhalb des IWF schließen

Der Internationale Währungsfond (IWF) verursachte vor kurzem große Aufregung, als er einen kritischen Text zur neoliberalen Wirtschaftspolitik mit dem Titel „Neoliberalism: Oversold?“ veröffentlichte. Das Erscheinen dieses Beitrags ist ein Zeichen für einen breiteren wirtschaftspolitischen Diskurs innerhalb des IWF, dessen Politik schon lange auf Kritik stößt. Stellungnahmen wie diese bieten Anstöße und gute Argumente für eine dringend notwendige Diskussion über die wirtschaftspolitischen Ziele unserer Gesellschaft.

Drei Ökonomen, Jonathan D. Ostry, Prakash Loungani und Davide Furceri, schreiben, dass die Nachteile der neoliberalen Agenda des Sparens oft unterschätzt wurden. Sie kommen zu drei Schlussfolgerungen: Erstens zeigen sie auf, dass der Zusammenhang zwischen Handelsliberalisierung und Wirtschaftswachstum schwer beweisbar ist. Dabei merken sie kritisch an, dass sehr wohl das häufige Vorkommen von Krisen klar mit der Handelsliberalisierung zusammenhängt. Dies führt zu ihrem zweiten Argument, dem zufolge diese sich wiederholenden Boom-Bust-Zyklen zu höherer Ungleichheit führen, die wiederum nachhaltig das Wirtschaftswachstum schädigt. Drittens stellen sie fest, dass die Kürzungs- und Sparpolitik als Ausweg aus wirtschaftlichen Krisenzeiten und hohen Staatsschulden zu wenig hinterfragt worden ist. In manchen Fällen wären mit kontinuierlichem Wirtschaftswachstum langsam abgebaute Schulden besser als schnelle Kürzungsprogramme. Denn diese verschlechtern oft die Wirtschaftslage und die soziale Situation durch schwachen wirtschaftlichen Output sowie dem Ansteigen von Arbeitslosigkeit und Ungleichheit dramatisch.

Evolution statt Revolution

Diese IWF-Publikation ist eine bedeutende Kritik an uneingeschränktem Freihandel und Austeritätspolitik. Auch wenn viele Wissenschaftler, Politiker und Aktivisten die Schattenseiten dieser Politik schon lange aufgezeigt haben, war eine solche Klarheit vom IWF bisher nicht zu erwarten. Kritische Stimmen haben aber schon länger mehr Einfluss im IWF bekommen, besonders seit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise. Der IWF World Economic Outlook von 2012, in dem der damalige Chefökonom Olivier Blanchard frühere Prognosen zum Wachstum unter der Austeritätspolitik nach unten korrigierte, galt als wichtiges Indiz für eine beginnende ideologische Öffnung des IWF. Diese kommt einerseits von Erkenntnissen aus früheren IWF Programmen und dem Schock der Krise sowie andererseits von neuem, offenerem Personal im IWF. Vereinzelt werden nun keynesianische Argumentationslinien mit der klassischen neoliberalen Orthodoxie des IWF verbunden, was nicht selten zu Widersprüchlichkeiten führt. Zuweilen äußert sich das in Empfehlungen von Investitionsprogrammen anstelle von Sparauflagen in Krisenzeiten.

Bedeutende Öffnung

Aufgrund der großen Macht des IWF in wirtschaftspolitischen Debatten ist eine solche Öffnung sehr bedeutend. Kritische Publikationen des IWF werden jedoch immer sehr vage und ambivalent formuliert, nach dem Motto „There is no oneway-fits-all“. Beispielhaft dafür war, dass eine Wo-

che nach dem Erscheinen des eingangs beschriebenen Beitrags der heutige Chefökonom Maurice Obstfeld betonte, dass die Kritik am Neoliberalismus überinterpretiert wurde und auf keinen Fall einen revolutionären Wandel darstelle. Er fügte hinzu, dass der IWF die Kernüberzeugung zu offenen Wettbewerbsmärkten, robusten makropolitischen Rahmenbedingungen, finanzieller Stabilität und starken Institutionen natürlich behalte. Voreilige Euphorie über einen bereits vollzogenen Sinneswandel beim IWF wurde damit getilgt. Die Öffnung des IWF hat sich schon in den vergangenen Kreditpaketen angedeutet. In den Verhandlungen der Troika zum Umgang mit von der Eurokrise besonders betroffenen Staaten, in denen der IWF mit EU-Kommission und Europäischer Zentralbank eine wichtige Rolle einnahm, war zu beobachten, dass der IWF oft etwas mildere Sparmaßnahmen einforderte. So hat er zum Beispiel immer wieder für einen Schuldenschnitt für Griechenland plädiert, sich aber damit nicht durchgesetzt. Die schlussendlich ausgehandelten Pakete hatten dann jedoch genau die verheerenden Auswirkungen auf Griechenland wie sie von den Autoren von „Neoliberalism: Oversold?“ kritisiert wurden, nämlich einen drastischen Anstieg von Armut und Ungleichheit.

Kein bahnbrechender Wandel

Die oft variierenden Positionen des IWF sind ein Indiz von inneren ideologischen Auseinandersetzungen. Sie hängen stark mit dem technischen Mandat und der Organisation des IWF zusammen, die den verhandelnden Bürokraten relativ viel Spielraum lässt. Dies ist auch einer der Gründe dafür, dass im Research-Department kritische Publikationen wie „Neoliberalism: Oversold?“ produziert werden können. Der realpolitische Einfluss dieser Publikationen ist jedoch schwer einzuschätzen und wie schon Chefökonom Obstfeld ermahnte: Es ist vorerst kein bahnbrechender Wandel beim IWF zu erwarten. Wer noch immer an neoliberale Kürzungspolitik als einen Weg aus der Krise glaubt, dem kann man nun mit Argumenten des IWF entgegenen. Damit werden kritische Stimmen sowohl inner- als auch außerhalb des IWF gestärkt. Der Artikel „Neoliberalism: Oversold?“ zeigt auch, dass der Einfluss der Kritik an Freihandel und Austeritätspolitik als Zukunftsprogramme deutlich gestiegen ist, weil die Kritik auch in den Arbeiten des IWF aufgegriffen und reproduziert wird. Das gibt gleichzeitig Hoffnung und gute Argumente für Gegner des Neoliberalismus. (Larissa Nanning)

Kehrtwende in Europa

Immer mehr EU-Spitzenpolitiker und Ökonomen sehen die Austeritätspolitik als gescheitert an.

Bundeskanzler Christian Kern hat mit seinem jüngsten Kommentar in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ einen Nerv der Zeit getroffen, beobachtet man die nationalen und internationalen Reaktionen. Was politische Mitbewerber oft als rein ideologisch abtun, ist in Wahrheit nichts anderes als die Sorge um die politische Stabilität und der Versuch, evidenzbasierte Politik zu betreiben. In seinen Argumenten stellt Kern das Wohlergehen der Menschen über die kurzfristige Erreichung von willkürlich gewählten ökonomischen Zielgrößen. Gerade weil sich die EU-Kommission und der IWF in den Griechenland-Programmen sehr auf eine strenge Umsetzung und Einhaltung dieser Regeln berufen haben, erhält Kerns Aufforderung das zu ändern, große Aufmerksamkeit.

Mit seinem Ruf nach einem Kurswechsel steht der Kanzler bei Weitem nicht alleine da. Denn sowohl Italiens sozialdemokratischer Regierungschef Matteo Renzi als auch der christlich-soziale EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker sehen die Austeritätspolitik als gescheitert an. Sie fordern in unterschiedlicher Ausprägung eine Abkehr von der neoliberalen Ideologie. Selbst prominente Akteure genau dieser Politik, wie der IWF, haben ihr Scheitern erkannt.

Die Idee der Austerität und ihre Versprechungen halten der Überprüfung in der Realität nicht Stand. Steigende Arbeitslosigkeit, wachsende Armut, eine weitere Öffnung der Schere zwischen Arm und Reich sowie eine stagnierende Wirtschaft und ein BIP unter dem Niveau vor der Krise sind die sichtbarsten Folgen. Alle diese Argumente sprechen für einen Paradigmenwechsel. Und ein solcher kommt nicht unvorbereitet.

Viele renommierte Ökonomen kritisieren die Sparpolitik in Europa. Gerade auch in den USA, die deutlich besser aus der Krise gekommen und beileibe kein sozialistischer Staat sind, wird der europäische Weg skeptisch gesehen. Auch US-Wissenschaftler wie der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph E. Stiglitz kritisieren die Eurozone und stellen den Fiskalpakt und die Maastrichtkriterien in Frage. Stiglitz sagt, diese Regeln sollten nicht den Stellenwert der Zehn Gebote vom Berg Sinai bekommen, und fordert damit die europäischen Finanzminister auf, die Scheuklappen abzulegen. Ein alternativer Weg zu den Defizitregeln, die Investition und Wachstum bremsen und damit die Krise weiter verschärfen, würde darin bestehen, die Arbeitslosigkeit in den Mittelpunkt zu rücken. Jene keynesianische Fiskalregel („High Employment Budget“) war bereits im Zuge des „New Deal“ von US-Präsident Franklin D. Roosevelt erfolgreich und würde auch heute den Regierungen neuen Spielraum ermöglichen, um Arbeitslosigkeit erfolgreich zu bekämpfen.

Dies anzuerkennen und eigene Fehler einzugestehen, fällt schwer, gerade wenn man große Hoffnung in die Kürzungsprogramme gesetzt hat. Kanzler Kern nimmt diese Fakten ernst und versucht auf politischer Ebene das anzustoßen, was viele Experten unlängst forderten. Ein Ende der Austeritätspolitik ist eine neue Zukunftsperspektive Europas, das sollte nicht mit ideologischer Halsstarrigkeit verwechselt werden. *(Georg Hubmann, Klaus Baumgartner)*



Die Revolution entlässt ihre Kinder

Austeritätspolitik ist ökonomisch gescheitert. Staatsschulden sind weder deutlich gesunken, noch ist das Wachstum wirklich gestiegen – und als Mittel zur Krisenbekämpfung hat sie katastrophale Folgen.

Die europäische wirtschaftspolitische Debatte hat auch die Innenpolitik erreicht. Während von IWF bis EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker ein sehr zartes Umdenken stattfindet, springen Finanzminister Hans Jörg Schelling und Co noch immer für die Austeritätspolitik in die Bresche.

Die Fakten sprechen eine ganz eindeutige Sprache. Die Austeritätspolitik ist ökonomisch gescheitert. Weder sind die Staatsschulden deutlich gesunken, noch ist das Wachstum wirklich gestiegen. Im Gegenteil. Der Einsatz der Kürzungspolitik zur Krisenbekämpfung hat katastrophale Folgen. Während 2008 noch jede fünfte Person in Europa von Armut bedroht war, war es 2013 schon jede vierte, das sind mehr als 120 Millionen Menschen. Migrantinnen und meist weibliche Alleinerziehende sind vom Anstieg am stärksten betroffen. Dieser wachsenden Armut steht rasant wachsender Reichtum gegenüber, die Zahl der Milliardäre und Millionäre ist gestiegen, und auch die Einkommensungleichheit ist gewachsen. Die Schere der Ungleichheit geht innerhalb Europas immer weiter auf, und das gefährdet den sozialen und politischen Zusammenhalt.

Negative Folgen

Die weitreichenden Folgen der Austeritätspolitik sind auf allen politischen Ebenen in der Politik spürbar. Hetze gegen Menschen auf der Flucht oder gegen die EU als Ganzes nehmen stark zu, mit dem Brexit wurde ein neues Ausmaß erreicht. Hoffnungslosigkeit und Zukunftsängste der Menschen bereiten den Boden für diesen Entsolidarisierungsprozess, der auch in Österreich an politischer Unterstützung gewonnen hat. Die Frustration der Menschen kann aber auch in neue Hoffnung umgewandelt werden, die progressive Politik ermöglicht. Dazu müssen Alternativen zur Austeritätspolitik aufgezeigt werden, um die Unterstützung für ein soziales Europa zu stärken. Schelling hält in seiner Argumentation an der Weiterführung des bisher von EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) verordneten Sparkurses in Europa fest. Er will weniger Staatsausgaben und so die Verschuldung der Staaten senken. Von diesen Maßnahmen erhofft er sich mehr Wachstum und Beschäftigung. Damit ist die konsequente Weiterführung der Regelsysteme von Fiskalpakt und Maastricht sowie der daraus abgeleiteten Reformen, die den vermeintlichen Krisenländern als Gegenleistung für Hilfskredite vorgeschrieben wurden, gemeint.

Wunder Punkt

Bundeskanzler Christian Kern hat mit seinem kürzlich in der „FAZ“ veröffentlichten Kommentar, in dem die Sinnhaftigkeit dieser Politik infrage gestellt wird, scheinbar einen Nerv getroffen. Denn die Reaktio-

nen etwa von Schelling fielen deutlich aus. Man versucht Kern und sein Umfeld in der Öffentlichkeit als ideologische Hardliner zu diffamieren. Doch dabei sind gerade sie es, die die Fakten ignorieren und dogmatisch an ihrer Weltsicht festhalten. Sie selbst kokettieren gern mit dem Bild von ausgefuchsten Fachleuten, die für unangenehme, aber notwendige Maßnahmen eintreten. Doch zum einen bleiben sie der Öffentlichkeit die überwältigenden Beweise für das Funktionieren der Austerität schuldig, und zum anderen rudern viele bisherige Akteure dieser Politik bereits wieder zurück. Vom IWF bis hin zu Juncker wird ein öffentliches Umdenken zelebriert. Wenn sich bisherige Akteure des Neoliberalismus jetzt von ihrer Denke abwenden, so ist das zwar noch keine Perestroika, aber die neoliberale Revolution der 70er- und 80er-Jahre entlässt doch langsam ihre Kinder. *(Georg Hubmann, Klaus Baumgartner)*



stopausterity.eu

_JAHRES- RÜCKBLICK

Marie Jahoda - Otto Bauer Institut



Weitsicht und Tatkraft

Unsere Erfolge 2015: Das Jahoda-Bauer Institut zieht Bilanz.

JBI Kennzahlen 2015

- „Wissen wird durch teilen mehr“ – Darum freuen wir uns, dass unsere Websites bisher 6957 Mal geteilt wurden.
- Das beliebteste Facebookposting hat über 85.000 Menschen erreicht – das unbeliebteste keine 150. Das beliebteste war übrigens zu einem feministischen Thema.
- 44229 BesucherInnen auf unseren Websites haben hier 42 Tage, 15 Stunden, 50 Minuten und 25 Sekunden verbracht. In der Zeit könnte man sich 53 Mal alle Harry Potter Filme hintereinander ansehen.
- Mit den Zeichen die wir für diesen Satz verwenden, haben wir mehr als 1 000 000 Zeichen geschrieben. Das war jetzt, gelogen. Wir haben diesen Satz noch gebraucht, jetzt haben wir die Million wirklich geschafft ;-)
- Diese Zahlen zeigen das Interesse an unserer Arbeit. Dafür und bei allen die mitgeholfen haben möchten wir uns 1883 Mal bedanken. Für jeden Tag den es uns mittlerweile gibt einmal.

Auch im vergangenen Jahr haben wir viel Neues gelernt und entwickelt bei unserer Vermittlungsarbeit zwischen Politik, der interessierten Öffentlichkeit und wissenschaftlicher Forschung. Dabei sind uns natürlich auch Fehler passiert, aber auf diesen Erfahrungen werden wir in Zukunft als neu gewonnenes Wissen aufbauen. Denn um in Zeiten sich überschlagender Medienberichterstattung mit wertbasierten politischen Vorschlägen Gehör zu finden und in gesellschaftlichen Debatten durchzudringen, ist nicht einfacher geworden. Wir sind stolz darauf, mit unserer

faktenbasierten Arbeit und mit den Werten Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität als Grundlage Erfolge feiern zu können. Von internationalen Kampagnen gegen die neoliberale Sparpolitik, über einen wichtigen Beitrag zur heimischen Bildungsdebatte bis hin zu regelmäßigen Perspektiven hatte das Jahr 2015 wieder einiges zu bieten.

StopAusterity-Kampagne

Eines der Highlights unserer Arbeit ist die europaweite #StopAusterity Kampagne. Ziel der Kampagne ist es, der neoliberalen Kürzungspolitik Alternativen gegenüberzustellen und kritische AkteurInnen in ganz Europa zu vernetzen. In mehr als 30 Städten in Europa gab es am von uns ausgerufenen #StopAusterity Tag (19. September) Aktionen gegen die neoliberalen Kürzungspolitik. Inhaltlich untermauert wurden diese europäische Bewegung mit den Webseiten www.diekriseverstehen.net & www.diekriseloesen.net. Mittlerweile ist daraus ein Netzwerk von Athen bis London entsandnen. Wir bleiben dran. Mehr dazu unter www.stopausterity.eu.

www.bildungsgerechtigkeit.jetzt

Selten ist die Statistik so eindeutig wie in der Schule: je höher der Bildungsstand der Eltern umso größer ist die Wahrscheinlichkeit eines Bildungsabschluss der Kinder. Umgekehrt ist das genauso. Das Webprojekt veranschaulicht diese Selektionsmechanismen. Diese in Österreich neue Darstellung der Bildungswege soll die Diskussion versachlichen und mithelfen endlich ein Schulsystem zu etablieren, das die Unterschiede in der Herkunft ausgleicht und somit die Stärken stärkt. Von Beiträgen in der Zeit in Bild bis zu Zeitungskomentaren ist das Projekt auf breite Resonanz gestoßen.

Buchprojekte und Publikationen

Bücher dienen zur Archivierung von Wissen, sind aber auch die Grundlage um Diskussionen voranzutreiben und Standpunkte zu schärfen. An folgenden Publikationen waren wir maßgeblich beteiligt:

- *Perspektiven* - monatlicher Policy Brief. Zweiseitige Zusammenfassung aktueller politischer und wissenschaftlicher Diskurse inklusive möglicher Handlungsanleitungen
- „Die Zukunft der Arbeit“ - gemeinsam mit dem BSA Oberösterreich
- „Die Zukunft Europas“ - gemeinsam mit dem BSA Oberösterreich
- „Mythen des Reichtums - Warum Ungleichheit unserer Gesellschaft gefährdet“ - gemeinsam mit attac, beigewum und der Armutskonferenz
- „So leben wir in Oberösterreich“ - Zusammenfassung und Aufbereitung der zentralen gesellschaftlichen Kennzahlen zu Oberösterreich
- *Perspektiven Gesamtausgabe* - Zusammenfassung aller Perspektiven

Newsletter

Bereits mehr als 10.000 AbonnentInnen umfasst unser Newsletter in dem wir monatlich auf unsere aktuellen Projekte und Perspektiven aufmerksam machen. Uns geht es dabei aber nicht nur um die einseitige Kontaktaufnahme, sondern um die direkte Kommunikation. Wir freuen uns daher immer über Anregungen, Kritik und natürlich auch Lob.

Medienarbeit

Wir stellen uns nicht nur Diskussionen, sondern versuchen auch in der Öffentlichkeit mit Gastbeiträgen in Zeitungen Themen zu setzen und Auseinandersetzungen voranzutreiben. Darüberhinaus waren wir auch Teil diverser Fernsehbeiträge, Radiobeiträge und vielem mehr.

Dialog von Wissenschaft und Politik

Um die eigenen Standpunkte zu schärfen und zu diskutieren sowie die Vernetzung mit anderen Institutionen und WissenschaftlerInnen voranzutreiben, haben wir verschiedene Konferenzen besucht und unsere Projekte und Beiträge präsentiert.

Analyse, Beratung und Konzeption

Auf Grundlage einer fundierten Problemanalyse arbeitet das Jahoda-Bauer Institut an zukunftsweisenden Lösungsstrategien in einer stetig komplexer werdenden Gesellschaft. Diese politischen Strategien bieten wir in der praktischen Beratung und Konzeptionierung für politische Projekte und inhaltliche Kampagnen an.

Onlineprojekte

Mit unseren Onlineprojekten ist es uns gelungen wichtige Argumente für die politische Auseinandersetzung zu bündeln. Die thematische Vielfalt geht von Gleichstellungsarbeit über Verteilungsgerechtigkeit bis hin zur Geschichte der Sozialdemokratie.

- www.gerechthebildung.jetzt
Die soziale Selektion unseres Schulsystems einfach und klar dargestellt.
- www.verteilung.at
Vermögen in Österreich ist ungerecht verteilt. Doch wie ungerecht genau?
- www.stopausterity.eu
Europäische Kampagne gegen den neoliberalen Sparzwang
- www.diekriseloesen.net
Wir stecken nun schon das 8. Jahr in der Krise - wie können wir sie lösen?
- www.diekriseverstehen.net
Wie kam es überhaupt zur vieldiskutierten Wirtschaftskrise?
- www.12februar1934.at
Landkarte mit Schauplätzen und Hintergrundinformationen zum Bürgerkrieg in Österreich.
- www.ronja-verdient-mehr.at
Ein Lebenslauf zeigt, wie und warum Frauen in Österreich nach wie vor benachteiligt werden.
- www.reichtumsmythen.at
Rund um das Thema Reichtum ranken sich viele Mythen - doch was stimmt, was stimmt nicht und welche Auswirkungen hat die Vermögensungleichheit auf unsere Gesellschaft?
- facebook.com/jahodabauerinstitut
Regelmäßige Updates und Infografiken rund um das Jahoda-Bauer-Institut und unsere Themen
- twitter.com/jahodabauer
Wir versuchen in aktuelle Debatten wertbasierte Argumente einzubringen.

Jahresrückblick 2016

Wie wollen wir unsere Zukunft gestalten? Welche Ideen setzen sich durch? Was wird gemeinhin als vernünftig angesehen? Diese Fragen stellen sich bei vielen Themen die in der Öffentlichkeit diskutiert werden.

Wir am Jahoda-Bauer Institut klären auf und beurteilen kritisch welche Daten und Fakten für Argumentationen herangezogen werden. Dabei zeigt sich auch schnell welche Werthaltungen damit verbunden sind.

Das machen wir transparent und liefern Konzepte und Argumente für eine Gesellschaft die sich an den Werten Freiheit, Gleichheit Gerechtigkeit und Solidarität orientiert.

In dieser Ausgabe der Perspektiven gibt es eine inhaltliche Rückschau auf die Themen, die wir im Jahoda Bauer Institut 2016 behandelt haben. Ein bunter Rückblick mit vielen Argumenten, Fakten und ein paar aussagekräftigen Bildern. Vielen Dank für Deine Unterstützung im vergangenen Jahr, wir freuen uns auf 2017, denn es wird viel Neues von uns geben ;)

Pensionsdiskussion

Die ersten Wochen 2016 waren geprägt von der Diskussion zu einer möglichen Reform des österreichischen Pensionssystems. Es galt der neoliberalen Erzählung, die in erster Line auf Entsolidarisierung durch halb- und unwahre Fakten setzte und seit bereits 60 Jahren Mythen („Morgen bricht das Pensionssystem zusammen“) verbreitet, mit Fakten und einer positiven Zukunftsvision entgegenzuwirken. In unseren Perspektiven, Zeitungskommentaren, Presseaussendungen und GIFs (Bildanimationen) haben wir daher die Frage in den Mittelpunkt gerückt, wie wir es schaffen mehr Menschen in gute bezahlte Stellen zu bringen und nicht den verdienten Ruhestand noch weiter raus zu zögern. Denn klar ist, die Herausforderung ist nicht, dass weniger Menschen in Pension gehen, sondern mehr Menschen in unser Sozialsystem einzahlen.

Also was sollen wir jetzt tun?



Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Privatleben



Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich



Investitionen in Aus- und Weiterbildung



Um komplexe Zusammenhänge einfach zu visualisieren haben wir in diesem Jahr auch zu allen Themen GIFs, also animierte Bilder, produziert.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Über 60 Tage Arbeit ohne Entgelt - unvorstellbar? Leider nein. Denn für Österreichs Frauen ist dies traurige Realität. Aber nicht nur im Bereich der Entlohnung sind Frauen nach wie vor strukturell diskriminiert. Um diese Zahlen auch mit Leben zu erfüllen und möglichst viele Menschen zu informieren, haben wir das Projekt „Ronja verdient mehr“ gestartet und weiter entwickelt.

Mit Zeitungskomentaren, LeserInnenbriefen, Blogbeiträgen, Workshops und vielem mehr versuchen wir an einer gleicheren Gesellschaft mitzuarbeiten.



Unser Webprojekt „Ronja verdient mehr“ wurde auch im Jahr 2016 upgedatet und ist nachwievor eine unserer Seiten mit den meisten Klicks.

Mindestsicherung

Die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise bringen unser Gemeinwesen immer weiter unter Druck. Das gilt auch für die Mindestsicherung, für viele der letzten Rettungsanker. Um Einschätzungen zu politischen Maßnahmen treffen zu können, ist es relevant sich mit den Gegebenheiten auseinander zu setzen. Gerade in der Diskussion um die Mindestsicherung können viele Mythen einer Überprüfung in der Realität nicht standhalten. Um Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren gilt es genügend gerecht entlohnte Arbeitsplätze zu schaffen. Der Zugang, die Sozialleistungen zu kürzen, motiviere mehr Menschen zum Arbeiten ist falsch.

Die gescheiterte Kürzungspolitik

Die Monate Mai bis September waren für uns vor allem durch unsere europäische Kampagne gegen die neoliberale Austeritätspolitik geprägt. Mit unseren knapp 100 PartnerInnen in 20 Ländern haben wir versucht den Diskurs wieder in eine Richtung zu lenken, die Europa aus der Krise bringt und den Menschen eine Perspektive gibt. Die Fakten sprechen eine ganz eindeutige Sprache: Die neoliberale Revolution der letzten 30 Jahre und ihre Austeritätspolitik sind ökonomisch gescheitert. Weder sind die Staatsschulden deutlich gesunken, noch ist das Wachstum wirklich gestiegen. Im Gegenteil: Der Einsatz der Kürzungspolitik zur Krisenbekämpfung hat katastrophale Folgen.

Gemeinsam mit unseren europäischen PartnerInnen haben wir bei unzähligen Aktionen, in LeserInnenbriefen, Zeitungskomentaren und Treffen mit PolitikerInnen auf lokaler und internationaler Ebene diese Fragen thematisiert. Und nicht zuletzt auch dank unserer Kampagne bröckelt das neoliberale Fundament. Vom IWF bis hin zu Juncker findet ein öffentliches Umdenken statt, es bilden sich europäische Allianzen um die engen Gürtel zu lockern und Investitionen zu ermöglichen. Eines bleibt klar: Wir werden auch nächstes Jahr wieder am 19. September - dem internationalen Tag gegen die Austeritätspolitik - mobil machen gegen eine Politik, die Fakten negiert und die Menschen in den Hintergrund rückt.

Viele Wege zur Lösung der Krise werden diskutiert, dabei den Überblick zu behalten und eine Bewertung der Vorschläge vorzunehmen fällt schwer. Orientierung findet man unter diekriseverstehen.net und diekriselösen.net. Hier sind verschiedene Erklärungen und Lösungswege beschrieben und mit ihren Wirkungen im Zusammenhang verortet. Damit wird sichtbar, welche Ansätze nur Oberflächenkosmetik sind und welche bis an die Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise vordringen. Ein kleinwenig stolz sind wir übrigens auf die Mehrsprachigkeit dieser Seiten: alles zur Krise und zur Austeritätspolitik ist auf Deutsch, Englisch, Spanisch, Italienisch, Griechisch und Französisch abrufbar.



Medienaktion anlässlich eines Wien Besuches von Angela Merkel 2015. Alleine 2016 gab es über 100 Aktionen am internationalen Tag gegen die Austeritätspolitik, einer „Erfindung“ des JBI.

Konzerne und Steuern

Die Europäische Kommission schätzt, dass multinationale Konzerne rund 30% geringere Ertragssteuern zahlen als Klein- und Mittelbetriebe (KMUs). Die vielen Berichte über Gewinnverschiebung und Steueroptimierung lassen viele Menschen zweifeln, ob die großen Unternehmen ihren gerechten Anteil leisten, gerade dann wenn in Zeiten knapper Budgets vielerorts gespart wird. Die Diskussion um den Steuerbetrug von multinationalen Konzernen steht erst am Anfang und wird noch weitergehen. Klar ist: Ein gerechtes Steuersystem kann nur durch ein breites Bündnis aus internationalen Organisationen, Regierungen und Zivilgesellschaft erkämpft werden. Wir werden daher auch weiter Kampagnen wie „No to Tax Havens“ unterstützen.

DRUCK IN EINER NEUEN DIMENSION

Als hoch spezialisierte Offsetdruckerei gilt bei Gutenberg die Devise: **Nur drucken ist zu wenig.** Vielmehr geht es uns darum, in Sachen Leistung, Qualität, Sicherheit, Service und Umwelt nicht nur höchsten Standards zu genügen, sondern Maßstäbe zu setzen.



verteilung.at

Arbeit & Kapital | Löhne & Gehälter | Vermögen & Besitz | Steuern & Abgaben



Das Informationsportal für Verteilungsfragen in Österreich

Reiche schaffen Arbeitsplätze.

Stimmt nicht. Reichtum in der Hand von wenigen gefährdet sie sogar. Mehr Infos: www.reichtumsmysphen.at

jb JAHODA-BAUER
Institut

Die interaktive Seite zum Buch.
Alle Mythen und ihre Widerlegung.

